

## **8 Dringlichkeitsanträge**

### **8.1 Unterstützungsmaßnahmen zur Attraktivierung der Grazer Innenstadt und Stärkung des Handelsstandortes Graz (GR<sup>in</sup> Gmeinbauer, ÖVP)**

#### **Gmeinbauer:**

Geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Interessierte im Live-Stream. Es war jetzt eine schöne Überleitung, dass wirtschaftliche Weitertun der Stadt Graz, das sich auch in meinem dringlichen Antrag niederschlägt, nämlich für Unterstützungsmaßnahmen zur Attraktivierung der Grazer Innenstadt und vor allem zur Stärkung des Handelsstandortes Graz. Die aktuellen Zahlen des E-Commerce von 2019 für Österreich sprechen eine deutliche Sprache. Der Distanz- und Onlinehandel boomt wie nie zuvor und erreichte letztes Jahr dabei einen absoluten Rekordwert von 8 Mrd. Euro. Das Fatale dabei, und das wissen wir alle, dass das auch nicht nur Graz, sondern ganz Österreich trifft, dass dabei 4,5 Mrd. Euro zu ausländischen Anbietern fließen und das bedeutet einen 57 %-igen Kaufkraftabfluss. Die Pandemie und die letzten Wochen haben uns natürlich auch gezeigt, wir alle waren einige Wochen im Hausarrest, wir durften zwar Lebensmittel einkaufen gehen, aber alles andere durften wir von zuhause aus machen und natürlich sind, sowohl die Wirtschaftskammer als auch eine hiesige Tageszeitung wie andere Plattformen entstanden, wo aufmerksam gemacht wurde, dass man regionale Produkte kaufen soll und somit natürlich auch unsere Stadt Graz in der Handelsbranche stützt. Dass das aber nicht genug ist und dass das fortgeführt werden soll und muss, ist uns und den Verantwortlichen in der Stadt Graz auch bewusst und von daher wird auch in Zukunft der Gedanke nicht nur Gedanke bleiben, dass wir unsere Ressourcen, die wir haben, in vielen verschiedenen Abteilungen im Haus Graz bündeln wollen und nicht nur die Ressourcen an Personen und kreativen Konzepten, sondern vielleicht auch das eine oder andere Budget und damit natürlich Veränderungen in unserer Innenstadt nicht nur davon sprechen, sondern auch sichtbar machen, damit die Kaufkraft und unsere Wirtschaft in Graz stärken. Dieses Angebot oder dieses Maßnahmenpaket soll künftig folgendermaßen

ausgestattet sein: eine Stärkung des Citymanagements, eine Digitalisierungsoffensive für den Handel, da ist uns auch in den letzten Wochen bewusst geworden, dass natürlich ein EPU oder ein kleines Unternehmen nicht gewappnet war, seine Dienstleistungen, sofern er sie anbieten konnte, sofort online anzubieten. Das heißt, da braucht es auch eine gemeinsame Plattform, wo wir dann diese Damen und Herren mithereinnehmen können. Dann braucht es ein forciertes Kommunikations- und Werbemaßnahmen-Paket in Abstimmung mit unserer städtischen Kommunikationsabteilung und der Holding Graz / Marketing, die Entwicklung neuer Fördermodelle zur Unterstützung der Handelsbranche und Qualifizierung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, eine verstärkte Koordination von freien Flächen wird immer wieder angesprochen, war auch heute schon unser Thema, eine Prüfung von Gestaltungsmaßnahmen zur Attraktivierung der Innenstadt. Ich weiß, davon reden wir auch schon lange und jetzt sollten wir das wirklich angehen, dass wir ein stimmiges Flair in unserer Innenstadt mit Verweilplätzen, die nicht nur einen neuen Baum haben, sondern vielleicht auch das eine oder andere Bankerl, dann weiters die Entwicklung von kreativen Lösungsansätzen, Pop Up, Showrooms etc., Kreativität ist da gefragt. Eine intensive Einbindung aller relevanter Akteure im Haus Graz bzw. auch des Vereins „Echt Graz“, der HauseigentümerInnen sowie weiterer notwendiger ExpertInnen, was unsere Flächenbespielung betrifft.

Ein erstes Arbeitsmeeting da ist schon vorgesehen mit dem 20. Mai und von daher darf ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

**dringlichen Antrag**

stellen:

Die angesprochenen Abteilungen für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung der Stadt Graz, gemeinsam mit der Graz Tourismus und Stadtmarketing GmbH und dem Bürgermeisteramt unter intensiver Einbindung der Kommunikationsabteilung und der Holding Graz/Marketing sowie aller für die Umsetzung relevanten Abteilungen im Haus

Graz werden zur Stärkung der Grazer Innenstadt, und es soll ja nicht nur in der Innenstadt bleiben, sondern selbstverständlich auch unsere Bezirke stärken, die werden auch eingebunden, beauftragt, Konzepte, Strategien zu entwickeln und dem Gemeinderat im Juli einen ersten Bericht vorlegen. Ich bitte um breite Zustimmung. Dankeschön.

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Die Auswirkungen der Technologie auf den Handel sind derzeit beispiellos und auch das Einkaufsverhalten der Menschen hat sich in den vergangenen Jahren nachhaltig geändert. Mit der Konsequenz, dass die Handelsbranche derzeit völlig umgekrempelt wird – als Teil der Gesellschaft und als Teil der Wirtschaft. Unter Berücksichtigung dieser Veränderungen in der Handelslandschaft, verstärkt durch die COVID-19-Pandemie, müssen wir alles zu tun, um die Grazer Handelsunternehmen zu unterstützen und unsere Grazer Innenstadt noch besser zu stärken.*

*Die grundsätzlichen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Standort „Innenstadt“ haben sich dabei in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert.*

*Es geht nach wie vor um die drei „A’s“ nämlich die Anfahrbarkeit bzw. Erreichbarkeit, die Atmosphäre und das Angebot. Das Konkurrenzumfeld und das Konsumverhalten haben sich in zuletzt stark verändert, der Druck auf den Innenstadthandel ist so groß wie nie zuvor. Bedingt durch die Entfaltung des Online-Shoppings müssen sich HändlerInnen wie DienstleisterInnen neu erfinden und nie zuvor waren Atmosphäre und Ambiente als Schlüssel für eine erfolgreiche Innenstadt so wichtig wie jetzt.*

*Die Vorteile eines authentischen Umfeldes und gewachsener Strukturen bieten besonders Städte und gerade die Grazer Innenstadt verfügt mit ihren Indoor- und Outdoor-Kulturangeboten, dem innerstädtischen gastronomischen Angebot sowie einer einzigartigen, historisch gewachsenen Architektur über die besten Voraussetzungen, dass unsere Innenstadt die notwendigen Annehmlichkeiten und eine hohe Aufenthaltsqualität bieten kann, um das „Erlebnis Innenstadt“ als Basis für einen auch in Zukunft florierenden Handelsstandort zu gewährleisten.*

*Den „Handel völlig neu zu denken“, gemeinsam mit allen relevanten Akteuren und die Grazer Innenstadt als ein vernetztes „Einkaufszentrum“ zu stärken, sollen im Mittelpunkt eines dafür zu entwickelnden Maßnahmenbündels stehen, um gemeinsam für die Innenstadt einen konkreten Nutzen für die jeweilige Kundengruppe zu entwickeln und alles zu tun, damit die Menschen als „Gäste“ und „KundInnen“ gerne in die Innenstadt kommen.*

*Ein künftiges Maßnahmenpaket soll umfassen:*

- 1. eine Stärkung des Citymanagements,*
- 2. eine Digitalisierungsoffensive für den Handel,*
- 3. forcierte Kommunikations- und Werbemaßnahmen in Abstimmung mit der städtischen Kommunikationsabteilung und der Holding Graz / Marketing,*
- 4. die Entwicklung neuer Fördermodelle zur Unterstützung der Branche und Qualifizierung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen,*
- 5. eine verstärkte Koordination von freien Flächen,*
- 6. eine Prüfung von Gestaltungsmaßnahmen zur Attraktivierung der Innenstadt,*
- 7. die Entwicklung von kreativen Lösungsansätzen (Pop Up, Showrooms etc.),*
- 8. eine intensive Einbindung aller relevanter Akteure im Haus Graz, des Vereins „Echt Graz“, der HauseigentümerInnen sowie weiterer notwendiger ExpertInnen.*

*Ein erstes Arbeitsmeeting dazu in einem Kernteam ist bereits für 20. Mai anberaumt.*

*Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden*

***dringlichen Antrag:***

*Die Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung der Stadt Graz wird beauftragt, gemeinsam mit der Graz Tourismus und Stadtmarketing GmbH und dem Bürgermeisteramt unter intensiver Einbindung der Kommunikationsabteilung und der Holding Graz/Marketing sowie aller für die Umsetzung relevanten Abteilungen im Haus Graz Handlungsansätze zur Unterstützung der Grazer Handelsunternehmen und zur*

*Stärkung der Grazer Innenstadt sowie des Handelsstandortes Graz weiterzuentwickeln und dem Gemeinderat im Juli einen diesbezüglichen Bericht vorzulegen.*

GR. Mag. **Sippel:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren vor den Bildschirmen. Wir sind ja mitten drinnen im Thema Wirtschaft. Schon vorher heiß diskutiert, es ist erstaunlich, wie viele Wirtschaftsexperten auch hier zugegen sind, da mache ich mir überhaupt keine Sorgen, dass wir gut durch diese Krise kommen werden. Das ist so ähnlich wie bei Corona. Da gibt es auch mittlerweile mehr Virologen als tatsächlich Infizierte, Virologen, die uns die Welt erklären, da bin ich wirklich zuversichtlich. Ich möchte mich bedanken für die Initiative bei der Dani Gmeinbauer. Ein ganz wichtiger Punkt: Handel, Wirtschaft. Der wird uns auch weit über die Krise hinaus beschäftigen, hat uns natürlich schon vorher beschäftigt, Frau Kollegin Reininghaus, Sie sind ja da auch sehr forsch an das Wirtschaftsthema herangegangen, wir beschäftigen uns schon sehr lange damit und es ist viel zu tun, keine Frage, die Krise hat das, was hier nicht alles eitel und Wonne war, natürlich noch einmal verschärft und da geht es jetzt darum, breit und umfassend und gebündelt das auf gute Beine zu stellen. Ich glaube, das ist auch der Kern dieses Antrages, der Gedanke, alle Maßnahmen, die rund um die Innenstadtwirtschaft passieren, zu bündeln, das ist längst überfällig. Bisher war es ja so, dass da viele Partikularinteressen auch da waren, an einem Strang gezogen ist nicht wirklich geworden. Das heißt, wenn es in diese Richtung geht, ob das jetzt eine Agentur ist, oder wie man das auch immer nennt dieses Konstrukt, das ist der richtige Weg, den wir auch gerne unterstützen. Das Aufgabenfeld ist riesig, da brauchen wir uns nichts vorzumachen, du hast es angesprochen, das Thema Online-Handel versus stationärer Handel, da braucht es Ideen, um da jetzt auch diese Gewohnheit, die ein bisschen auch in dieser Krise jetzt Einzug gehalten hat, nämlich von der Couch aus zu bestellen und nicht mehr vielleicht in die Stadt zu gehen, das hat vielfältige Gründe, dass man das auch in den Köpfen wieder verankert, dass das doch sinnvoll ist, den stationären Handel und damit die

Arbeitsplätze vor Ort zu unterstützen. Wichtig ist auch der Vernetzungsgedanke, selbstverständlich, da bin ich auch beim Kollegen Ehmann, der von seinem innerstädtischen Einkaufszentrum gesprochen hat, wo es um Vernetzung mit Gastronomie, mit Veranstaltungen etc. geht, daran ist zu arbeiten. Wir brauchen Kundenbindung, das ist natürlich auch ein Thema gegenüber den Einkaufszentren, wir brauchen endlich auch für Graz, an dem wird ja schon lange gefeilt, so richtig erfolgreich war das noch nicht, einen USP für diese Stadt, das ist auch im touristischen Bereich ein Thema. Wir sind jetzt natürlich nicht Salzburg mit einer historischen Persönlichkeit, wo 100.000 im Jahr uns besuchen, aber wir müssen schon auch wieder daran arbeiten. Das entwickelt sich auch weiter, und uns Gedanken machen, welchen USP wir unserem Graz verleihen können. Letztlich geht es auch um das Thema Verkehr, das ist immer co-existierend mit der Wirtschaft, dies nur vereinzelt zu sehen, ist auch zu kurz gegriffen. Es braucht aber auch jetzt selbstverständlich Sofortmaßnahmen, da muss man ja ganz ehrlich sagen, da ist die Bilanz in Österreich nicht die beste. Da gibt es, wenn wir uns schon stolz hinstellen und sagen, die Infektionszahlen in Österreich sind so super, im Vergleich auch zu anderen Ländern, was jetzt die administrative Abwicklung und die Sofortmaßnahmen betrifft, da hinkt man schon vielen Ländern auch hinterher. Wenn man da z.B. an die Schweiz denkt, wo innerhalb von wenigen Tagen große Summen auch an Soforthilfe ausbezahlt werden, da sind wir in Österreich weit davon entfernt. Letztlich geht es oftmals, und Herr Bürgermeister, du hast das angesprochen, selbstverständlich geht es oftmals um einen Liquiditätsengpass. Jetzt, wo auch die Urlaubsgehälter anstehen, da muss man sofort auch den Unternehmen unter die Arme greifen. Ich bin da schon ein Fürsprecher durchaus, und so habe ich es auch in den Medien gesagt, von Gutscheinen. Ich weiß schon, das Thema Helikoptergeld ist heute schon gefallen. Ich bin ein wenig einer anderen Meinung auch als der Günter Riegler. Helikoptergeld, das ist ja eine Idee, die ist ja nicht neu. Das gibt es ja schon länger, das geht ja zurück auf Milton Friedman, der ja damals dieses Gedankenexperiment gewagt hat und tatsächlich, und das weiß man auch aus Erfahrungen, dass so etwas wie ein Gutscheinsystem, und da gibt es auch andere Transfermöglichkeiten, dass das schon die Realwirtschaft und auch den

Konsum anregt. Das ist natürlich eine sehr, sehr, wie soll man sagen, durchaus extreme Form der expansiven Geldpolitik, aber es hat in gewissen Bereichen auch Erfolg gebracht. Ein Gutscheinsystem, wo man auch Familien und Grazer Bürger ausstattet, da bin ich vielleicht jetzt nicht so unbedingt der Kritiker auch an der Wiener Lösung. Weil die Wiener haben ja anscheinend diese Idee, die wir da gemacht haben, Gott sei Dank, zumindest einmal aufgegriffen.

Abschließend, Wirtschaft und Konsum ist auch immer Psychologie, das muss uns auch klar sein und daran gilt es auch einmal, vordergründig zu arbeiten. Ich glaube nicht, dass die Leute gerne auch in die Stadt kommen, wenn man wie mimiklose und gesichtslose Wesen herumlaufen müssen mit den Masken, das fördert nicht unbedingt auch die Lust, einkaufen zu gehen. Ich glaube, diese Maskenpflicht muss fallen und zwar schleunigst, das wäre auch einmal eine Form der Wirtschaftshilfe. Auch in der Gastronomie, das wird morgen natürlich sehr, sehr gut anlaufen, da brauchen wir uns nichts vorzumachen, da werden die Gastgärten gestürmt werden, ich werde auch dabei sein, ich freue mich darauf. Aber die Frage ist, wie lange bleibt das so? Weil wenn man dann wirklich keinen Salzstreuer am Tisch hat, weil man dann jedes Mal, wenn man aufsteht, auch vielleicht nach 5, 6, 7 Bier, dann die Maske wieder rauffun muss, dann ist das nicht prickelnd. Auch da sollte man sich gescheiterte Lösungen überlegen und vielleicht diese Maske als Zeichen auch dieser Zwangspolitik sein lassen. Wie gesagt, eine wichtige Initiative, ich hoffe, das ist der Startschuss für ein erneutes Aufblühen der Grazer Innenstadtwirtschaft. Dankeschön.

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner:**

Keine Sorge, Armin Sippel, in diesem Gemeinderat befinden sich nicht nur WirtschaftsexpertInnen, aber es befinden sich auch Unternehmerinnen und Unternehmer, die in den letzten Wochen gemeinsam mit ihren KollegInnen, die auch Unternehmerinnen und Unternehmer sind, tatsächlich und praktische Erfahrungen gemacht haben, wie es den EPU, wie es den KMUs und auch den größeren Betrieben

geht. Du kannst dich also darauf verlassen, dass wir sehr wohl wissen, wie diese Dinge ablaufen, wie der Härtefallfonds gestrickt ist und wie die ganzen gesetzlichen Regelungen sind. Ich weiß nicht, wie es euch ergangen ist, ich habe gleich von Anfang an angefangen auch, weil ich natürlich auch in der Wirtschaftskammer aktiv bin, mit vielen Unternehmerinnen und Unternehmern Kontakt aufzunehmen, zu schauen, wo hakt es genau, das auch weiterzugeben in die Verhandlungen auf Bundesebene, einerseits direkt, andererseits aber auch natürlich über die Wirtschaftskammer und habe da sehr viele Erfahrungen sammeln können. Ich habe gesehen, dass es nicht nur Ein-Personen-UnternehmerInnen sind, die ein Problem haben, ihre Leistungen, ihre Angebote digital anzubieten, sondern dass das ganz ganz viele betrifft und ich habe auf der anderen Seite auch gesehen, dass es gerade Unternehmen gibt, wo man gar nicht glauben würde, dass die das so schnell schaffen, digital unterwegs zu sein, die auch sehr erfolgreich waren. Das sind ganz unterschiedliche Erfahrungen und Beobachtungen, die ich in den letzten Wochen gemacht hab. Ich habe das als eine sehr schöne Erfahrung empfunden, diesen Kontakt zu haben und auch ein bisschen helfen zu können. Was jetzt den dringlichen Antrag betrifft, möchte ich mich bei der Dani Gmeinbauer ganz herzlich bedanken; dass wir als Grüne schon seit vielen Jahren für die Innenstadtwirtschaft aktiv sind, ist, so glaube ich, kein Geheimnis. Dass wir uns immer wieder gegen die Shoppingcity in Seiersberg und dem, was dort abgeht, einsetzen, ist auch kein Geheimnis. Wir sind auch stark im Austausch mit den Initiativen und wir werden diesem dringlichen Antrag selbstverständlich zustimmen. Was uns aber gefehlt hat, ist wirklich der Aspekt der Regionalwirtschaft. Wir haben das einfach gesehen, wie viele Regionalwirtschaftsbetriebe einerseits abgefangen haben, was an Geschäften nicht mehr da war. Die dann eingesprungen sind, die dann zugestellt haben und zwar sehr schnell und damit auch die Versorgung der Bevölkerung sichergestellt haben und die andererseits auch eine sehr große Wertschätzung erfahren haben und da haben dann ja sowohl die Wirtschaftskammer als auch die Kleine Zeitung Plattformen begonnen, natürlich auch Initiativen wie „Echt Graz“ und andere auf Facebook. Ich denke, das sollte schon eine eigene Erwähnung

auch finden und mir wäre es einfach wichtig, dass es da auch eine Einbindung gibt und deshalb stelle ich folgenden

**Zusatzantrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen, dass ein künftiges Maßnahmenpaket der Stadt Graz zur Stärkung des Handelsstandorts Graz auch spezielle Unterstützungs-Programme und Marketingmaßnahmen für unsere regionalwirtschaftlichen Betriebe beinhalten soll und ich würde mich freuen, wenn ihr das annimmt.

***Originaltext des Zusatzantrages der Grünen:***

*Die letzten Wochen während der Corona-Pandemie haben gezeigt, wie wichtig unsere Regionalwirtschaftsbetriebe für die Versorgung der Grazerinnen und Grazer sind. Gleichzeitig ist auch seitens der Bevölkerung erfreulicherweise die Wertschätzung für unsere regionalen Betriebe gestiegen. Diese Entwicklung wurde auch seitens der Wirtschaftskammer Steiermark mit ihrer Plattform „Regional einkaufen“, der Kleinen Zeitung mit „Regional kaufen“ sowie zahlreicher Gruppen in den sozialen Medien verstärkt.*

*Nun gilt es diese kleinen Strukturen besonders zu unterstützen, denn die Regionalwirtschaft ist klimaschonend und stärkt die Städte in Unabhängigkeit und Identität.*

*Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden*

**Zusatzantrag:**

*Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen, dass ein künftiges Maßnahmenpaket der Stadt Graz zur Stärkung des Handelsstandorts Graz auch spezielle Unterstützungs-Programme und Marketingmaßnahmen für unsere regionalwirtschaftlichen Betriebe beinhalten soll.*

**GR. Ehmann:**

Herr Bürgermeister, geschätzter Vizebürgermeister, Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, meine Damen und Herren KollegInnen im Gemeinderat, meine Damen und Herren Zuhörerinnen und Zuhörer, Zuseherinnen und Zuseher vom Live-Stream. Liebe Antragstellerin, ich glaube, und ich bin überzeugt davon und wir werden das auch als SPÖ machen, dass wir dieses Paket oder diesen Dringlichen der vorgeschlagen wurde, absolut unterstützen. Wir haben ja auch in den letzten Tagen medial klar gemacht, auf was es uns hier ankommt: die Einbindung oder die breitmöglichste Einbindung sämtlicher Protagonisten und Betroffenen, letztendlich und Expertinnen und Experten. Denn jegliche Unternehmerinnen und Unternehmer sind in Wahrheit selbst die Experten und Expertinnen, die wissen, was ihnen am besten tut und wo es am besten hilft und daher halten wir es auch für sinnvoll, Initiativen wie „Echt Graz“ und viele andere, die sich hier eingebracht haben, miteinzubinden. Auch die Interessensgemeinschaften würden wir hier in der Pflicht sehen, dass sie sich hier einbringen und hier auch Gehör finden und ich glaube, dass der Bereich des Onlinehandels, hier hat es ja Kollege Hassler heute gezeigt mit einem Antrag, der genau in diese Richtung geht, den regionalen Onlinehandel, wenn man so will, hier zu stärken und zu unterstützen. Wien ist heute schon oft strapaziert worden, aber auch dort gibt es ein ähnliches Modell mit der Unterstützung der Stadt, hier den Onlineauftritt bzw. die Onlinevermarktung hier zu unterstützen. Bei Unternehmen, die eine gewisse Größe haben und die sich vielleicht nicht so leicht tun in diesem Segment und in diesem Bereich und um Amazone und anderen Giganten hier entgegenzutreten, um hier, wie gesagt, die regionale Wertschöpfung zu unterstützen und hier in den Vordergrund zu bringen. Den Zusatzantrag der Grünen, ja, werden wir auch

unterstützen, das sehen wir natürlich auch nicht problematisch, sondern das Gegenteil ist der Fall. Wobei ich mich trotzdem wundere, weil dass dieser Dringliche der Kollegin eigentlich auf die regionale Wirtschaft abzielt, ist eigentlich für mich schon ein wenig selbstredend. Das brauche ich vielleicht jetzt nicht als Zusatzantrag zu formulieren, aber sei es drum, soll eine formale Geschichte sein, ja, wir werden auch diesen Zusatzantrag unterstützen und dass es nicht um die Weltwirtschaft geht, sondern um Graz, war uns von Beginn an bei diesem Dringlichen auch klar. Aber wir werden diesen Dringlichen natürlich unterstützen. Danke.

**GR. Eber:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin, liebe Daniela. Zunächst vielen Dank für diesen Antrag, der uns gestern eine sehr lange Diskussion in unserem Klub beschert hat. Der Antrag ist ja, ich möchte fast sagen, selbstverständlich. Der Antragstext ist ja selbstverständlich relativ allgemein noch gehalten und das hat natürlich bei uns auch einerseits bestimmte Befürchtungen natürlich ausgelöst, aber auch haben wir andererseits natürlich auch Chancen gesehen und von da her werden wir diesem Antrag selbstverständlich auch gerne unsere Zustimmung geben. Ein paar Punkte möchte ich vielleicht erwähnen, die wir auch gestern diskutiert haben bei uns. Erste Frage natürlich, was ist eigentlich die Innenstadt? Ist damit wirklich nur der Bezirk der Inneren Stadt gemeint, oder geht das doch darüber hinaus? Du hast vorher, wie du den Antrag vorgestellt hast ja auch davon gesprochen, dass es natürlich auch wichtig ist, die gesamten Grazer Bezirke zu stärken in dieser Hinsicht und von da her unterstützen wir das natürlich auch. Angesprochen wird als eine von mehreren Herausforderungen für den Grazer Innenstadthandel natürlich auch die Problematik des Online-Handels. Nicht angesprochen hingegen wird allerdings und das ist, so glaube, ich eine Frage, die uns schon sehr lange beschäftigt, die Frage des Shopping-Centers Seiersberg, wo wir da natürlich eine sehr kritische Meinung dazu haben, wie von Seiten der Landesregierung damit umgegangen wird und da vermissen wir natürlich auch etwas: den Aufschrei der Grazer

Landtagsabgeordneten von ÖVP und SPÖ. Vor allem auch sind wir der Meinung, dass bei aller Notwendigkeit, dass man Werbung, Marketing usw. natürlich auch machen muss, selbstverständlich, glauben wir nicht, dass das das Hauptproblem ist, mit dem der Innenstadthandel zu kämpfen hat, sondern wir glauben, dass es eigentlich eine gute Marke ist die Grazer Innenstadt und von da her, wie soll ich sagen, hat mich etwas irritiert auch diese eigentlich doch sehr massive Konzentration auf diesen Bereich der Beschäftigung mit dem Thema.

Ich darf jedenfalls, wie gesagt, diesen Antrag unterstützen wir sehr gerne, auch im Übrigen den Zusatzantrag der Grünen Fraktion und ich werde nun auch einen

### **Zusatzantrag**

der KPÖ einbringen.

Dieser lautet: Dabei soll auch die Möglichkeit der Schaffung eines unbürokratischen Hilfsfonds mit Unterstützung der Wirtschaftskammer untersucht werden.

Darüber hinaus ersucht die Stadt Graz den Bundesgesetzgeber

1. eine Digitalsteuer einzuführen, die vor allem auf die Online-Giganten abzielt und
2. möglichst rasch eine bundeseinheitliche Regelung für Mieten von Geschäftslokalen aller Art zu erarbeiten mit dem Ziel, insbesondere kleinen Geschäftslokalen, die von der Corona-Krise betroffen waren, Mietfreistellungen bzw. -minderungen zu gewähren.

Dankeschön.

#### ***Originaltext des Zusatzantrages der KPÖ:***

*Ich stelle namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden*

#### **Zusatzantrag:**

*Dabei soll auch die Möglichkeit der Schaffung eines unbürokratischen Hilfsfonds mit Unterstützung der Wirtschaftskammer untersucht werden.*

*Darüber hinaus ersucht die Stadt Graz den Bundesgesetzgeber*

- 1. eine Digitalsteuer einzuführen, die vor allem auf die Online-Giganten abzielt und*
- 2. möglichst rasch eine bundeseinheitliche Regelung für Mieten von Geschäftslokalen aller Art zu erarbeiten mit dem Ziel, insbesondere kleinen Geschäftslokalen, die von der Corona-Krise betroffen waren, Mietfreistellungen bzw. -minderungen zu gewähren.*

**Bgm. Mag. Nagl:**

Als Händler dieser Stadt und auch als jemand, der durch die Kaufmannsinitiative den Weg in die Politik gefunden hat und ich mich schon ein Vierteljahrhundert bemühe, darauf hinzuweisen, wie wichtig für eine Stadt diese Bezirkszentren, diese Verortung vom Gefühl, wo Zuhause zu sein ist, wie wichtig eine Altstadt ist, die blühend ist, die den richtigen Mix hat und es gibt aus meiner Sicht mehrere Gründe, wieso wir jetzt vor einer schwierigen Situation stehen. Auch für mich war das jetzt dramatisch, in welcher Geschwindigkeit selbst in der Herrengasse, aber auch in der Sporgasse, in der Murgasse, wenn man so will im Herzen der Stadt, plötzlich Leerstand da war. Das Positive gleich vorweg, es gibt schon wieder viele Anfragen und auch die ersten Vermietungen in der Sporgasse, auch in der Herrengasse, auch was das Rathaus anbelangt, gibt es die ersten Bewerbungen um die Fläche, die wir direkt im Rathaus haben. Aber es gibt mehrere Beweggründe, dazu gehört auch, dass die Raumordnung des Landes Steiermark, wie ich immer wieder betone, dafür gesorgt hat, dass sie vor jeder Ortschaft und auch vor den Toren einer Landeshauptstadt ungezügelter Zubau von Fachmarktzentren und Einkaufszentren genehmigt hat und bis zum heutigen Tag eigentlich nicht aufgehört hat, aber gleichzeitig auch immer

wieder betont, wie wichtig es dann doch ist, dass diese Stadtzentren und diese Stadtteile lebendig sind. Es gibt einen zweiten Grund, das betrifft die Ungleichbehandlung. Wir kämpfen im stationären Handel, der mittlerweile auch, Gott sei Dank, vielleicht auch durch diese Krise jetzt noch verstärkt, in die Digitalisierung marschiert ist, trotzdem mit vielen Ungerechtigkeiten gegenüber den Giganten aus China oder aus Amerika. Wenn ich dann höre, dass Amazon im vergangenen Jahr in den USA keinen einzigen Euro an Steuern oder Dollar oder Cent abgeliefert hat an Steuern, dass es auch, so glaube ich, eine Gutschrift im Wert von mehr als € 100 Mio. auf europäischer Ebene gegeben hat, dann ist das schon eine Ungerechtigkeit. Die zweite ist aber noch, da gibt es noch viel mehr, aber vielleicht haben Sie das noch gar nie gehört, wir haben ja ein Abfallsammelsystem und alle stationären Händler und Unternehmer dieses Landes zahlen für die Waren, die sie verkaufen, und die Verpackungen, die sie da mitausgeben, zahlen sie in unser Verpackungssystem ein. Die Einzigen, die nicht einzahlen, sind genau die, die jetzt schon wieder Millionenpakete vom Ausland in unser Land schicken und das Spannende ist, der regionale Handel muss die Paketentsorgung mitzahlen. So könnte ich eine große Anzahl von Ungerechtigkeiten haben, das ist Waffenungleichheit, das kann nicht funktionieren, so wirst du langfristig verlieren und da hoffe ich, dass sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene einfach hier einmal ein Riegel vorgeschoben wird, weil sonst wird es den stationären Handel in der Form nicht mehr geben.

Das Dritte ist, dass dieses gemeinsam Handeln im Wort Einzelhändler oder Einzelhändlerin halt leider nicht vorkommt, wir auch über viele Jahre nie eine Geschlossenheit hatten. Ich glaube, wir sind jetzt an einem Punkt angelangt, wo es viel zu wenige dieser Einzelhändlerinnen und Einzelhändler gibt. Schon gemischt mit vielen Konzernen, die wir Gott sei Dank auch im städtischen Bereich haben und dass wir jetzt ans Werk gehen müssen und eine Kommunikationsstrategie in erster Linie fahren müssen. Wie wir dem begegnen. Mit viel Aktionismus, aber was wollen wir damit erreichen? Wir wollen damit erreichen, dass die Menschen gerne reinkommen, aber wir müssen den Menschen, vor allem auch der Jugend, noch einmal klar erklären, was denn da tagtäglich passiert, wenn ich von der Couch aus nur mehr bestelle und das bei

diesen Giganten. Das wird unweigerlich zur Folge haben, dass du dann kein schönes Stadtzentrum mehr hast. Deswegen ist das Abstimmen mit den Füßen Richtung Innenstadt besser als das Abstimmen auf der Couch mit den Händen und das müssen wir, wenn ich so sagen darf, in die Köpfe der Menschen wieder zurückbringen. Wenn ich höre, dass in der Krise allein Amazon 79.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufnehmen will, wenn wir heute schon gehört haben von Dani Gmeinbauer, was das für einen Kaufflussabgang jedes Jahr in diesem Land Österreich und in Europa haben, dann müssen wir das den Menschen auch wieder deutlicher sagen. Weil sonst stehen wir vor leeren Geschäften und schimpfen, aber wir brauchen uns dann nicht wundern, die Menschen stimmen, wie gesagt, selber über Erfolg und Misserfolg ab. Ich bedanke mich schon für den Antrag, der noch allgemein gefasst ist, weil ich habe vor, zwei Bereiche neu zu kreieren. Der eine ist, ich will alle an den Tisch holen, die mit dem Thema Stadtteil oder Altstadt zu tun haben. Das geht von den Hausbewohnern, über die Interessensvertreter, über die Vereine und Institutionen hinweg und die mögen eine Gruppe bilden, die permanent einem neuen großen Team in der Stadt Graz, das wir zusammenziehen, weil wir haben das verteilt, ein bisschen sitzt bei Dieter Hardt-Stremayr, unserem Citymanagement, ein bisschen haben wir in der Abteilung bei uns, ein wenig tun wir beim Design-Thema, ein paar Leute arbeiten dann in der Holding. Ich glaube, wir müssen alle an einem Strang ziehen lassen und da gilt es auch, eine neue Philosophie oder eine wichtige Philosophie allen bis hin zu den Leuten, die bei uns im Straßenamt arbeiten usw. klar zu machen, worum es jetzt geht.

Die Innenstädte und die Nahversorgung, die Regionalversorgung auch in den Bezirken wird nur funktionieren, wenn wir besondere Qualitäten haben und wenn man den Menschen dort auch eine Lebensqualität bietet. Das bauen wir auf, aber es braucht eine ganz starke Kommunikationsschiene und es ist mir ganz wichtig, dass wir heute auch in dieser Geschlossenheit ein Signal abgeben, weil es wird letzten Endes auch in der Kommunikation und im Aufbau dann um Gelder gehen. Da ist es dann auch wichtig, dass der Gemeinderat schon ein klares Zeichen setzt, dass auch der Stadtrechnungshof dann nicht fragt, an was arbeitet ihr da, wer hat denn dort oder da einen Befehl gegeben? Ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig, dass das Signal jetzt

kommt. Wir haben alle verstanden, wie es den verbliebenen Damen und Herren, die im Handel, im Gewerbe, es geht ja auch nicht nur um den Handel, es geht auch um den Mix, den Gastronomen, herinnen geht und wir werden einen guten Weg finden.

Das wird eine ziemliche Herausforderung, aber es gibt auch ein neu erschienenes Buch über den Handel und das heißt, so glaube ich, im Titel: „Das Ende des Internetshoppings“ und da gehen Experten davon aus, dass die Menschen sich auch wieder darauf besinnen, dass es online und offline gibt, dass nicht nur die virtuelle, sondern auch die reale Welt wieder zählt und sie nennen das schon Onlive-Marketing und in diese Richtung, so glaube ich, sollten wir uns hinbewegen (*Appl.*).

**Gmeinbauer:**

Ich möchte mich bedanken für die erkenntliche, einstimmige Zustimmung bei allen Fraktionen und möchte aber nur noch ganz kurz auf zwei Punkte eingehen. Liebe Andrea, unsere Bezirke vergessen wir nicht und auch in den letzten Jahren haben wir dahingehend ja schon eine Erleichterung verschafft, wo die Holding jedem Bezirk einen gewissen Betrag zulässt, wo sie damit Atmosphäre schaffen können. Ob das jetzt Bankerln, Blumen, mehr Mülleimer und, und, und sind, um Atmosphäre zu schaffen. Das Zweite ist, dass auch unser Vizebürgermeister einen Topf hat, wo man über den Bezirksrat Konzepte einbringen kann und wenn das Aktivitäten sind, die wirklich zum Gemeinwohl einen Nutzen beitragen, dann kann man das dort auch einbringen und abrufen. Lieber Manfred, ein Kommunikationskonzept, wenn ich heute Rahmenbedingungen verändere, die zum Wohle der Gesellschaft nicht nur touristisch, sondern auch wirtschaftlich stehen, dann muss ich auch die Rahmenbedingungen kundtun, damit auch die Menschen wissen, warum das Erlebnis oder die Atmosphäre in unserer Stadt Graz verbessert worden sind und welche Abläufe neu geschaffen worden sind, um das zu erleichtern. Sowohl den Konsumenten als auch den Wirtschaftstreibenden. Zu guter Letzt, möchte ich heute schon allen Akteuren, die in dieser neuen Plattform drinnen sind, kreative Konzepte wünschen, die nicht nur am

Papier bleiben, sondern auch in Umsetzung gelangen und ich selbst werde darauf schauen und freue mich, dass in Graz dahingehend etwas sichtbar wird und die Wirtschaft ein wenig Luft bekommt und Freude für einen Neubeginn (*Appl.*).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

***Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.***

***Der Zusatzantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und Grüne) abgelehnt.***

***Der Zusatzantrag der KPÖ wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ und Grüne) abgelehnt.***

***Vorsitzwechsel – StR. Hohensinner übernimmt den Vorsitz (15.45 Uhr).***

## **8.2 Maßnahmen zur Eindämmung der jährlichen Influenzawelle (GR. Dr. Meister, KPÖ)**

**Meister:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen vor einer interessanten Situation. Wir werden heuer im Herbst möglicherweise das erste Mal zwei Infektionswellen parallel haben. Nämlich die mit der klassischen Influenza, die wir jedes Jahr haben und die möglicherweise, hoffentlich nicht, aber das wissen wir nicht, wiederkehrende Corona-Pandemie. Deshalb haben wir uns gewisse Ideen angesehen, die jetzt in der Presse und in Europa diskutiert werden. Unter anderem war in der Presse ein sehr guter Kommentar über die Notwendigkeit, der Grippe entschlossen entgegenzutreten und der deutsche Gesundheitsminister Spahn, der bekanntlich ein treuer Kommunist ist, hat beschlossen, die Impfkampagne in Deutschland zu intensivieren und mehrere Millionen Impfdosen zwecks Immunisierung der Deutschen zuzukaufen. Aufgrund dieser meiner Meinung nach sehr guten Vorschläge, ist es mir

wichtig, dass wir einmal versuchen, von Graz aus Einfluss auf die Bundesregierung zu nehmen, die da ja eigentlich angeht, die aber bis jetzt nichts von sich hören hat lassen in dieser Hinsicht und ich habe einen Antrag verfasst, dessen Begründung Sie nachlesen können. Ich will Sie nicht damit langweilen. Es ist so, dass wenn wir diese beiden Infektionswellen verhindern, dann ersparen wir uns wahrscheinlich weitere wirtschaftliche Einbrüche. Die Grippe können wir verhindern, weil wir haben mehrere Impfstoffe, die zwar nicht perfekt sind, das gebe ich zu, wir haben auch ein Medikament, das ebenso nicht perfekt ist, aber gegen die Grippe können wir etwas tun. Wenn wir die Jugend, wenn wir die Kinder immunisieren, in einem Ausmaß von 40 bis 50 %, dann wäre wahrscheinlich eine Epidemie an Influenza in der nächsten Saison zu verhindern. Es ist ein sehr ambitioniertes Ziel, das wir das anstreben und zwar geht es darum, dass es in der nächsten Saison keine Influenzawelle in Österreich geben soll und es erfordert entschlossene Maßnahmen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag zur dringlichen Behandlung:**

1. Die Stadt Graz tritt an die Bundesregierung heran, entsprechend dem Vorbild der BRD die Kontingente an Influenza-Impfstoff entsprechend dem Bedarf zu erhöhen.
2. Die Stadt Graz tritt darüber hinaus an die Landesregierung heran mit dem Ersuchen, das Kontingent an Influenza-Impfstoff für die Stadt Graz entsprechend aufzustocken.
3. Die Stadt Graz tritt an das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz mit dem Vorschlag heran, die jährliche Influenza-Impfung als Gratis-Impfung umgehend im Nationalen Impfplan zu verankern.
4. Die Stadt Graz tritt an das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz mit dem Vorschlag heran, für den Herbst 2020 eine Informations- und Werbekampagne für die Influenzaimpfung vorzubereiten.

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Obwohl die derzeitige Sars2-Covid-19-Pandemie unsere Aufmerksamkeit auf sich zieht, sollten wir die jährliche Influenzawelle nicht vergessen. Wann, wenn nicht jetzt, könnten Maßnahmen, die die Grippe eindämmen, der Öffentlichkeit vorgestellt und umgesetzt werden. Die Ausbreitung der Influenza erfolgt über die Kinder – sie sind der Schrittmacher der Epidemie (Daten und Graphik zu aktuellen Erkrankungszahlen: Statistik des Gesundheitsamtes Graz).*

*Außerdem ist es unbedingt erforderlich, die Zahl der Grippeerkrankungen in der Saison 2020/21 möglichst niedrig zu halten, damit wir im Falle einer 2. Coronawelle das Gesundheitssystem nicht überlasten.*

*Zu den Zahlen:*

*In der Saison 2017/18 wurden in der KAGes 166 Kinder mit einer Influenza stationär aufgenommen, elf davon mussten intensivmedizinisch betreut werden und eines ist verstorben (in Österreich gab es insgesamt 8 tote Kinder).*

*Der primäre Nutzen einer höheren Durchimpfungsrate von Kindern und Jugendlichen entsteht dennoch bei älteren Menschen und Risikogruppen. Die Nebenwirkungen der Impfung sind laut RKI, BMG und LBI-HTA vernachlässigbar.*

*Das Ziel einer Kohortenimmunität wäre bei einer Impftrate ab 40 Prozent erreichbar. Die Durchimpfungsrate in der Steiermark beträgt derzeit geschätzt 3–5 Prozent (Prof. Werner Zenz).*

*Die Hauptargumente für eine gezielte Impfstrategie gegen die saisonale Grippe von Kindern, Jugendlichen und betreuenden Erwachsenen sind:*

- *Reduktion der Erkrankungsfälle insgesamt*
- *Reduktion der Krankenhausaufnahmen und Arztkonsultationen*
- *Reduktion der Mortalität älterer Menschen, die mit Kindern zusammenleben*
- *Reduktion von Antibiotikaverordnungen*
- *Reduktion von Krankenständen und Pflegezeiten*
- *Die Effektivität der Impfung ist bei Kindern höher als bei über 60jährigen.*
- *Kinder unter 5 Jahren sind - ebenso wie Hochaltrige - Opfer schwerer Verläufe*

*Maßnahmenplanung*

*In Österreich mangelt es an Aufklärung über die Schäden der Influenza und den Nutzen und die Nebenwirkungen der Impfungen. Es sind daher Präventionskampagnen nötig. Insbesondere braucht es flächendeckend eine verstärkte Information des Betreuungspersonals in Kindergärten, Schulen und Gesundheitseinrichtungen. Dabei sollte unbedingt auf die Gefahr des Auftretens zweier Infektionswellen (Influenza und Sars2-Covid 19) zur selben Zeit hingewiesen werden, wobei wir gegen die Grippe mehrere – zugegebenerweise nicht perfekte – Impfstoffe zur Verfügung haben. Der deutsche Gesundheitsminister Spahn hat in diesem Sinne schon reagiert und den Ankauf von 4,5 Millionen zusätzlichen Impfdosen angekündigt. In Österreich erkranken jährlich zwischen 300000 und 1,5 Millionen Menschen an Influenza. Um eine sogenannte Kohortenimmunität zu erreichen, müssten etwa 50%, mindestens aber 40% der Bevölkerung geimpft werden.*

*In Graz führte die Aufklärung über die Wichtigkeit der Grippeimpfung durch das Gesundheitsamt im vergangenen Jahr zu einer erhöhten Inanspruchnahme durch die Grazer Bevölkerung. Das ist erfreulich, hat aber dazu geführt, dass der Impfstoff schon sehr früh ausgegangen ist.*

*Im Rahmen der Möglichkeiten des Gesundheitsamtes wurde das Impfstoffkontingent für 2020 bereits erhöht. Um den Gesamtbedarf besser abzudecken, braucht es aber eine landes- bzw. bundesweite Lösung, insbesondere die Aufnahme der Grippe-Impfung in das Gratisimpfprogramm, um Kinder und Jugendliche umfassend zu erreichen.*

*Der Zugang zur Grippe-Impfung muss erleichtert werden. Angesichts der Coronapandemie muss ein überaus ambitioniertes Ziel angestrebt werden: In der kommenden Saison keine Influenzawelle in Österreich! Das erfordert entschlossene Maßnahmen.*

*Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden*

**Antrag zur dringlichen Behandlung**

*(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):*

1. *Die Stadt Graz tritt an die Bundesregierung heran, entsprechend dem Vorbild der BRD die Kontingente an Influenza-Impfstoff entsprechend dem Bedarf zu erhöhen.*
2. *Die Stadt Graz tritt darüber hinaus an die Landesregierung heran mit dem Ersuchen, das Kontingent an Influenza-Impfstoff für die Stadt Graz entsprechend aufzustocken.*
3. *Die Stadt Graz tritt an das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz mit dem Vorschlag heran, die jährliche Influenza-Impfung als Gratis-Impfung umgehend im Nationalen Impfplan zu verankern.*
4. *Die Stadt Graz tritt an das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz mit dem Vorschlag heran, für den Herbst 2020 eine Informations-und Werbekampagne für die Influenzaimpfung vorzubereiten.*

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer:**

Herr Kollege Meister, es ist ein sehr guter Antrag, der hier vorliegt. Dem können wir zustimmen. Stadtrat Krotzer in meiner Recherche hat ja schon 2018, 2019 und 2020 beklagt, dass zu wenig Impfstoff da ist. Dem gehört entgegengewirkt. Es ist inhaltlich absolut mitzutragen. Ich möchte den Antrag dann gerne durch einen Zusatzantrag ergänzen und möchte auch gleich erläutern, warum. Es geht um die Einführung eines elektronischen Impfpasses, der wäre sehr wichtig. 2018 ist es begonnen worden und jetzt beginnt man ein wenig zu streiten, wer setzt das um? Wo geht das Pilotprojekt hin? Wer macht die Federführung, wer macht die Finanzierung und hier ist das Gesundheitsministerium säumig und hier sollte man jedenfalls nachsetzen. Das ist der Zugang unsererseits, zu deinem Antrag Zustimmung und eine Ergänzung. Es liegt auch der Abänderungsantrag vor von der Frau Kollegin Schleicher. Ich ersuche den Gemeinderat, dem nicht zuzustimmen und zwar aus folgender Begründung. Politisch gehe ich mit dir d'accord, stimme dem zu, dass der Gesundheitsstadtrat ein Konzept erarbeiten soll. Da bin ich ganz bei dir. Wir sehen heute auch, dass Dr. Meister in den Gesundheitsfragen einen wichtigen, richtigen Antrag stellt. Aber dein Inhalt wurde

schon abgestimmt. Du hast vor einigen Gemeinderatssitzungen das Ganze schon thematisiert, du hast die Zustimmung des Gemeinderates bekommen und wenn jetzt von deiner Seite beklagt wird, dass keine Informationen kommen, dem nicht nachgegangen wird, ich glaube, dann könntest du vielleicht über den Herrn Vizebürgermeister, den Herrn Bürgermeister, in deiner Fraktion auch Druck machen und sagen, bitte schauen wir, dass man das auch auf die Reise bekommt und die Informationen für dich vorliegen. Also von unserer Seite Zustimmung zu deinem Antrag mit unserer Ergänzung, nein zur nochmaligen selbigen Abstimmung von der FPÖ, auch wenn es inhaltlich, politisch so seinen Sinn hat.

**GR<sup>in</sup> Wutte:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Live-Stream. Ich habe mich jetzt doch noch zu Wort gemeldet, weil es ein wenig unklar ist, ob der dringliche Antrag die Dringlichkeit bekommen wird oder nicht, mir war das jetzt nicht ganz ersichtlich vom Verhalten der Kolleginnen und Kollegen. Wir werden der Dringlichkeit und dem Inhalt jedenfalls zustimmen, weil es ganz klar ist, dass es ein wichtiges Anliegen ist, was der Kollege Dr. Meister hier formuliert. Es ist ganz klar, dass wir die Durchimpfungsrate in der Influenzaimpfung erhöhen sollten und durch die Coronakrise bekommt das noch einmal eine neue Wichtigkeit und inhaltlich hat er eh alles ausgeführt, was es dazu zu sagen gibt. Ich finde es erstaunlich, dass eure Fraktion diesen Antrag jetzt einbringt, weil wir ja wirklich erst gerade im Februar einen sehr ähnlichen dringlichen Antrag einstimmig beschlossen haben, nehme aber an, dass ihr im Gesundheitsamt und bei dir, Robert, die nötige Expertise habt, um auch zu sehen, dass man da vielleicht mit dem Bund und mit dem Land agieren muss, um ausreichende Mengen des Impfstoffes zu bekommen, denn darum geht es ja im dringenden Antrag. Dementsprechend werden wir zustimmen. Zum Zusatzantrag der SPÖ, ja, das ist ein wichtiges Anliegen, was ich aber schon noch anmerken möchte, elektronischer Impfpass, eine sinnvolle Maßnahme, aber natürlich sind Gesundheitsdaten auch etwas ganz Besonderes, Sensibles und man muss da

datenschutzmäßig wirklich achtsam und sensibel reagieren. Elektronischer Impfpass ist wirklich etwas ganz Sinnvolles, aber es muss auch, so denke ich, die Möglichkeit geben für Menschen zu sagen, dass sie das nicht wollen, dass sie das in der bisherigen Form machen wollen. Aber sonst bin ich absolut dafür.

Ich erzähle eine kurze Anekdote, weil das genau heute passiert ist. Heute war meine Tochter mit ihrem Vater bei der Kinderärztin. Impfpass war nicht dabei und sie hätte fast eine Impfung bekommen, die sie schon hatte, weil ich sie eben beim Gesundheitsamt gemacht habe und die Ärztin das nicht wusste. Zum Glück haben sie mit mir Rücksprache gehalten und ich habe dann zuhause im Impfpass eben nachgesehen. Um solche Situationen zu vermeiden, die sicher häufig vorkommen, ist das absolut sinnvoll, so etwas zu akkordieren. Von dem her werden wir dem Zusatzantrag der SPÖ auch zustimmen. Danke.

**GR. Frölich:**

Danke auch an den fleißigen Herrn, der hier immer für Sauberkeit sorgt, das geht so schnell und so still vor sich (*Appl.*).

Geschätzter Antragsteller, ich habe meine Maske noch auf, ich werde jetzt nicht inhaltlich Stellung beziehen, das wird Daisy Kopera dann tun. Ich habe mich gewundert über deine Wortwahl. Die BRD steht für mich in Österreich und heute für den Bergrettungsdienst. Sie wissen sicher, ich unterstelle einmal, Sie haben das durchaus bewusst so gewählt. Bei der Bezeichnung BRD handelt es sich um eine nicht offizielle Abkürzung laut Wikipedia, die in der Epoche 1949 bis 1990 im politischen Kontext zur Abkürzung DDR benutzt wurde. In amtlichen Verlautbarungen der Bundesrepublik hat man diese Abkürzung schon seit Anfang der 70iger Jahre nicht mehr verwendet. Jetzt gehe ich nicht davon aus, dass Sie dort irgendwo bei dem Sprachgebrauch stehengeblieben sind. Es stört mich einfach, wenn wir hier im Gemeinderat mit Bezeichnungen, egal ob ganz links oder ganz rechts, spielen, die ganz eindeutig zuordenbar sind. Die Sprache ist bekanntlich eine starke Waffe und wir sollten da sehr, sehr achtsam sein. Wenn es darum geht, die Sprache dazu zu verwenden, ideologisch

scheinbar wieder Gräben bzw. Mauern hochzuziehen, dann ist das sicher abzulehnen. Ich bitte, darüber nachzudenken. Hier ist immer erhöhte Aufmerksamkeit gefordert. Es steht noch mehr darüber, es gibt ganz, ganz viele Gründe, warum meines Erachtens die Abkürzung BRD stark vorbelastet ist. Danke.

**Hohensinner:**

Gut, jetzt frage ich noch einmal in den Raum, in den Saal, wer möchte noch zur Dringlichkeit reden? Das ist niemand. Jetzt zeichnet sich eine breite Zustimmung ab, jetzt frage ich, möchte der Antragsteller jetzt schon das Wort ergreifen oder abwarten? Weil man könnte jetzt ein Abschlusswort in Anspruch nehmen, aber ich glaube, wenn sich die Mehrheit abzeichnet, braucht man es nicht. Gut. Dann komme ich jetzt zur Abstimmung.

***Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.***

**GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schleicher:**

Inhaltlich möchte ich sagen, dass es sehr wichtig ist und dass wir auch der Meinung sind, dass die Grippe nicht unterschätzt werden darf. Wie jetzt schon erwähnt wurde, bin ich aber trotzdem sehr überrascht über diesen Antrag aus zwei Gründen. Einmal eben, weil ich mir diesen Antrag durchgelesen habe und das Erste, was ich mir gedacht habe, war, warum macht das nicht alles der zuständige Gesundheitsstadtrat? Das liegt ja alles im Verantwortungsbereich des Gesundheitsstadtrates, was hier gefordert wird. Sie sind der Gesundheitsstadtrat der zweitgrößten Stadt Österreichs. Es wäre Ihre Verantwortung, an den Bund heranzutreten, ans Land heranzutreten, sicherzustellen und zu gewährleisten, dass genug Impfstoffe für alle Grazer zur Verfügung gestellt werden. Letztes Jahr hat es ja nicht geklappt, wie wir schon hier besprochen haben und ich hoffe, dass eben für heuer besser Vorsorge getroffen wurde. Genauso die

Forderung ans Ministerium, eine Informations- und eine Werbeoffensive zu machen.  
Das liegt in unseren Augen auch in Ihrer Verantwortung.

*Zwischenruf StR. Krotzer: Das wird jedes Jahr ausgeschrieben.*

**Schleicher:** Aber die Forderung ist jetzt in diesem Dringlichen gestellt worden. In meinen Augen sind auch Sie verantwortlich, die Grazer zu informieren und vor allem Werbung zu machen für diesen tollen Bürgerservice, den das Gesundheitsamt anbietet, dass sich alle Grazer dort kostengünstig impfen lassen können.

Der zweite Grund, warum ich mich gewundert habe, ist eben, was schon angesprochen wurde, dass ich gerade erst im Februar zu dem Thema einen dringlichen Antrag gestellt habe, der hier einstimmig angenommen wurde, eben auch mit den Stimmen der KPÖ, und der den Inhalt hatte, dass genug Impfstoff für Graz angekauft werden soll und dass Sie bitte ein Konzept vorlegen, nämlich im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit, um zu gewährleisten, dass es nicht mehr zu so Impfstoffengpässen kommen kann. Das heißt, der Antrag war im Februar und im Antrag ist drinnen gestanden, in der nächsten Gemeinderatssitzung, das wäre dann März gewesen, jetzt ist Mai. Das Konzept liegt noch nicht vor. Deshalb fühle ich mich heute eben bemüßigt, heute noch einmal mittels eines Abänderungsantrages Sie in die Verantwortung zu nehmen. Wir gehen auch davon aus, dass sich heuer sehr viele Menschen impfen lassen werden, eben aufgrund des Corona-Viruses. Die Grazer Impfstelle ist da laut Auskunft gut vorbereitet, frisch aufgebaut. Das Team ist, wie man hört, sehr motiviert. Die Stadt nimmt ja auch schon am Pilotprojekt elektronischer Impfpass teil. Das heißt, der Zusatzantrag der SPÖ ist für uns deshalb nicht dringlich, weil das ja schon am Laufen ist und vielleicht ist es einfach besser, dass nach der Panne letzten Jahres der Einkauf von Impfstoff direkt über das Gesundheitsamt laufen wird. Man ist so einfach unabhängig und flexibel. Deshalb stelle ich meinen Abänderungsantrag:  
Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich den

**Antrag,**

der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

- Das im Dringlichen Antrag von GR Astrid Schleicher vom 12.02.2020 eingeforderte Konzept für ein höheres Kontingent für die Grazer Grippe-Impfaktion soll vom zuständigen Stadtrat Robert Krotzer dem nächsten Gesundheitsausschuss zur Vorberatung und in der folgenden Gemeinderatssitzung präsentiert werden.
- Das Gesundheitsamt soll prüfen, ob eine eigenständige Beschaffung und Verabreichung von Influenza-Impfstoff für die Stadt Graz und seine Bevölkerung dienlich ist.

**Originaltext des Abänderungsantrages der FPÖ:**

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister!*

*Der Freiheitliche Gemeinderatsklub hat bereits im Februar 2020 darauf hingewiesen, dass ein höheres Kontingent für die Grazer Grippeimpfaktion höchst erforderlich ist. Diesbezüglich wurde ein entsprechender dringlicher Antrag eingebracht, der einstimmig von allen Fraktionen beschlossen wurde. Gerade in diesem Jahr geht man davon aus, dass es durch das Corona-Virus zu einer höheren Durchimpfungsrate kommen wird, da die Sensibilisierung zu Impfmaßnahmen in der Bevölkerung gestiegen ist. Die Grazer Impfstelle ist frisch umgebaut, das Team ist voll motiviert und die Stadt nimmt am Pilotprojekt e-Impfpass teil. Jedes Jahr werden fast 10% aller Grazer geimpft. Mit einem selbstständigen Einkauf könnte viel besser auf die Bedürfnisse der Bevölkerung reagiert werden und die Stadt Graz wäre von Land und Bund unabhängig.*

*Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich den*

**Antrag,**

*der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:*

- *Das im Dringlichen Antrag von GR Astrid Schleicher vom 12.02.2020 eingeforderte Konzept für ein höheres Kontingent für die Grazer Grippe-Impfkation soll vom zuständigen Stadtrat Robert Krotzer dem nächsten Gesundheitsausschuss zur Vorberatung und in der folgenden Gemeinderatssitzung präsentiert werden.*
- *Das Gesundheitsamt soll prüfen, ob eine eigenständige Beschaffung und Verabreichung von Influenza Impfstoff für die Stadt Graz und seine Bevölkerung dienlich ist.*

StR. Mag. **Krotzer:**

Ich mache das jetzt vom Sitzen aus, das erspart dem Kollegen einmal die Desinfektion des Rednerpults.

Ich darf beginnen. Frau Kollegin Schleicher, das muss ich jetzt auch für die Beschäftigten des Gesundheitsamtes sagen, Panne hat es bei der Grippeimpfung keine gegeben. Wir haben im vergangenen Jahr erlebt, dass es einfach einen enormen Anstieg bei den Impfungen gegeben hat. Zu einem gewissen Teil führe ich das auch darauf zurück, dass wir eben auch entsprechend Werbung gemacht haben auf städtischer Ebene und nicht nur Werbung gemacht haben, sondern wir sind auch hinausgegangen in die Bezirke. Wir haben mittlerweile seit knapp drei Jahren auch die Aktion Gesundheitsamt vor Ort, wo wir auch in die Bezirke zur Bevölkerung in die Wohnviertel gehen. Ich habe Ihnen im Februar bezüglich Ihres Antrages damals schon sagen können, dass wir für die diesjährige Impfsaison im Herbst das Kontingent der Stadt Graz und des Gesundheitsamtes um etwa 25 % steigern konnten gegenüber dem Vorjahr. Sie wissen, für den Einkauf ist grundsätzlich das Land Steiermark zuständig

und wir können dann unsere Kontingente, wie alle anderen Bezirksverwaltungsbehörden, beim Land Steiermark beziehen. So viel zu den Sachen. Nichtsdestotrotz, wir haben ja heute schon im Vorfeld, über die Büros hat es auch schon den Kontakt gegeben und wir haben ersucht, dass dieser Antrag von Ihnen, Frau Kollegin, als Zusatzantrag gestellt wird zu dem, was vom Dr. Hans Peter Meister hier gestellt wurde und was, so glaube ich, ganz wichtig ist und es sind ein paar Zahlen dort skizziert. Wir dürfen nicht die Illusion haben, dass dieser große Kraftakt, der geschildert worden ist vom Hans Peter, dass wir eben mit der Immunität und einer Durchimpfungsrate bei der Influenza-Impfung auf Prozentwerte von 40, 50 % der Gesamtbevölkerung kommen. Für diesen Kraftakt sind die Muskeln des Gesundheitsamtes, aber auch der gesamten Stadt Graz zu klein. Das müssen wir ganz offen zugeben und deswegen brauchen wir hier die Bundesregierung und auch das zuständige Bundesministerium an Bord. Beispielgebend dafür ist eben, dass wie Deutschland oder die Bundesrepublik Deutschland, in Kurzform BRD, reagiert hat, dass die eben hergegangen sind und der Staat eben 4 Mio. zusätzliche Impfungen angeschafft haben und das wäre auch ein Kraftakt, der von unserer Seite unbedingt notwendig wäre. Jetzt muss ich aber eines dazu sagen: Wir haben im Klub etwas länger darüber debattiert. Wir haben uns gewünscht, dass das Ganze ein Zusatzantrag wird und kein Abänderungsantrag. Darauf ist leider der Klub der FPÖ nicht eingegangen. Wir machen das jetzt tatsächlich so, vielleicht zur Verwunderung mancher, dass wir diesem Abänderungsantrag durchaus zustimmen und ich bin gerne bereit als zuständiger Stadtrat, gemeinsam mit dem Amt auch noch einmal über diese Steigerung von 25 % der Kapazität, die wir jetzt schon erreicht haben, noch einmal mit dem Amt gemeinsam erarbeitet dem Gesundheitsausschuss vorzulegen, zu welchen Konditionen, und das müssen dann natürlich auch entsprechend gute sein, die Stadt selbst einkaufen kann und wie können wir das gemeinsam steigern. Das machen wir gewissermaßen als Vorleistung und dann muss ich aber dazu sagen, brauchen wir ganz dringend auch die Unterstützung und die finanzielle Beteiligung auch der Rathauskoalition und da sind dann auch Sie als FPÖ und Sie als ÖVP gefordert zu sagen: Ja, wir nehmen dieses Geld entsprechend in die Hand, das ist es uns wert, dass wir

50.000 Euro, Hausnummer, Sie werden die Zahlen dann bekommen, in die Hand bekommen, damit wir genügend Impfstoff für die Grazer Bevölkerung haben. Das Gute daran ist, das kann ich abschließend noch sagen, dieses Geld nehmen wir in die Hand, wir vorfinanzieren es. Wir haben ja natürlich als Stadt dann auch Einnahmen, das heißt, wir müssen das gewissermaßen überbrücken, aber das wollen wir machen, das werden wir so machen. In diesem Sinne stimmen wir auch dem zu, in der Hoffnung, dass Sie dann auch dem zustimmen, dem Stück, das wir in den Gemeinderat bringen...

*Zwischenruf StR. Hohensinner: Ich bitte Sie, denken Sie an die Redezeit. Du bist schon zwei Minuten drüber.*

**Krotzer:** Genau, und in diesem Sinne machen wir das so und bleiben aber auch an den ganz, ganz wichtigen Forderungen von Hans Peter Meister dran, weil es braucht auch auf bundesweiter Ebene hier viel mehr Bewegung (*Appl.*).

**Hohensinner:**

Als zuständiger Sportstadtrat kann ich nur sagen, der Muskel gehört trainiert. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Dr. Daisy Kopera.

GR<sup>in</sup> Univ-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> **Kopera:**

Es schwirren hier furchtbar viele Zahlen herum. Auf der einen Seite ist von einer Impfrate von 40 bis 50 % die Rede und auf der anderen Seite von einer Erhöhung der jetzigen Impfrate um 25 %. Derzeit liegen wir in Österreich irgendwo bei 10 %. Wenn wir jetzt 25 % drauflegen, sind wir noch immer bei 12,5, also weit entfernt von dem, was das Ziel ist. Es ist ganz klar, als Medizinerin kann ich sagen, es gibt nicht gegen alle Krankheiten Impfungen, aber wenn man in der Situation ist, durch eine Impfung eine

Krankheit nicht auftreten zu lassen oder sie in der Ausprägung so weit abzuschwächen, dass sie nicht schwer verläuft und damit auch nicht tödlich verläuft, dann ist eigentlich ganz klar, dass das Ziel sein muss, eine möglichst hohe Impfquote in der Bevölkerung zu erzielen. Sich da hinter Bund oder Land zu verschanzen und nicht Eigeninitiative zu ergreifen, ist eigentlich nicht ganz verständlich. Von den Kosten her, ich habe mich schlau gemacht, es kostet eine Impfung zwischen 10 und 12 Euro. Wenn man wirklich die Durchimpfungsrate von 50 % erreichen will, muss man da schon eine Stange Geld in die Hand nehmen, aber es ist gut investiertes Geld. Ich möchte dem Kollegen Meister herzlich danken, dass er die Problematik zum Thema gemacht hat, aber inhaltlich schließen wir uns dem Abänderungsantrag der FPÖ an, weil ich glaube, es ist wert, hier Eigeninitiative zu ergreifen als zweitgrößte Stadt Österreichs. Danke (*Appl.*).

**Hohensinner:**

Danke Frau Doktor, ich möchte auch hier an dieser Stelle anführen, dass eine Initiative des Gemeinderates auch im Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz Einfluss gehalten hat, nämlich, dass jene Kinder, die eine Grippeimpfung haben, bei der Zuteilung der Kinderbetreuungsplätze einen Vorteil haben. Die kommen zuerst dran. Das haben wir vor rund einem Jahr hier diskutiert oder im Rathaus, und das hat auch die zuständige Landesrätin in das Gesetz einfließen lassen, was mich sehr freut.

Wer möchte noch das Wort ergreifen? Niemand, somit bitte ich den Antragsteller um sein Schlusswort.

**Meister:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin hier ja noch neu und es gibt immer Anlass, mich zu wundern. Mein Antrag, der sich nicht auf die Stadt bezogen hat und auf das Gesundheitsamt hat auch damit zu tun, dass ich einen nicht budgetrelevanten Antrag stellen wollte, die Bundesregierung und die Bundesfinanzen irgendwie zu bitten, daran teilzunehmen an dem Ganzen, und das Ganze auch zum Thema für ganz Österreich zu

machen, weil in Graz allein kommen wir da wahrscheinlich eh nicht sehr weit, wenn wir das machen, weil wir auch zu wenig Geld haben.

Ich hätte mit dem Zusatzantrag, dass wir das in Graz machen, überhaupt kein Problem gehabt und habe mir dann gedacht, dieser Zusatzantrag der Freiheitlichen, das ist ein Versuch, den Antrag zu töten, denn es wird in Graz kein Geld dafür geben, Impfstoffe zu kaufen, wir werden das genau beobachten. Auch wenn der Vorschlag von Robert Krotzer, er hat mich davon überzeugt, dass man das versuchen soll und wir werden sehen, ob das wirklich möglich ist, mehr Impfstoffe zu kaufen und das große Problem sind die Kampagnen. Ich habe mir nämlich bei den Impfkampagnen bundesweit so etwas vorgestellt, wie das was jetzt täglich im Fernsehen zu sehen ist, in der Corona-Prophylaxe. Nur dann kann man ausreichend die Menschen dazu bewegen, wenn sie so informiert werden, wie das die Bundesregierung jetzt macht mit ihrer Werbekampagne zur Corona-Pandemie. Ich bin überrascht, dass die Stadt lieber selbst mehr Geld ausgibt, eventuell, was mich freuen würde, im Interesse der Stadt Graz, als das wir an die Bundesregierung herantreten, die die Finanzen übernehmen könnte. Ich bedanke mich für alle Beiträge.

***Der Abänderungsantrag der FPÖ wurde mit Mehrheit (gegen Neos) angenommen.***

***Der Zusatzantrag der SPÖ wurde mit Mehrheit (gegen Grün, SPÖ, KPÖ und Neos) abgelehnt.***

***Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (16.23 Uhr).***

### **8.3 Vorreiterrolle der Stadt Graz im Bereich der Elementarpädagogik (GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Taberhofer, KPÖ)**

#### **Taberhofer:**

Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste. In meinem dringlichen Antrag beziehe ich mich quasi auf die Mehrfachbelastung im Kinderbetreuungsbereich, nämlich einerseits für Familien mit Kindern und andererseits betrifft das aber auch den Bereich der Elementarpädagogik. Während die Eltern mit Kindern besonders unter Druck stehen, da sie eben die Hauptlast der Kinderbetreuung derzeit zu tragen haben und eben gefordert sind, Beruf und Familie zu organisieren und damit eine Überbelastung in Kauf nehmen müssen, gibt es aber auch andererseits bei den Kinderbetreuungseinrichtungen und ElementarpädagogInnen eine große Herausforderung, weil von ihnen wird erwartet derzeit, optimale Betreuung für die Kinder mit bestimmten Auflagen zur Sicherung der Gesundheit aller Beteiligten eben sicherzustellen. Diese Gruppen werden manchmal gegeneinander, untereinander ausgespielt und deshalb erscheint mir das ganz, ganz wichtig, dass man die voraussetzenden Bedingungen bezogen auf die Kinderbetreuungseinrichtungen in Graz sich auch genauer anschaut und überlegt, ergibt sich daraus eben ein Handlungsbedarf. Eine steiermarkweite Studie über Kinderbetreuungseinrichtungen ist im letzten Jahr im Auftrag der Arbeiterkammer erstellt worden, und zwar hat man eben einerseits festgestellt, dass die Anzahl der in Graz über öffentliche und private Träger bestehenden Kinderkrippen und Kindergärten in den letzten Jahren gestiegen ist, aber trotzdem gibt es in vielen Bereichen Handlungsbedarf, also so wird z.B. als Bedingung für die Genehmigung eines Betreuungsplatzes die Berufstätigkeit der Eltern vorausgesetzt, was dazu führt, dass Eltern, die nicht beide berufstätig sind oder aber in Karenz oder auf Arbeitssuche sind, häufiger keinen Betreuungsplatz bekommen und finden, vielfach auf die Betreuung durch Tageseltern ausweichen müssen. Aber abgesehen von der Quantität in Kinderbetreuungseinrichtungen gilt es, jetzt auch einen Blick auf die Qualität zu richten. Nämlich der Anspruch muss sich daran orientieren, dass die Qualität so hochwertig ist und die Fachkräfte so viel Zeit für die

Kinder haben, dass eben, sich diese ihre Möglichkeit eben entsprechend optimal entwickeln können und kein Bildungspotential der Kinder verloren geht. Entscheidende Kriterien dafür sind eben, die Arbeitsbedingungen der ElementarpädagogInnen, die Größe der Gruppen bzw. aber auch die Betreuungsdichte. Diesbezüglich zeigt sich, dass die Fachkräfte eben sehr stark belastet sind. Entweder deshalb, weil es zu wenig Personal gibt, nicht genügend Vorbereitungszeit besteht, oder vielfach Mehrarbeit und Überstunden geleistet werden müssen. Darüber hinaus wird vielfach auch die Einkommenssituation als sehr unbefriedigend empfunden. Grund für das geringe Einkommen ist vor allem auch die unfreiwillige Teilzeitarbeit, nämlich so wollen rund 80 % der Teilzeitangestellten eigentlich mehr arbeiten, denn von 20 bis 30 Stunden in Teilzeit und rund 1000 Euro netto kann man nicht leben. Im Interesse aller ist aber vor allem auch, dass kleinere Gruppen in den Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen gegeben sein sollen. Für Unter-Dreijährige wird ein Betreuungsschlüssel von 1:3 bis 1:3,5 als optimal bewertet. Die Gruppengröße sollte somit höchstens 5 bis 8 Kinder betragen. Während sie derzeit tatsächlich bei 1:5, bei einer Gruppengröße von 14 Kindern in Kinderkrippen liegt und für Drei- bis Unter-Sechsjährige erhöht sich dieses Zahlenverhältnis für Ganztageskinder auf 1:7,5 und für Halbtageskinder auf einen Schlüssel von 1:10 bzw. 1:12,5. Damit sollte eben die Gruppengröße in diesem Alter bei etwa 15 Kindern liegen. Derzeit liegt sie jedoch bei 1:12 bis 1:17 bei einer Gruppengröße von 25 Kindern in den Kindergärten und überschreitet damit diese von Expertinnen empfohlenen Grenzen bei Weitem. Darüber hinaus ist es notwendig, bei einem hohen Anteil an Kindern mit nicht deutscher Muttersprache auch eine individuelle Anpassung des Betreuungsschlüssels an die Gruppenzusammensetzung vorzunehmen. Diese Situation, eben analysiert, festgestellt vor der Krise, verdeutlicht, warum in der Krisensituation jetzt auch öfter Probleme bezüglich der Betreuung von beiden Seiten, von den Eltern, aber auch von den ElementarpädagogInnen, gegeben ist und aus unserer Sicht könnte Graz dabei eben eine Vorreiterrolle spielen und es besteht aus unserer Sicht Handlungsbedarf. Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

**Antrag zur dringlichen Behandlung:**

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz sollen kontaktiert werden, um die Möglichkeiten zur Verbesserung nicht nur der Quantität, sondern auch der Qualität der bestehenden Kinderbildungs- und –betreuungseinrichtungen im Sinne des Motivenberichtes zu prüfen.

Ich hoffe, dass das im Interesse aller ist und Zustimmung findet.

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Die derzeitige Situation – bedingt durch das Coronavirus – verdeutlicht neue Mehrfachbelastungen, nämlich einerseits für Familien mit Kindern, aber andererseits auch insgesamt für den Bereich der Elementarpädagogik. So stehen derzeit viele Menschen mit Kindern besonders unter Druck, da sie die Hauptlast der Kinderbetreuung zu tragen haben und sich in vielen Fällen auch ihre Arbeitssituation drastisch verändert hat. Sie sind somit gefordert, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie selbst zu organisieren und die Überlastung in Kauf zu nehmen. Aber andererseits sind derzeit auch viele Kinderbetreuungseinrichtungen und ElementarpädagogInnen vor große Herausforderungen gestellt. Von ihnen wird erwartet, eine optimale Betreuung für die Kinder mit bestimmten Auflagen zur Sicherung der Gesundheit aller Beteiligten sicherzustellen. Um diese beiden beteiligten Gruppen aber nicht weiter gegeneinander ausspielen zu können, gilt es gerade jetzt, den Blick auf die voraussetzenden Bedingungen der Kinderbildungs- und –betreuungseinrichtungen vor dieser Krisensituation zu werfen, sei es bezogen sowohl auf die Arbeitssituation der ElementarpädagogInnen als auch auf die räumlichen Gegebenheiten der jeweiligen Einrichtungen, denn sie können auch als Ursache für die derzeit vielfältigen Probleme gesehen werden und den daraus resultierenden Handlungsbedarf für die Politik einmal mehr verdeutlichen.*

So zeigt schon eine steiermarkweite Studie über Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen, die im Auftrag der Arbeiterkammer 2019 erstellt worden ist, auf, dass zwar die Anzahl der in Graz über öffentliche und private Träger bestehenden Kinderkrippen und Kindergärten in den letzten Jahren gestiegen ist, aber trotzdem in vielen Bereichen weiterhin Handlungsbedarf besteht. So wird z.B. als Bedingung für die Genehmigung eines Betreuungsplatzes die Berufstätigkeit der Eltern vorausgesetzt, was dazu führt, dass Eltern, die nicht beide berufstätig sind oder aber in Karenz oder auf Arbeitssuche sind, häufiger keinen Betreuungsplatz finden und vielfach auf die Betreuung durch Tageseltern ausweichen müssen. Verwiesen wird auch darauf, dass insbesondere noch mehr Betreuungsplätze in Kinderkrippen benötigt werden. Abgesehen von der Quantität in Kinderbetreuungseinrichtungen gilt es jedoch vor allem auch, einen Blick auf deren Qualität zu richten. Der Anspruch an sie muss sich daran orientieren, dass die Qualität so hochwertig ist und die Fachkräfte so viel Zeit für die Kinder haben, dass sich diese ihren Möglichkeiten entsprechend optimal entwickeln und kein Bildungspotenzial der Kinder verlorenght. Entscheidende Kriterien dafür sind somit die Arbeitsbedingungen der ElementarpädagogInnen und die Größe der Gruppen bzw. die Betreuungsdichte. Diesbezüglich zeigt sich, dass die Fachkräfte sehr stark belastet sind, entweder deshalb, weil es zu wenig Personal gibt, nicht genügend Vorbereitungszeit besteht oder vielfach Mehrarbeit und Überstunden geleistet werden müssen. Darüber hinaus wird vielfach auch die Einkommenssituation als sehr unbefriedigend empfunden. Grund für das geringe Einkommen ist vor allem auch die unfreiwillige Teilzeitarbeit. So wollen rund 80 % der Teilzeitangestellten eigentlich mehr arbeiten, denn von 20 bis 30 Stunden in Teilzeit und rund 1000 € netto kann man nicht leben. Im Interesse aller ist vor allem aber auch, dass kleinere Gruppen in den Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen gegeben sein sollen. Für Unter-Dreijährige wird ein Betreuungsschlüssel von 1:3 bis 1:3,5 als optimal bewertet. Die Gruppengröße sollte somit höchstens 5 bis 8 Kinder betragen, während sie derzeit tatsächlich bei 1:5 bei einer Gruppengröße von 14 Kindern in Kinderkrippen liegt. Für 3- bis unter 6-Jährige erhöht sich dieses Zahlenverhältnis für Ganztagskinder auf 1:7,5 und für Halbtagskinder auf einen Schlüssel von 1:10 bis 1:12,5. Damit sollte die

*Gruppengröße in diesem Alter bei etwa 15 Kindern liegen. Derzeit liegt sie jedoch bei 1:12 bis 1:17 bei einer Gruppengröße von 25 Kindern in den Kindergärten und überschreitet damit diese von ExpertInnen empfohlenen Grenzen bei weitem. Darüber hinaus ist es notwendig, bei einem hohen Anteil an Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache auch eine individuelle Anpassung des Betreuungsschlüssels an die Gruppenzusammensetzung vorzunehmen.*

*Die derzeitige Situation unter den Bedingungen des Coronavirus zeigt einmal mehr deutlich auf, wie wichtig eine funktionierende Kinderbetreuung ist. Es muss somit im Interesse aller Beteiligten, der Eltern, der Kinder und der ElementarpädagogInnen sein, dass die Verantwortlichen der Stadt Graz den Handlungsbedarf prüfen und Maßnahmen setzen, um nicht nur die Anzahl der bestehenden Kinderbetreuungseinrichtungen kontinuierlich bedarfsorientiert zu erhöhen, sondern auch, um damit vor allem dazu beizutragen, deren Qualität sukzessive zu verbessern, um eine diesbezügliche Vorreiterrolle einnehmen zu können.*

*Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden*

**Antrag zur dringlichen Behandlung**

*(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):*

*Die zuständigen Stellen der Stadt Graz sollen kontaktiert werden, um die Möglichkeiten zur Verbesserung nicht nur der Quantität, sondern auch der Qualität der bestehenden Kinderbildungs- und –betreuungseinrichtungen im Sinne des Motivenberichtes zu prüfen.*

**GR<sup>in</sup> Wutte:**

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Ulli. Danke für den Antrag, der aus meiner Sicht ein enorm wichtiges Thema anspricht. Ich denke, es gibt immer mehr entwicklungspsychologische und pädagogischer Forschung, die

zeigt, wie wichtig und prägend die Kleinkindphase für unser späteres Leben ist. Wie wichtig es für Kinder in dem Alter ist, mit Gleichaltrigen spielen zu können, wie wichtig es aber auch ist, dass gerade Kinder, die in ihren Familien nicht so gut unterstützt und begleitet werden können, eben in einer Krippe oder einem Kindergarten gefördert und unterstützt werden. Das ist die Theorie, in der Praxis schaut das Ganze aber leider ganz anders aus aufgrund der Rahmenbedingungen, die du auch gerade beschrieben hast. Wir nennen das Ganze so euphemistisch Kinderbildungseinrichtungen, aber in den Gruppengrößen ist ein wirklicher Bildungsauftrag, muss man ehrlicherweise sagen, kaum verwirklicht. Gerade Kinder unter drei brauchen noch viel Körperkontakt und brauchen einfach eine einfühlsame Begleitung, die in den Gruppengrößen kaum zu schaffen ist. Trotzdem leisten so viele ElementarpädagogInnen und -betreuerInnen jeden Tag großartige Arbeit und hängen sich wirklich rein, um trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen einfach die bestmögliche Betreuung unserer Kinder zu gewährleisten und das muss man auch wirklich einmal ehrlich sagen, das passiert ganz oft eigentlich durch Selbstaussbeutung. Ich habe selbst zwei kleine Kinder und habe das in unserer Krippe, in unserem Kindergarten erlebt, wie die PädagogInnen unbezahlt Überstunden machen, damit sich das überhaupt noch irgendwie ausgehen kann, dass ich die Entwicklungsgespräche mit den Eltern ausgehen können, dass sich Ausflüge ausgehen können, dass sich Sommerfeste ausgehen können und irgendetwas passt in diesem System einfach nicht mehr. Wenn es nur noch darauf beruht, dass engagierte Menschen, und das sind halt auch größtenteils Frauen, unbezahlt arbeiten, weil sie ihre Arbeit lieben und weil sie einfach eine gute Betreuung für die Kinder gewährleisten wollen, unter Rahmenbedingungen, die eigentlich unmöglich sind. Es gibt jetzt ein paar Verbesserungen auf der Landesebene und das ist ja vor allem Landesgesetzgebung, über die wir da reden, aber eben an den viel zu großen Gruppengrößen hat sich noch immer nichts geändert und das hast ja auch du hier mehrmals thematisiert jetzt. Ich weiß, Kurt, wenn du jetzt eine Wortmeldung machst, wirst sagen, dass das vor allem ein Landesthema ist, aber ich sehe auch dich als Bildungsstadtrat und Familienstadtrat da in der Verantwortung und ich finde, es würde schon auch etwas bringen, wenn es von allen Parteien hier in der Stadt ein klares Bekenntnis dafür gäbe, dass wir kleine

Gruppengrößen wollen. Dass wir die Situation in den Kindergärten und Krippen wirklich verbessern wollen. Dass wir bessere Arbeitsbedingungen für die PädagogInnen und BetreuerInnen wollen, dass wir wollen, dass die endlich einmal eine faire Entlohnung bekommen für diese anstrengende und verantwortungsvolle Arbeit, die sie tagtäglich leisten. Zu einem anderen Punkt, den du auch noch aufgebracht hast, den ich auch sehr wichtig finde, dieses Thema, wer bekommt überhaupt einen Krippenplatz in unserer Stadt? Kurt, du redest da gerne von den Barcelona-Zielen, die wir ja auch erreichen. Barcelona-Ziele sind eben bei den Über-Dreijährigen sollen 90 % idealerweise in den Kindergärten sein und bei den Unter-Dreijährigen sollen es 1/3 der Kinder sein. Ja, wir erreichen diese Ziele, aber es gibt eben ganz viele Eltern, die eben bei diesem einen Drittel bei den Krippen dann keine Chance auf den Platz haben. Eben, wie du gesagt hast, weil sie gerade arbeitssuchend sind, aber auch gar nie eine Arbeit finden können, weil sie eben ihre Kinder nicht in Betreuung geben können und das sind dann irgendwie so Negativspiralen, aus denen wirklich ganz viele Personen nicht mehr herauskommen können. Wir bräuchten da wirklich viel mehr Infrastruktur. Ich weiß, das ist nicht leicht in einer wachsenden Stadt, wo auch ständig Kinder dazukommen, aber ich denke, wir müssen unsere Anstrengungen da vergrößern. Der Bürgermeister hat ja vorher gesagt, dass die Corona-Krise wie eine Lupe manche Dinge vielleicht vergrößert oder stärker hervorhebt, die schon immer als Probleme da waren. Ich glaube, dieser Bereich der Elementarpädagogik ist genau so etwas. Etwas, wo wir eigentlich alle wissen, dass es schon lange schief läuft, und wo uns schon durch die Krise noch einmal bewusst geworden ist, wie wichtig es ist, dass die Menschen, die in diesem Bereich arbeiten, bessere Arbeitsbedingungen haben und dass die Kinder, die betreut werden, in kleineren Gruppen und einfach in einer qualitativvolleren Betreuung dann sein können. Von dem her würde ich mich wirklich freuen, wenn der Antrag Zustimmung findet und wir werden ihn jedenfalls unterstützen. Danke (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> **Robosch:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Ulli, danke für diesen Antrag. Du sprichst auch von der Qualität in der Elementarpädagogik und wir wissen alle, dass diese Qualität vor allem auf der sehr engagierten Arbeit von unseren PädagogInnen und von unseren BetreuerInnen in unserer Stadt und allen Trägern zurückzuführen ist und es ist auch sehr wichtig, es wurde schon gesagt, dass diese Qualität immer noch trotz der Rahmenbedingungen und trotz der Teilzeitfalle und trotz per Gesetz zu großer Gruppen wirklich noch sehr grandios ist. Das sollten wir heute wieder einmal betonen, vor allem, wenn man während Corona ja auch gesehen hat, dass das eine der Gruppen ist, die weiterhin zur Arbeit gegangen ist, die weiterhin Kinder betreut hat und die weiterhin quasi auch geschaut hat, dass die Kinder, die es wirklich brauchen, eine geeignete und eine qualitative Betreuung haben. Was ich heute auch wichtig finde zu erwähnen, dass vielleicht bei ein paar noch immer dieses Kinderbetreuen im Vordergrund steht und nicht das Kinder pädagogisch bilden. Weil wir wissen, dass der Kindergarten die erste Bildungseinrichtung unserer Kleinsten ist und dass das auch extremen Bildungscharakter haben sollte und hat in der Realität. Wenn man das mindert, wenn man die Kindergärten als reine Betreuungsstätten wahrnimmt, dann verpasst man eben diese Riesenaufgabe der KindergartenpädagogInnen, die da die wichtigsten Jahre unserer Kleinsten betreuen. Ich finde, dass dieser Antrag auch deswegen in Corona so wichtig ist, weil er genau jetzt hervorhebt, wie die Arbeitsbedingungen bisher waren und wie sie auch jetzt unter Corona waren. Es muss sich da die Stadt Graz bei der eigenen Nase nehmen und auch als Vorreiterin und als Vorbild für andere handeln und diese Rahmenbedingungen einfach verbessern. Jetzt, weil jetzt ist der Zeitpunkt da und jetzt ist auch quasi genug Aufmerksamkeit auf diesem Thema und genug Aufmerksamkeit auf diese Arbeit, die hier geleistet wird. Wir stellen auch heute einen Antrag, wir haben einen Antrag eingebracht zum Corona-Tausender, der sich auch nicht nur auf diese Gruppe, aber auch auf diese Gruppe bezieht, dass es auch finanziell ganz dringend wäre, eine Prämie auszuzahlen und ganz dringend wäre, da auch die Wertigkeit an den Tag zu legen, die diese Arbeit verdient. Deswegen können wir nur sagen, danke für diesen Antrag, wir werden ihn natürlich

unterstützen und es ist vor allem wichtig, dass diese Verbesserungen auch ausgearbeitet werden mit den wirklichen Expertinnen und Experten und das sind die KindergartenpädagogInnen und KindergartenbetreuerInnen, die jeden Tag diese Arbeit leisten. Danke (*Appl.*).

**StR. Hohensinner:**

Ich danke meinen Vorrednerinnen, ich glaube, dass es ganz wichtig ist, jetzt kurz vor dem Wiederneustart gerade die Kinderkrippen und Kindergartenthematik zu beleuchten. Ich glaube, dass wir uns alle einig sind, dass KindergartenpädagogInnen und -betreuerInnen Großartiges geleistet haben jetzt in der Krise, aber auch generell ganz etwas Wichtiges für unsere Kinder bewirken. Diejenigen, die jetzt schon länger im Gemeinderat sind von euch, von Ihnen, wissen, dass ich mich seit sechs Jahren sehr stark für die Rahmenbedingungen in unseren Bildungseinrichtungen einsetze. Warum, es ist eine Win-win-Geschichte für beide Seiten. Wenn wir die Rahmenbedingungen verbessern, dann nutzt das dem Personal, aber natürlich kommt das letztlich auch unseren Kindern zu Gute. Ich ärgere mich ein wenig über den Antragstext, muss ich sagen, liebe Ulli, weil du suggerierst damit, dass derzeit in unseren Einrichtungen keine qualitätsvolle Arbeit geleistet wird. Ich bin froh, dass die Anna Robosch das auch unterstrichen hat, dass trotz größerer Gruppen eine wirklich gute Arbeit geleistet wird. Ich möchte das wirklich zurückweisen, wir setzen jedes Jahr auch eine groß angelegte Befragung der Eltern um und da kommt heraus, dass die Eltern mit der Qualität unserer Bildungseinrichtungen hochzufrieden sind. Zu deinem Motivenbericht, in erster Linie sprichst du Sachen an, wo die Oberbehörde zuständig ist, aber du weißt auch, dass gerade im letzten Jahr sehr lange und sehr intensiv über ein Landesgesetz diskutiert wurde. Uschi Lackner von der SPÖ hat das ja federführend als damals zuständige Landesrätin aufgearbeitet. Aus meiner Sicht ist hier eine gute Kompromisslösung herausgekommen. Einige positive Sachen sind hier enthalten, nämlich z.B. die LeiterInnenfreistellung. Ich halte es aber jetzt für falsch, dass bevor das Gesetz zur Umsetzung kommt, dass wir wieder das komplett hinterfragen und

aufmachen. Zur Frage der Quantität, da bin ich auch froh, dass du angemerkt hast, dass wir irrsinnig viel weitergebracht haben in den letzten Jahren und möchte anmerken, dass wir seit dem Zeitpunkt, wo ich verantwortlich sein darf, seit 2014, insgesamt 1000 Betreuungsplätze dazubekommen haben. Das sind 40 Kinderkrippengruppen, 38 Kindergartengruppen. Ja, wir argumentieren immer, dass alle berufstätigen Eltern einen Platz bekommen, die, die nicht berufstätig sind auch, aber da gibt es sozusagen keinen Anspruch. Die Berufstätigen bekommen einen Platz. Wir erfüllen die Barcelona-Ziele, übertreffen die Gott sei Dank, und damit ihr eine Vorstellung habt, was wir für die Kinderbetreuung in der Stadt ausgeben: Pro Jahr sind 61 Mio. Euro im städtischen Budget enthalten und jedes Jahr kommt eine Million dazu. Warum, weil wir jedes Jahr in etwa 10 Gruppen neu eröffnen. Auch heuer werden wir ab Herbst 13 neue Gruppen haben. Zwei Kinderkrippengruppen und 11 Kindergartengruppen und die werden dann auch in das Tarifmodell übernommen. Wir sind bemüht, dass wir laufend die Quantität und die Qualität verbessern, wir brauchen dazu bitte keinen dringlichen Auftrag der KPÖ. Das ist für uns selbstredend, wir setzen uns ein, dass es zu Verbesserungen in unseren Bildungseinrichtungen kommt. In der Kinderbetreuung geht es aber auch immer um den Ausgleich zwischen kleinen Gruppen und guten Versorgungsgraden. Da möchte ich schon eines kurz thematisieren.

*Zwischenruf Bgm. Stv. Mag. **Eustacchio**: Kurt, bitte zum Ende kommen.*

**Hohensinner**: Was passiert, wenn wir diesen dringlichen Antrag umsetzen ab Herbst. Was passiert? Ihr habt Empfehlungen festgeschrieben, wie groß die Gruppen sein sollen. Wenn wir das im Kindergartenbereich machen, werden wir um 2.988 Plätze weniger haben. Das heißt, im Kindergartenbereich hätten wir um 40 % weniger Plätze. Im Kinderkrippenbereich hätten wir um 50 % weniger Plätze. Das könnten wir mit neuen Gruppen gar nie zusammenbringen, das abzufedern und da sage ich schon, wir

sind bemüht, zusätzliche Plätze zu schaffen, möglichst auch die Gruppe klein zu halten, aber ein oberstes Ziel muss es sein, dass wir den Eltern auch Betreuungsplätze anbieten. Wenn wir das umsetzen, was die KPÖ heute fordert, müssen wir um die 50 % der Eltern absagen. Ich glaube nicht, dass das im Interesse der KPÖ ist. Ich weiß, was die Intention ist, dass man weniger Kinder hat, aber diese Zahlen sind einfach realitätsfremd, die ihr in dem dringlichen Antrag festgeschrieben habt. In diesem Sinne können wir dem Antrag selbst und der Dringlichkeit nicht zustimmen. Danke.

**GR<sup>in</sup> Taberhofer:**

Wir haben gesehen natürlich, dass ganz deutlich geworden ist, dass die Dringlichkeit keine Zustimmung erhalten wird. Ich möchte trotz alledem noch einmal die Möglichkeit nutzen, um zu sagen, dass einiges nicht richtig irgendwie herausgelesen worden ist aus dem dringlichen Antrag, den ich geschrieben habe. Weil einerseits ist es so, dass erstens nicht wir die Zahlen hineingeschrieben haben, sondern dass ich das aufgrund der Studie, die die Arbeiterkammer im letzten Jahr erstellt hat, sich ergeben hat und daraus herauszulesen war und das Zweite ist, dass die Qualität auch genau definiert ist. Nicht so, wie du, lieber Herr Stadtrat, das interpretiert hast, sondern Qualität misst sich irgendwie an den Kriterien einerseits der Arbeitsbedingungen, der Gruppengröße, nach diesen Kriterien. In keinsten Weise stelle ich jemals in Zweifel, dass die Arbeit der Kindergarten- oder Elementarpädagoginnen und Elementarpädagogen, die jetzt ihre Arbeit verrichten, nicht qualitativ arbeiten würden. Das ist ein ganz wesentlicher Unterschied, auf den ich noch einmal hinweisen möchte, dass das auch deutlich wird. Die, die die Arbeit leisten, ist einfach wichtig, aber mein Bedürfnis und das vielleicht auch einiger anderer ist es, dass man hier auch weiterarbeiten soll und, wichtig, um einfach Bildungsansprüche und Betreuung besser umsetzen zu müssen, wären eben mehr Personal und kleinere Gruppengrößen. Je kleiner die Gruppe ist, desto wirkungsvoller kann ich auch diesen Aufgaben und Anforderungen gerecht werden. Deshalb tut es mir leid, wenn die Dringlichkeit nicht

anerkannt wird. Ich glaube aber trotz alledem, dass es wichtig ist, dass man an dem weiterarbeitet und da werden wir trotz alledem auch immer wieder uns auch dazu äußern. Danke (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos) abgelehnt.***

***Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (16.45 Uhr).***

#### **8.4 SOS Grazer Nachtleben – Rettungspaket Nachtgastronomie (GR. Mag. Sippel, FPÖ)**

**Sippel:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeisterstellvertreter, hoher Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren, die uns zusehen. In meinem dringlichen Antrag geht es um das Grazer Nachtleben. An wen richtet sich mein Antrag? Natürlich an die Unternehmer und Gastronomen. Er richtet sich aber auch an tausende Jugendliche, Studenten und andere Partytiger, die sich ganz gern ab und zu die Nächte um die Ohren hauen. Persönlich gehöre ich auch dazu, und er richtet sich an Anrainer und Nachbarn. Denn, wenn man das nicht ordnet, ein leidgeprüfter Sommer bevorsteht. Kurz zur aktuellen Lage der Nachtgastronomie, sie ist kurz gesagt mit einem Wort: prekär. Wenn man mit Gastronomen spricht, dann kann man nur sagen, dass das Wasser bis zum Hals steht. Die Club, Bar- und Diskothekenbetreiber, wenn die jetzt nicht gleich ein maßgeschneidertes Unterstützungspaket bekommen, dann wird es dazu kommen, dass 2/3, und die Gefahr besteht, nach der Krise nicht wieder aufsperrten werden. Wenn ich von einem maßgeschneiderten Paket spreche, dann muss das auf diese Branche auch abzielen, denn die Nachtgastronomie ist nicht gleichzusetzen mit der normalen Gastronomie, die Gott sei Dank auch morgen wieder aufsperrten kann und

das sind natürlich alles administrative Probleme, die da bestehen, beispielsweise, wenn jetzt die Kurzarbeit Mitte Juni ausläuft, wie ist es dann mit der Fortsetzung, weil es herrscht nach wie vor Totalausfall und das Schlimmste für die Gastronomie ist, dass es keine Planungssicherheit gibt und jeder, der auch Unternehmer ist und unternehmerisch tätig ist, weiß, dass fehlende Planungssicherheit wahrscheinlich das Schlimmste ist. Wenn man wenigstens wüsste, dass man mit 1. September wieder aufsperrt kann, dann lässt sich der Sommer auch leichter überbrücken. Da ist auch mein dringender Appell an die Bundesregierung, hier für Klarheit zu sorgen, Perspektive zu geben, diese vergessenen Kinder der Nachtgastronomie auch hier aus dieser Ungewissheit zu befreien. Sehr geehrte Damen und Herren, eines ist klar, die jungen Menschen werden in diesem Sommer feiern. Wir haben jetzt die Möglichkeit, dass wir das geordnet über die Bühne gehen lassen oder einer Willkür aussetzen und die Willkür, das haben wir eh schon erlebt seit 1. Mai, was das bedeutet, Feiern im privaten Bereich, Feiern in unseren Parks mit den Nebenerscheinungen Vermüllung, Vandalismus, Lärmerregung bis hin zum freien Zugang zu den Drogen. Da bin ich der Meinung, das sollten wir selbst in die Hand nehmen und da sollte man Ideen generieren, Partymeilen beispielsweise schaffen oder Autodiskos, oder andere Ideen, die es ja gibt. Beispielsweise, warum nicht auch hier bei der Messe? Das ist ein großes Areal, wo man die Infrastruktur den Gastronomen, und zwar exklusiv den Nachtgastronomen, das sage ich hier noch einmal betont dazu, hier als Stadt Graz schaffen. Damit sie den Sommer, vor allem die Monate Juli / August, überbrücken können, ein Geschäft machen können, um dann im Herbst hoffentlich wieder voll durchzustarten. Das wäre die Idee und da wäre es wichtig, wenn das auch entsprechend vom Gemeinderat heute eine Mehrheit erfährt.

Ein pulsierendes und vielfältiges Nachtleben, das wir haben, und auf das können wir als Stadt Graz auch stolz sein, gehört zum Flair. Für junge Grazer wie für viele Besucher war der Club- und Diskothekenbesuch eine beliebte Freizeitbeschäftigung. Es ist auch Aufgabe und Interesse der Stadt Graz, das nach der Krise wieder zu ermöglichen. Deshalb braucht es dringend diese große Kraftanstrengung und deshalb hier heute mein

**dringlicher Antrag:**

Er besteht aus drei Punkten, er liegt Ihnen vor, ich werde sie jetzt nicht einzeln verlesen, nur kurz zusammengefasst:

Da geht es um die Stadt Graz als Vermittler vor allem auch gegenüber dem Bund und dem Land, es geht um die Möglichkeit der Kompensationsgeschäfte im Sommer und es geht auch wieder gegenüber dem Bund und gegenüber der Bundesregierung um die Planungssicherheit für die Unternehmer. Ich bitte um Zustimmung.

***Originaltext des dringlichen Antrages:***

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister!*

*Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise treffen Clubs, Bars und Diskotheken, deren Betriebszeiten zwischen 22:00 und 06:00 Uhr liegen, aufgrund der verordneten Sperrstunde sowie der sonstigen Einschränkungen härter als viele andere Betriebe. Der monatelange Totalausfall in der Nachtgastronomie ist nicht nur eine Existenzbedrohung für viele Unternehmer, sondern bedeutet auch, dass für tausende Jugendliche und Studenten kein geordnetes Feiern bis auf weiteres mehr möglich ist. Die logische Folge, jede Menge Partys im privaten und öffentlichen Bereich mit Ruhestörung, Vermüllung und Vandalismus.*

*Sollten nachtgastronomische Einrichtungen nicht schleunigst konkrete Pläne auf den Tisch gelegt bekommen, ist laut Branchenkennern damit zu rechnen, dass zwei Drittel der Betriebe nicht mehr wiedereröffnen werden.*

*Für die gesamte Branche mit ihren Zulieferern - wie beispielsweise Brauereien - oder den Sicherheitsdienstleistern ist Feuer am Dach. Es herrscht akuter Handlungsbedarf. Ein pulsierendes und vielfältiges Nachtleben gehört zum Flair unserer Stadt. Für junge Grazer wie für viele Besucher war der Club- und Diskothekenbesuch eine beliebte Freizeitbeschäftigung. Um das auch nach der Corona-Krise in gewohnter Weise wieder*

*zu ermöglichen, braucht es dringend diese große Kraftanstrengung und eine über den Wirkungskreis der Stadt hinausgehende breite Zustimmung.*

*Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

**dringlicher Antrag**

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat*

*der Landeshauptstadt Graz:*

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Die zuständigen Stellen der Stadt Graz sollen sich für ein umfassendes Rettungspaket für die Grazer Nachtgastronomie einsetzen, das folgende Punkte abdeckt:*

- *Stadt Graz als Vermittler: In einer Zusammenkunft aller Beteiligten von Stadt, Land, Bund und von Betroffenen wird ein maßgeschneidertes Förderpaket, welches den Totalausfall von mehreren Umsatzmonaten abdeckt, besprochen. Weiters wird eine Ideen-Box durch die Stadt zum Sammeln von Fragen, Anregungen und das Registrieren von Sorgen der Unternehmer eingerichtet.*
- *Kompensationsgeschäfte: Die Stadt Graz unterstützt die Lokalbetreiber, um alternative Einnahmemöglichkeiten zu schaffen. Zum Beispiel Partyweilen im Sommer, Autodisko, Ausschank tagsüber, alternative Nutzung der Lokalflächen usw.*
- *Planungssicherheit: Es gibt nichts Schlimmeres für einen Unternehmer als Ungewissheit. Aus diesem Grund soll sich die Stadt Graz auf direktem Wege mit den Verantwortlichen in Land und Bund in Verbindung setzen, um darauf einzuwirken, der Nachtgastronomie eine klare Perspektive zu geben und eine Öffnung in Aussicht zu stellen.*

**GR. Alic:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzter Rudimentär-Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Armin. Es passiert selten, dass du mir mit einem dringlichen Antrag so aus dem Herzen und vermutlich auch noch aus anderen Organen sprichst. Er ist dringlich, ich würde nämlich, wenn ich ehrlich bin, heute schon gerne auf ein Bier gehen und auch länger bleiben. Ich bin weder jugendlich noch Partytiger, das sind wir beide nicht...

*Zwischenruf GR Sippel: Hey!*

**Alic:** Jugendlich meinte ich. Was allerdings ist, ich möchte mir nicht vorwerfen lassen, das Grazer Nachtleben nicht in jeder Form unterstützt, gefördert und auch gelebt zu haben. Deswegen werde ich und meine Fraktion vermutlich auch der Dringlichkeit sowohl als auch dem Inhalt zustimmen. Ich habe zuerst mit einem Begriff nichts anfangen können, den hast du jetzt eh teilweise erklärt und zwar „das geordnete Feiern“. Ich glaube nämlich fast, dass ich das noch nie gemacht habe. Aber was du beschrieben hast, freier Zugang zu Drogen und Willkür beim Feiern, das wird wahrscheinlich eh nur Teil eines Untersuchungsausschusses sein und das wollte ich nur angemerkt haben (*lacht*). Danke für die Aufmerksamkeit und wir stimmen dem zu.

**GR. Dreisiebner:**

Geschätzter Herr Bürgermeister, sehr geehrte beide Kolleginnen und Kollege von der Stadtregierung, liebe KollegInnen des Gemeinderates, werte Menschen, die den Stream verfolgen. Offensichtlich ist ja die Party-, die überfraktionelle Partyfraktion, nicht unbedingt jetzt ungefähr 20, sondern zumindest ein wenig über 30 anfangend. Wie aktiv wir alle dabei sind, ist jetzt nicht das große Thema. Ich kann und wir können der Intention des Armin Sippel schon einiges abgewinnen, ich habe allerdings den

strengen Verdacht, dass er aufgrund der Tatsache, und das wissen die Herrschaften, die den Live-Stream verfolgen, wahrscheinlich nicht so genau, dass eine Fraktion nur eine Petition an die Landesregierung oder an die Bundesstellen schicken kann. Es wird nämlich noch ein Antrag der Freiheitlichen aufgerufen werden, der eine Petition an den Bund darstellt. Jetzt musste er eine Konstruktion finden, der liebe Kollege Armin Sippel, um da irgendwie, machen wir Runde Tische, reden wir mit dem Land, reden wir mit dem Bund usw. herzubekommen. Das ist jetzt irgendwie nicht so elegant. Es tut mir leid, Armin. Das Zweite, was ich wenig elegant finde und wo ich auch beim Horst Alic vermisst habe, weil ich weiß, dass er da selbst aktiv in diesen Szenen war und ist, nämlich nicht nur ungeordnet ein Bier oder was auch immer zu trinken, sondern in der Kunst- und Kultur-, in der Rock-, Pop- und DJ-Elektro-Szene unterwegs zu sein und der Antrag vom Armin Sippel ist aus unserer Sicht auf etwas abgestellt, was wichtig und gut ist, das sind Lokale, Bars, Discos, Clubs, die vor allem das Partygefühl und die Lust auf Partys erfüllen, aber die ein ganz wichtiges Segment, für das Graz, so glaube ich, noch berühmter ist und was Graz noch mehr pflegen sollte, nämlich für unsere Künstlerinnen und Künstlerszene und für die vielen Künstlerinnen und Künstler, die als DJs, die als Elektronikerinnen und Elektroniker, die als Rock- und Pop-MusikerInnen und -bands usw. auftreten. Da geht es nicht nur um ein paar Clubs und Discos, mit wie vielen Affen man dort auch immer hinein- oder hinausgeht, sondern es geht auch um Beiseln, die ein Kellerlokal haben, wo ein kleines Konzert stattfindet, es geht um Bars, die so etwas anbieten, bis hin zum Pianokonzert selbstverständlich. Alles dieses das fehlt uns in dem Antrag. Es fehlt uns vor allem auch der klare Hinweis darauf, dass wir natürlich mit den Betroffenen aus der Gastronomieszene, aus der Szene, wo man diese entsprechenden, wie ich es schon erwähnt habe, Pop-Rock-Electro-Veranstaltungen auch ermöglicht, zu reden. Das sind oftmals auch Vereine und Kollektive und nicht immer nur Betriebe. Auch dieses ist wichtig, dass der Herr Kulturstadtrat und dass wir als einzelne Fraktionen natürlich da überall hin den Kontakt halten. Insofern werden wir der Dringlichkeit zustimmen, aber dem Inhalt nicht, weil wir dazu einen Abänderungsantrag einbringen werden, der nämlich diesen Petitionscharakter hat, die Bundesregierung, die zuständigen Ressorts, das ist Tourismus und Gesundheit vor

allem, aus meiner Sicht, zu ersuchen, nach Möglichkeit sehr bald einen Zeitplan und die Rahmenbedingungen, die Abstandsregeln und dieses alles herzustellen bzw. in Aussicht zu stellen, des Weiteren würden wir uns freuen, wenn der Herr Wirtschaftsstadtrat Bürgermeister Siegfried Nagl sowie der Herr Kulturstadtrat Günter Riegler, natürlich in Kommunikation treten und den Bedarf erheben. Schließlich würden wir uns auch wünschen, wenn man versuchen würde, den Erlass, die Stundung für die Betriebe von kommunalen Abgaben da helfend einzusteigen und natürlich auch mit anderen Gebietskörperschaften darüber in Verhandlungen zu treten, dass da allen geholfen wird. Den wirtschaftlich agierenden Gastronomen im Nacht-Gastronomiebereich, Bars, Diskos etc. aber auch den Vereinen, den Clubs, etwa ein PPC oder was auch immer, kleine Kellerlokale, die Live-Konzerte etc. anbieten, das wäre unser Anliegen und ich hoffe auf Zustimmung für den Abänderungsantrag, weil dann geht es auch an die richtige Stelle, an den Bund.

***Originaltext des Abänderungsantrages:***

*Die Corona-Pandemie und deren Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft, auf Kunst und Kultur sowie auf das soziale und kulturelle Leben sind ein täglicher Teil der Nachrichten in allen Medien, in vielen Gespräche mit Betroffenen und naturgemäß auch Teil der Tagespolitik auf allen politischen Ebenen. Der, aufgrund der vielversprechenden Entwicklungen und der erfreulicherweise zurückgehenden Infektionszahlen, aktuell praktizierte Plan der österreichischen Bundesregierung sowie von deren BeraterInnen-Stäben, einzelne Sektoren und Bereiche Schritt für Schritt wieder 'hochzufahren', bedingt natürlich, dass manche Branchen und mehrere Berufsgruppen noch immer nicht aktiv werden dürfen bzw. auch noch keine Termine und Rahmenbedingungen für den Start ihres Bereiches kennen. Hier wird seitens der Bundesregierung intensiv, aber maßvoll und der Bedingung der Kontrolle über das Virus und damit der Nachverfolgbarkeit jedes allfälligen neuen Infektionsherdes folgend Bereich für Bereich in 14-Tages-Schritten geöffnet.*

*Die sogenannte Nachtgastronomie sowie die davon teilweise unabhängige, zu einem guten Teil aber angehängte und stark verwobene Rock-, Pop- und Elektro-Szene sowie jene vorwiegend junge Generation, die diese Angebote – auch unter Auflagen und unter Einhaltung der mittlerweile gut geübten Abstandsgebote - gerne nutzen würden, müssen noch auf Entscheidungen und Termine warten. Das ist für alle Beteiligten wenig zufriedenstellend. Mehr noch, für viele ist diese Ungewissheit auch eine wirtschaftliche oder eine künstlerische und ökonomische Frage, die manche in ihrer Existenz gefährden wird. Dass gewisse Bereiche nicht schon morgen wieder aktiviert werden können, ist verständlich, diesen Personen, Unternehmen und Kollektiven sowie dem Publikum eine Perspektive und ein Regelwerk zu geben, sollte nun auch Priorität zugestanden erhalten.*

*In diesem Sinne stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden*

**Abänderungsantrag:**

- 1. Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht die zuständigen Bundesministerien auf dem Petitionswege, den Betrieben, die man unter dem Sammelbegriff der Nachtgastronomie subsumiert, sowie der lebendigen Szene der Livemusik- und Konzert-Locations, die insbesondere für die lokalen Kulturschaffenden der Rock-, Pop- und Elektro-Szene von großer Bedeutung sind, eine zeitliche Perspektive sowie klare Vorgaben zu Rahmenbedingungen und Auflagen für die Wiedereröffnung zu geben.*
- 2. Kulturstadtrat Mag. Günter Riegler und Wirtschaftsstadtrat Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl werden ersucht, die Bedarfe, die Möglichkeiten und die Wünsche der o.a. Betriebe und Vereine zu erheben und an die entsprechenden Bundesstellen weiterzuleiten.*
- 3. Schließlich möge seitens der zuständigen Stellen der Stadt Graz auch geprüft werden, ob und inwieweit die Stadt Graz den o.g. Betrieben und Vereinen*

*Erleichterungen hinsichtlich der Zahlung von Abgaben und dgl. mehr  
gewähren kann.*

**GR. Ehmann:**

Herr Bürgermeister, Herr Vizebürgermeister, Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, Kolleginnen im Gemeinderat, lieber Antragsteller, lieber Armin. Ja, wir werden auch diesen Antrag, sei es in der Dringlichkeit als auch im Inhalt unterstützen. Der Inhalt zugegebenermaßen ist im Ansatz der richtige, die Ideen teilweise ein bisschen skurril anmutend, wenn ich mir jetzt da eine Autodisko vorstelle, ist sicher auch etwas Spannendes, die Exekutive täte sich mit dem Planquadrat vermutlich auch leicht und braucht sich nur zu den Ausfahrten stellen, aber egal, es ist ein Gedankengang, den ich nachvollziehen kann, wo ich sagen kann, es trifft auf den Punkt und zwar, dass man da etwas tun muss in diesem Bereich. Dass man wiederum die Betroffenen und sämtliche Institutionen da miteinbindet, an einen Tisch holt, was brauchen sie, wie können wir hier helfen, wie es in vielen anderen Bereichen stattfinden sollte und auch teilweise tut. Deshalb finde ich den Antrag grundsätzlich richtig. Inhaltlich, muss ich sagen, ist der grüne Antrag natürlich weitreichender, also auch dem Abänderer der Grünen können wir viel abgewinnen, auch was den Inhalt betrifft. Schade ist nur, dass sie keinen Zusatzantrag gemacht haben in diesem Sinn, denn durch den Abänderer wäre ja der Grundantrag weg, wie man vorher in der Diskussion der Geschäftsordnung gehabt haben. Daher werden wir in diesem Fall jetzt ausnahmsweise dem Abänderer, weil er inhaltlich noch weiter in die Tiefe geht und breiter ist, zustimmen, als auch deinem Grundantrag trotzdem. Weil die Intention aus unserer Sicht die richtige Stimmung trifft. Danke (*Appl.*).

**Nagl:**

Dankeschön. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Herr Antragsteller, ich darf dich zum Schlusswort bitten.

**Sippel:**

Zuerst einmal recht herzlichen Dank für die Zustimmung, die sich abzeichnet bei diesem Anliegen. Lieber Karl Dreisiebner, natürlich kann man jetzt diskutieren, was alles zum Nachleben, zur Nachtgastronomie gehört. Ich bin da auch gerne bereit, das auch breiter zu denken; wenn man da alles anführen würde, dann würde das den Rahmen eines solchen Dringlichkeitsantrages sprengen. Selbstverständlich, wenn das stattfinden sollte, wird auch an die Betreiber und Gastronomen herangetreten werden, um sie einzuladen, beispielsweise bei diesen Kompensationsgeschäften, bei diesen Partymeilen, was auch immer mit dabei zu sein. Du gehst dann halt schon sehr, sehr weit, was diese Nachtgastronomie, diese Betriebe, diese Unternehmer betrifft. Teilweise verwechselst du das jetzt auch mit freier Szene etc. da gibt es andere Zuständigkeit und zwar in erster Linie von deiner Staatssekretärin Lunacek, die ja nicht unbedingt das geschickteste Händchen bewiesen hat, wie man mit der Kulturszene entsprechend in dieser Krisensituation umgeht. Aber sei es drum, selbstverständlich werden wir das auch breiter sehen. Es ist wichtig, dass man hier den Startschuss setzt, der Sommer steht vor der Tür, wir müssen da schnell ins Tun kommen. Ich würde insgesamt ein wenig aufpassen, da ist auch den Unternehmern eher mehr geholfen, wenn man zu viel von diesen Erlässen, die du auch in deinem Abänderungsantrag drinnen hast, dass man da sozusagen Abgaben erlässt. Ich glaube, es ist schwierig, das ist eine Büchse der Pandora, die man da auch öffnet, weil wo fängt das an, wo hört das auf? Das ist auch über Branchen hinweg eine schwierige Angelegenheit. Insofern ist diese Intention nicht ganz die sinnvolle, sondern wichtiger ist es, ihnen unter die Arme zu greifen und ihnen hinzustellen, wo sie Einkünfte generieren können. Lieber Kollege Alic, wir können gerne bei einem Bier diskutieren, was jetzt ein Partytiger ist oder nicht, ich freu mich drauf, ab morgen ist das ja möglich. Ich sage danke für die breite Zustimmung und freu mich auf das eine oder andere Bier mit einem Kollegen aus dem Gemeinderat (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.***

***Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.***

#### **8.5 Bewegung für unsere Jugend (GR. Wagner, FPÖ)**

**GR. Wagner:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Seit dem Lockdown und den Schließungen der Schulen sind Kinder und Jugendliche die meiste Zeit zu Hause in den eigenen vier Wänden. Dadurch ergeben sich natürlich erhöhte Bildschirmzeiten und dadurch resultiert auch ein Bewegungsmangel. Wie wir alle wissen, dass gesunde Ernährung und Bewegung absolut förderlich sind für ein gesundes und funktionierendes Immunsystem. Ich glaube, das ist wichtiger denn je. Gerade bei jungen Menschen ist Sport für die Entwicklung besonders wichtig. Der unglaublich hohe Wert von 71 Prozent der Buben und 84 Prozent der Mädchen, die laut einer Studie zu wenig körperlich aktiv sind, zeigt, wie notwendig es ist, wieder Möglichkeiten für Bewegung schaffen. Durch die vielen Wochen der Quarantäne wurde diese Situation noch verschärft.

In Anbetracht dessen ist es schwer zu verstehen, warum durch Bundesminister Fassmann Sport und Bewegung beim Schulstart am 18.05. keine Wichtigkeit eingeräumt wird und vorerst somit auch keine Sport- und Turnstunden stattfinden können. Dabei gibt es unzählige Möglichkeiten, im Freien auf Sportplätzen oder im Schulhof mit den notwendigen Abständen für Spaß an der Bewegung zu sorgen. Herrn Vizekanzler und Sportminister Kogler sowie Herrn Gesundheitsminister Anschöber sollte es ein großes Anliegen sein, schnellstmöglich für Rahmenbedingungen zu sorgen, die das Ausüben von Sport und Bewegung im Schul-

und Vereinswesen ermöglichen. Ein fitter Geist wohnt in einem fitten Körper. Ich glaube, da ist es jetzt dringend Zeit zu handeln und stelle deshalb namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

**dringlicher Antrag:**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Österreichische Bundesregierung wird auf dem Petitionsweg ersucht, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit vor allem Kinder und Jugendliche Bewegung und Sport bestmöglich in Schulen, Sportplätzen und Vereinen ausüben können. Danke.

***Originaltext des dringlichen Antrages:***

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister!*

*Seit dem Lockdown und den Schulschließungen waren Kinder und Jugendliche gezwungen, die meiste Zeit innerhalb der eigenen vier Wände zu verbringen. Einher gingen erhöhte Zeiten vor dem Bildschirm und ein daraus folgender Bewegungsmangel. Wie wir alle wissen, ist gesunde Ernährung und Bewegung der Schlüssel zu einem funktionierenden Immunsystem. Gerade bei jungen Menschen ist Sport für die Entwicklung von besonderer Wichtigkeit. Der unglaublich hohe Wert von 71 Prozent der Buben und 84 Prozent der Mädchen, die laut einer Studie zu wenig körperlich aktiv sind, zeigt, wie notwendig es ist, wieder die Möglichkeit für Bewegung zu schaffen. Die vielen Wochen der angeordneten Quarantäne haben diese Entwicklung weiter verschärft.*

*In Anbetracht dessen ist es schwer zu verstehen, warum Sport und Bewegung bei Schulstart am 18.05. nun keine Wichtigkeit eingeräumt wird und vorerst keine Sport- und Turnstunden stattfinden können. Bereits 30 Prozent der Volksschulkinder sind fettleibig oder adipös. Dabei gibt es unzählige Möglichkeiten, im Freien auf*

*Sportplätzen oder im Schulhof mit den notwendigen Abständen für Spaß an der Bewegung zu sorgen.*

*Herrn Vizekanzler und Sportminister Kogler sowie Herrn Gesundheitsminister Anschöber sollte es ein großes Anliegen sein, schnellstmöglich für Rahmenbedingungen zu sorgen, die das Ausüben von Sport und Bewegung im Schul- und Vereinswesen ermöglichen. Ein fitter Geist wohnt in einem fitten Körper!*

*Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

***dringlicher Antrag***

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat*

*der Landeshauptstadt Graz:*

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Die Österreichische Bundesregierung wird auf dem Petitionsweg ersucht, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit vor allem Kinder und Jugendliche Bewegung und Sport bestmöglich in Schulen, Sportplätzen und Vereinen ausüben können.*

**GR. Sikora:**

Werte Kolleginnen und Kollegen des Grazer Gemeinderates, werte Stadtregierung, werter Antragsteller. Ein Freudentag für die FPÖ, auch wir vom KPÖ Gemeinderatsklub werden diesem Antrag, dieser Petition eigentlich, wenn man es ganz genau nimmt, zustimmen, weil wir das auch so sehen, dass es längst an der Zeit ist, wieder hochzufahren und vor allem Kindern und Jugendlichen wieder die Möglichkeit zu geben, regelmäßig Sport zu betreiben. Nicht nur in den eigenen vier Wänden, so wie ich es mit meinem Junior gemacht habe und dabei eine Scheibe eingeschlagen habe, sondern auch wieder im Freien aktiv zu werden unter gewissen Rahmenbedingungen logischerweise, wie sie auch im aktiven und im Spitzensport auch angestrebt wird.

Ganz wichtig dabei wären diese Rahmenbedingungen. Wenn man die einhält, spricht nichts dagegen, dass man da wieder hochfährt. Es ist so, ich habe das Glück, dass ich im Exekutivbereich tätig bin. Wir haben die Diskussion eigentlich nie gehabt, wir haben uns ja fit halten müssen, auch während dieses Shut-Downs. Wir haben dementsprechende Maßnahmen gesetzt, auch währenddessen der Staat runtergefahren ist, weil wir schließlich auch fit bleiben müssen trotz allen kritischen Problemen, die es zurzeit in unserer Stadt gibt. Wir haben aber sehr wohl diese Kriterien ausgearbeitet, wir haben sehr wohl Lösungen gefunden, wie wir uns dementsprechend körperlich fit halten und genau so sehe ich das jetzt im Kinderschulbereich, aber auch im Vereinsbereich. Was den Vereinsbereich angeht, das sind die Ärmsten sowieso, die müssen ja sowieso jeden Cent dreimal umdrehen. Auch für die Vereine ist es total enorm wichtig, hier wieder hochzufahren, so schnell wie möglich, weil die leben ja schließlich von den Einnahmen von den Veranstaltungen, von Kinderturnieren, fällt mir jetzt gerade ein, Fußballturnieren, umso wichtiger, hier wieder so schnell wie möglich hochzufahren und Sport und Bewegung möglich zu machen. Typisches Beispiel, ich habe ja einen Nachzügler mit 11 Jahren, der ist mir immer um die Ohren gelaufen, jetzt bin ich selbst KPÖ-Sportsprecher und aktiver Sportler mit Radfahren, Schwimmen, Laufen. Es gibt ja fast nichts, das ich nicht mache, außer vielleicht Fechten, so wie dein Klubobmann, das habe ich noch nicht probiert. Da würde ich mich selbst aufspießen. Auf alle Fälle ist es so, dass mein Junior diese schnelle Antriebskraft hatte und mir trotz meines hohen Alters, meiner Trägheit immer davongelaufen ist. Wir sind jetzt einmal laufen gegangen, da habe ich das Gegenteil erzeugt, da bin ich trotz meiner fortgeschrittenen Jahre schneller gewesen als er. Das ist ein Zeichen, dass dieser Shut-Down, dieses komplette Stillstehen des Staates komplett schädlich auf Geist, Bewegung, Gesundheit sich widerspiegelt hat auf die Gesellschaft, auf die Jugend, auf die Kinder etc. Umso wichtiger, wie gesagt, ist es, wieder Gas zu geben, Schwung zu nehmen, damit mein Junior wieder die Möglichkeit hat, mir davonzulaufen, wenn wir wieder auf Laufkurs gehen. Darum, dieser Antrag ist sehr gut, unsere Zustimmung vom KPÖ-

Gemeinderatsklub hast du, sowohl in der Dringlichkeit als auch im Antrag selbst und danke für diesen Antrag, ich hätte ihn selbst nicht besser schreiben können. Danke.

**Nagl:**

Danke vielmals. Ich gratuliere auch ganz, ganz herzlich. Ich habe es mit meinem Junior auch probiert. Ich habe schrecklich ausgesehen sportlich. Ein Freund hat mir empfohlen, ich soll es mit Schach probieren, auch da habe schon verloren (*lacht*). Ich darf nun Frau Gemeinderätin Wutte ans Rednerpult bitten.

**GR<sup>in</sup> Wutte:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller. Auch wir werden, das schicke ich gleich vorweg, dem Antrag in der Dringlichkeit und im Inhalt zustimmen. Ich bin ganz bei Ihnen. Das ist ein wichtiges Thema und Kinder- und Jugendliche bewegen sich sowieso im Allgemeinen so wenig und das ist jetzt sicher noch einmal verschärft worden durch die jetzige Corona-Krise. In einer Sache muss ich doch aber etwas korrigierend sagen, weil es gibt eigentlich für den Bereich Sport außerhalb der Schulen einen sehr genauen Fahrplan. Wenn alles gut läuft, was man zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht mit Gewissheit wissen kann, aber es gibt diesen Fahrplan. Nämlich sind mit 1. Mai eh schon viele Outdoorsportaktivitäten wieder erlaubt worden, ab 15. Mai werden dann alle Outdoorsportstätten wieder geöffnet, inklusive Fußballtraining usw., und ab 29. Mai sollen auch die Indoorsportstätten wieder komplett zugänglich sein. Diesen Fahrplan gibt es eigentlich für den außerschulischen Sport, aber wo ich ganz Ihrer Meinung bin, ist eben, dass es für die Schulen eigentlich eine andere Regelung gebraucht hätte, weil ich finde es eben auch nicht ganz nachvollziehbar, warum eigentlich gerade jetzt in der warmen Jahreszeit es nicht möglich sein soll, irgendwie mit Schülerinnen und Schülern im Freien Aktivitäten durchzuführen, wo es eh ganz viele Studien dazu gibt, dass eigentlich die Ansteckungsgefahr im Freien extrem gering ist und dass es sowieso gesund und

wohltuend wäre, mehr draußen zu sein für Kinder, da sind wir uns sicher alle einig. Von dem her werden wir dem sicher zustimmen.

Einen anderen Punkt möchte ich auch noch erwähnen, der mir persönlich sehr wichtig ist. Die Verantwortung, Kinder und Jugendliche so in Bewegung und zum Sport hinzubringen, liegt für mich auch sehr stark auf kommunaler Ebene und da machst du, Kurt, ja einiges auch mit dem Sportjahr. Da ist ja einiges angedacht in puncto Kinder und Jugendliche zu Aktivität zu animieren und zu begeistern. Wo ich aber finde, wo die Stadt schon Nachholbedarf hat, ist so das Thema Bewegung außerhalb von Vereinsaktivitäten. Es ist schön und gut, wenn Kinder Sport in Vereinen machen, aber ganz viel gesundheitsfördernde Bewegung passiert ja im Alltag. Passiert darin, wie wir z.B. unsere Wege zurücklegen. Passiert darin, dass wir eben Kinder wieder ermutigen, zu Fuß oder mit dem Fahrrad z.B. in die Schule zu fahren und da wissen wir halt alle, dass Graz halt schon großen Nachholbedarf hätte in puncto sichere Schulwege und da Kinder wieder mehr zu ermutigen, oder auch was so das Thema Grünflächen betrifft. Überhaupt die Möglichkeit, sich im Freien zu bewegen. Das ist in Graz je nach Bezirk einfach ungleich verteilt und gerade die Bezirke, wo viele Menschen leben, die keine Gärten haben und keine großen Grünanlagen bei ihrem Haus dabei haben, die haben auch sonst wenig öffentlich zugängliche Grünflächen. Das sind einfach alles Bereiche, die man, so finde ich, mitbedenken muss, wenn man über das Thema Sport und Bewegung bei Kindern redet. Aber natürlich werden wir dem Antrag trotzdem zustimmen und danke dafür.

GR. Mag. **Haßler**:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller. Gleich vorweg, auch unsere Fraktion wird sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt des Antrages zustimmen. Wir haben auch viele Rückmeldungen aus den Schulen von Lehrerinnen und Lehrer, die wenig Verständnis dafür zeigen, dass der Turnunterricht jetzt gekappt wird, zumal ja auch die Pausengestaltung sicher nicht so ablaufen kann, wie es vielleicht in der Vergangenheit gerade bei den Jüngeren der Fall war, wo man

auch mehr herumtoben konnte, auch da gibt es Einschränkungen, sodass momentan der Bewegungsdrang eigentlich überhaupt nicht gestillt werden kann und, wie gesagt, dafür gibt es kein Verständnis, zumal im Sommer ja im Freien genug Möglichkeiten vorhanden wären, um auch mit nötigem Abstand dann einen entsprechenden Turnunterricht gewährleisten zu können. Ich glaube, genauso unverständlich war es auch, wenn die Kollegin Wutte jetzt gesagt hat, dass jetzt eine Eröffnung erfolgen wird am 15. Mai, also morgen, genauso unverständlich war es, dass man Anfang Mai, als wir die Bezirkssportplätze öffneten in Graz, dass das von der Bundesregierung sozusagen wieder gekappt wurde. Das hat keiner verstanden, weil man ja immer wieder hört, dass die Ansteckungsgefahr, und jetzt hat es auch wieder einen Vorredner oder eine Vorrednerin gesagt, dass die Ansteckungsgefahr im Freien deutlich minimiert ist und wenn ich an gestern denke, hat es der Kanzler ja mehr oder weniger vorgelebt und hat sich nebenbei noch über alle seine eigenen Regeln hinweggesetzt und wie ich heute gerade nachlesen konnte, vertritt ja auch der Bundeskanzler die Meinung, im Freien trägt er keine Maske, weil da ist das Ansteckungsrisiko nicht so groß. Jetzt frage ich mich nur, warum ich am Bauernmarkt dann eine Maske tragen muss, weil der ist auch im Freien, aber ich werde es natürlich weiterhin tun, weil ich es auch für sinnvoll halte, weil ich da auch in Kommunikation mit den Verkäuferinnen und Verkäufern bin und auch die schützen will. Aber ich sage einmal, Vorbildwirkung ist das sicher keine und wenn man, wie gesagt, ich habe mich sehr drastisch an die ganzen Vorgaben gehalten und wenn ich jetzt laufend lese, dass offensichtlich Expertinnen und Experten andere Meinungen hatten, die aber dann unterdrückt wurden, weil Populismus und Inszenierung im Vordergrund standen teilweise bei manchen Maßnahmen, dann ärgert mich das und ich denke...

*Zwischenruf GR. Egger: Was hat dein Parteivorsitzender gesagt?*

**Haßler:** ...es wird auch viele, viele andere ärgern. Der Kollege Egger ärgert sich, wie ich so höre, über manche Maßnahmen seines Koalitionspartners in Wien, die die Wirtschaft betreffen, konnte ich vor kurzem auch nachlesen.

Für den Sport, um wieder zum Sport zurückzukehren, ist es sicher ein positives Signal, wenn es stattfindet, wenn jetzt die Fußballbundesliga in zwei Wochen wieder starten kann, nachdem es schon im Vorfeld Verfehlungen von einem Verein gegeben hat, wird man sehen, wie das Ganze dann überhaupt weitergeht, aber ich glaube, genauso wichtig oder noch wichtiger ist es, dass im Nachwuchssport da die Möglichkeiten wieder geschaffen werden, gerade im Sommer im Freien auch entsprechende Trainingsmöglichkeiten zu haben und da sehe ich noch nicht das Signal, dass das da weitergeht. Was man bedenken muss, und ich glaube, das sollte eine Selbstverständlichkeit in dieser Zeit sein, dass man die Sicherheitsmaßnahmen entsprechend einplanen muss, was im Freien, so glaube ich, durchaus möglich ist und da habe ich größtes Vertrauen an unsere Vereine, dass die das auch sehr pflichtbewusst und sehr gut handeln können und auch machen werden. In diesem Sinne noch einmal danke für den Antrag, wir werden ihn auf allen Linien unterstützen.

**Nagl:** Vielen Dank. Hinter der Maske der 99ers verbirgt sich der Sportsprecher der ÖVP, Dr. Hofer ist jetzt am Wort.

GR. Dr. **Hofer:**

Lieber Günter, danke für diesen Antrag. Er spricht mir wirklich aus dem Herzen und aus der Seele. Ich kann das auch nicht verstehen. Die Bewegung ist so dermaßen wichtig, und am letzten Freitag war im Standard ein Kommentar vom Peter Kleinmann, ich glaube, den kennen so gut wie alle, der Mr. Volleyball, der seit Jahrzehnten Funktionär ist in Österreich, der da auch sein komplettes Unverständnis dazu ausgesprochen hat, dass das eigentlich wirklich einer Körperverletzung, wie er es titulierte hat, an den

Kindern grenzt. Warum man in der Schule sich nicht bewegen kann, ich kann es auch nicht nachvollziehen. Ich glaube, gerade alle, die gerade Eltern sind, sind mit Home-Schooling bestens betraut. Ich kann mittlerweile mathematische Dinge wieder und Sachunterricht, die habe ich schon vergessen, schon lange. Aber was meinen Kleinen am meisten fehlt, ist die Bewegung. Die Möglichkeit, draußen auch mit andern Kindern zu spielen, dieses Soziale und was der Peter Kleinmann da ja auch angesprochen hat, der ist darauf angesprochen worden, das sind ja nur ein paar Tage. Es sind 15 oder 20 Schultage und da ist ja der Sport nicht so wichtig. Aber das ist ja das, was den Kindern jetzt in den letzten Wochen am meisten abgeht. Wir müssen ja nicht ein Knirps-Turnier im Fußball dort veranstalten, es reicht ja, wenn die sich einfach bewegen. Allein wenn die laufen können, wenn die einen Purzelbäume schlagen können, wenn die Kniebeugen machen können, aber Bewegung ist einfach ein Kernthema der Prävention. Über das reden wir ja und ich kenne das Thema schon gleich lang, wie ich Sportfunktionär bin. Diese tägliche Turnstunde, die ja sowieso noch weit weg ist, aber auch bei der Pressekonferenz von der Sport Austria, der Prof. Haber, der mein Ausbilder in der Sportmedizin war, wirklich höchst renommierter und kompetenter Sportmediziner, hat ja dort auch wieder gesagt, es gibt dutzende Studien, dass Kinder, die sich gut bewegen, die körperlich gut ausgebildet sind, auch besser in der Schule sind, die besser rechnen können, die sich besser konzentrieren können. Das ist ja ein ganz wichtiger präventiver Ansatz. Deswegen glaube ich, dass es gerade in der Schule ein ganz, ganz wichtiger Punkt ist. Auch der Peter Schröcksnadel hat sich heute dazu geäußert, dass das für ihn auch ein ganz wichtiges Thema wäre. Der Kollege Wagner hat es ohnehin schon erwähnt. Ich möchte nur noch einmal diese Zahlen auf der Zunge zergehen lassen. Über 70 % der Buben und über 80 % der Mädchen bewegen sich, abgesehen von Corona-Krise, ohnehin schon viel zu wenig. Jetzt haben die zwei Monate ja noch viel weniger Bewegung und jetzt wird das auch noch als einziges Fach, sage ich wirklich, ja ausgeklammert. Es ist ja der Musikunterricht jetzt auch mit Einschränkungen wieder möglich und, wie gesagt, dass da Turnsäle auch belegt sind, dass es sicher auch Schulen gibt, die vielleicht viel zu wenig Platz dafür haben, aber es gibt Schulen, die einen Schulhof haben, die einen Hartplatz dort haben oder eine

Wiese haben, also draußen bewegen kann man sich ganz sicher. Aber ich sage jetzt einmal neben der Schule möchte ich da hier auch noch ein Plädoyer für den Sport im Allgemeinen halten. Es ist für die Vereine, für die Verbände, die Dachverbände, die Landesfachverbände, die Bundesfachverbände, ich bin da selbst im Präsidium eines Bundesfachverbandes, wir sind ständig in Videokonferenzen, erarbeiten Konzepte in Kontakt mit dem Ministerium, mit der Bundessportorganisation, also jetzt Sport Austria, mit dem Olympischen Komitee, da bemüht sich wirklich jeder Verein, Verband, mitzuwirken, regulative behördliche Erlässe einzuhalten, da sind wirklich alle extrem kooperativ. Aber weil es angesprochen wurde, ich glaube von der Kollegin Wutte, dass es diesen Fahrplan gibt. Ja, dieser Fahrplan ist, sage ich jetzt, für gewisse Teile ganz nett, Kollege Haßler hat schon gesagt, wir haben schon die erste Verfehlung von einem Bundesligaverein, ganz super, weil das wird wieder den ganzen Sport richtig treffen. Aber da sind so viele dahinter und da sind so viele Ehrenamtliche dahinter, die vorne und hinten nicht wissen, wie sie mit ihrem Nachwuchs im Speziellen, aber auch der Amateur, der Semiprofessionelle, auch der Profi-Sport, wie die trainieren sollen. Wir haben so viele Studien, die jetzt herausgegeben worden sind von der Österreichischen Gesellschaft für Sportmediziner und Prävention. Da gibt es jetzt drei aktuelle Paper, wie wir wieder den Return to Sport schaffen können. Nicht nur im Einzelsport, auch im Mannschaftssport, wie man das koordinieren könnte. Das machen andere Länder schon viel schneller. Gerade im Nachwuchssport, und in dem bin ich hauptsächlich tätig, du kannst nicht mit Leistungssportlern, wenn man jetzt von denen spricht, drei Monate nichts tun. Was machen wir jetzt? Wir behelfen uns mit Skype-Konferenzen, mit Zoom, Windows-Teams, da gibt es hunderttausend Dinge bereits, über die man Trainings organisieren kann. Es gibt so viele Strukturen, die Youtube-Videos machen, dass die Kinder quasi vor denen quasi das mitmachen können. Es wird Software angekauft, Hardware muss besorgt werden. Das sind ja auch sehr, sehr viele Kosten. Ich weiß, ich bin schon viel zu lange, ich könnte noch eine Stunde reden.

Entschuldigung, aber wenn ich in Fahrt komme bei so einem Thema, da muss ich ehrlich sagen, da muss das Sportministerium und das Gesundheitsministerium, ich bin ohnehin ein großer Verfechter dazu, die zwei gehören ja schon lange zusammen,

Gesundheit und Sport, ich sage jetzt sogar Sport und Gesundheit, damit der Sport nicht immer nur hinten dranhängt, da gehört noch mehr getan, da gehört noch mehr Druck. Ich habe einfach das Gefühl, der Sport ist immer irgendwo hinten angestellt und wenn alles andere irgendwie erledigt ist, dann kann man über das auch reden, das kann nicht sein. Da sind so viele wirtschaftliche Sachen dahinter, die letzte Zahl, die mir erst vor kurzem wieder gesagt wurde, der Sport erspart unserem Gesundheitssystem 530 Mio. jährlich. Einfach durch Bewegung. Da sind jetzt Verletzungen, so wie bei mir im Unfallkrankenhaus, miteingerechnet. Aber das ist einfach ein so wichtiger großer Themenbereich, deswegen danke für diesen Antrag, selbstverständlich unterstützen wir den und ich bin großer und guter Hoffnung, dass im Sportministerium, Gesundheitsministerium, dort noch intensiver daran gearbeitet wird, dass vor allem, und das, so glaube ich, wird das Allerwichtigste sein, eine gewisse Planungssicherheit da ist, dass auch Vereine, Verbände wieder wissen, wann können sie beginnen. Denn das ist ein so Riesenapparat, das braucht einfach auch Zeit, den wieder hochfahren zu lassen. Wir stimmen zu, ich höre jetzt auf, weil sonst rede ich noch viel, viel länger. Danke (*Appl.*).

**Nagl:** Ja, das war Leidenschaft sowohl in der Redezeit als auch im Job, doppelt hält besser. Ich darf nun über die Dringlichkeit abstimmen lassen.

***Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.***

**GR. Wagner:**

Ich möchte mich auf jeden Fall bei den Kollegen für die breite Zustimmung bedanken. Man hat an den Wortmeldungen meiner sportlichen Kollegen gesehen, dass das Thema doch wirklich allen ein wenig unter den Nägeln brennt. Ich hoffe, dass wir, wie im Vorjahr schon einmal, wieder in einer sportlichen Runde bald wieder

aufeinandertreffen können. Ganz legal, und Herr Kollege Sikora macht dann bitte keine Glasscheibe kaputt, bitte. Danke.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**8.6 Der Raum auf den Grazer Straßen ist für alle da. Jetzt! Und nicht irgendwann!  
(GR Dreisiebner, Grüne)**

**Dreisiebner:**

Herzlichen Dank für die hygienische Säuberung.

Liebe KollegInnen, werte KollegInnen der Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren im Live-Stream. Ich knüpfe spontan jetzt ein wenig an beim Kollegen Hofer von der ÖVP, der gesagt hat, eigentlich gehören Gesundheit und Sport zusammen. Ja, im Grunde gehört am Ende sehr vieles und alles irgendwie immer zusammen und trotzdem muss man es gut trennen, um dann gute Strukturen aufbauen, um zu kommunizieren. Mich erinnert es nämlich daran, dass man in Graz natürlich sehr schnell auf die Idee kommen könnte, dass Verkehrspolitik und Stadtplanungspolitik, öffentlicher Raum usw. bis hin zur Grünraumgestaltung zusammengehören sollten, zusammen auch abgewickelt werden sollten und müssten. Wir haben eine Situation, die halbe Welt redet nicht nur, reden tun wir in Graz auch schon lange, redet nicht nur, sondern tut einiges in Sachen der sogenannten Verkehrswende. Es werden in vielen Städten Europas, auch außerhalb Europas, New York sei hier genannt, von heute auf morgen Möglichkeiten für FußgängerInnen, für RadfahrerInnen, für Menschen, für den Aufenthalt für Menschen an öffentlichen Räumen, sogenannten Verkehrs- und Straßenräumen, Verkehrsflächen, die einfach umgewidmet und umgenutzt werden. Das passiert in Berlin, das passiert in Paris, das passiert in Brüssel im großen Stil, es passiert aber auch in Wien und in Innsbruck, nur um ein paar Beispiele zu nennen. Gerade jetzt haben wir festgestellt, dass sich Verkehr am Mobilitätsverhalten ein Stück

weit ändert. Man ist mehr im Homeoffice. Man macht keine Reise mehr an ein weiteres Ziel am Wochenende, sondern macht einen Spaziergang, geht joggen, macht einen kleinen Radausflug und Ähnliches mehr. Man besucht den Thalersee oder auch den Schwarzlsee, um auf etwas hinzuweisen, was gestern auch kommuniziert wurde, dass es da bessere Busverbindungen geben soll und man hält sich viel mehr in der Stadt und im öffentlichen Raum auf. Wir haben in dieser Zeit des Lockdown gesehen, dass es ganz massive Verkehrsrückgänge, KFZ-Verkehrsrückgänge gegeben hat. Dass es möglich war, Straßen wieder ganz anders und an Stellen zu überqueren, wo es früher nicht so gut möglich war. Dass es auch natürlich auf Basis unserer Umwelt- und Luftgütedaten ganz gute, tolle Veränderungen gegeben hat. Jetzt können wir sagen, ok, es wird jetzt wieder alles hochgefahren, das ist ja auch gut so, aber muss es deswegen wieder so werden, wie Anfang März, wie letztes Jahr im Mai oder Juni usw.? Wir meinen, wir sollten die Chance, wie andere Städte auch, am Schopfe packen. Wir sollten das nutzen und uns durch das Vorziehen von Maßnahmen, die in der Pipeline sind und geplant sind, ich nenne hier z.B. Zinzendorfgasse, wo es von Anwohnern und von Unternehmen ganz rege Bemühungen gibt, dass man eine Verkehrsreduktion erreicht, dass man mehr Platz im Straßenraum erreicht. Ich rede auch von der schon beschlossenen Fußgängerzone in der Stockergasse und Begegnungszonen der nördlichen Mariahilfer Straße. Warum ist die in Graz nicht jetzt etwa schon in Umsetzung gegangen? Provisorisch, in dem man sie verordnet, indem man Schilder aufstellt und einiges mehr und es könnten, morgen machen Gasthäuser auf, und es könnten natürlich auch, die Menschen dort, mit oder ohne den Konsum zu nutzen, der dort möglich ist, sich auf diesen Flächen anders aufhalten, als sie es heute noch können oder gestern gekonnt haben oder voriges Jahr.

Da war zumindest noch kein Gasthaus offen oder kein Lokal, das ist ja auch der FPÖ ein Anliegen. Der Punkt ist, dass wir von Popup-Radwegen heute schon gehört haben, dass man über die Schlögelgasse auch immer wieder geredet und gelesen hat und da hat man ja auch gesehen, wie schnell man so eine Maßnahme treffen kann. Man erweitert den Bauernmarkt und sperrt diese Straße provisorisch für eine gewisse Zeit ab. Warum belässt man es nicht dabei, ist meine Frage, die ich hier einbringe.

Es gibt seit Jahren Bemühungen, eine Radweganbindung Inffeldgasse der Technischen Universität, anderer TU-Gebäude und natürlich auch der Karl-Franzens-Universität über eine Achse Petersgasse, Mandellstraße dementsprechend so herzustellen, dass sie für Radfahrerinnen und Radfahrer gut nutzbar ist. Seit Jahren steht dieses Bemühen an, der Wunsch an. Es werden Angebote gemacht, Ersatzparkplätze zur Verfügung zu stellen und Ähnliches mehr, aber es passiert nichts. Dann kommt man natürlich in den öffentlichen Raum, der, wenn wir die eine oder andere Popup Radfahrmaßnahme, die eine oder andere Begegnungszone, die eine oder andere Wohnstraße und Zurücknahme von Autoverkehr schaffen, und es geht ja nicht um viele Prozent, wenn man es über die ganze Stadt hinweg sieht, es geht ja nur um einige wenige Prozent, das ist die Verkehrswende. Zur Zeit etwa 90 bis 92 % für den Kfz-Verkehr reserviert, wenn wir das um 10 % runterdrücken, bringen wir Lebensqualität in die Stadt, bringen wir Aufenthaltsqualität in die Stadt, bringen wir Bäume und Grünflächen auf ehemalige Verkehrsflächen und wir schaffen auch bessere Möglichkeiten z.B. für FußgängerInnen und RadfahrerInnen. Gerade jetzt ist Facebook usw. voll. Es beginnt die Baustellensituation. Es werden Radverbindungen wieder zugemacht, es gibt keinen Ersatz und trotzdem rauscht daneben parallel der Kfz-Verkehr ohne eine Einschränkung vorbei. Keine Spur wird dem Kfz-Verkehr genommen. Ein gutes Beispiel, einen schnellen Radweg zu machen, die Möglichkeiten auch für die sanfte Mobilität zu verstärken. Wir reden seit Jahren und vielen Jahren darüber, aber wir beschließen dazu auch sehr viel, nur in der Umsetzung hapert es und zum Schluss stelle ich noch eine Frage, bevor ich den Antrag kurz umreiße. Zum Schluss stelle ich noch eine Frage: Wenn wir es jetzt nicht tun, dann tun wir es jetzt nicht. Dann tun es die anderen. Wenn wir es in einem Jahr tun, dann ist es auch schön, aber wird es dann leichter sein? Es werden alle Argumente gleich am Tisch sein, die Entscheidung ist zu treffen und sie wird schwer sein zu treffen. Also machen wir es jetzt, machen wir es heute und versuchen wir, mit temporären Maßnahmen für FußgängerInnen, für RadfahrerInnen, für den öffentlichen Raum, für Begrünung und Aufenthalt etwas in die Wege zu leiten. Der Antrag ist euch bekannt und ich ersuche um Zustimmung.

**Originaltext des dringlichen Antrages:**

*Wir gehen durch ungewohnt anstrengende, durch für viele Menschen krisenhafte und auch durch interessante Zeiten. Der Lockdown Mitte März hat alle bis dahin gewohnten Abläufe durcheinandergewirbelt. Homeoffice statt in oder durch die Stadt pendeln, Einkäufe beim nächsten Lebensmittelhändler und beim Bauernmarkt statt im Shopping-Center, Spaziergänge und Jogging-Routen statt mit dem Auto ins Fitnessstudio oder zum Leechwald. Diese beispielhafte Aufzählung wird jede und jeder aus persönlicher Erfahrung ergänzen können.*

*Fakt ist, es ist trotz stark gesteigener Zustellfahrten von Paketdiensten und dergleichen mehr zu einer Verkehrsverminderung bei den Kfz-Fahrten um ca. 45% gekommen und damit zu einer Reduktion der beiden Haupt-Schadstoffe, der Stickoxid-Belastung und – etwas weniger stark – der Feinstaub-Belastung. Das wird jetzt im Zuge des stufenweisen Hochfahrens nicht so bleiben. Aber bedeutet diese Feststellung, dass es wieder ganz genauso wie vor dem Lockdown werden muss? Nein.*

*Wir sollten in Graz – wie mittlerweile viele andere Städte – diese Chance nutzen. Nicht, um den privaten und wirtschaftsgetriebenen Kfz-Verkehr aus der gesamten Stadt zu verbannen, sondern um ihn in einem festgesetzten Rahmen zu ermöglichen. Dort zu ermöglichen, wo wir noch keine besseren Lösungen anbieten können und dort zu reduzieren - oder auch in manchen Fällen zu unterbinden - wo das Zu-Fuß-Gehen, das Radfahren und der öffentliche Verkehr die Erreichbarkeit gewährleistet, ja teilweise verbessert.*

*Wir sollten schnell handeln, wir sollten auf die sonst immer sehr vorbildlich und detailliert ausgeführten Planungen von Oberflächen u.Ä.m. für die umzubauenden Verkehrsflächen und die Konzeptionen alternativer Kfz-Verkehrsführungen weitestgehend verzichten und die Verteilung des öffentlichen Raums sehr schnell an die Bedürfnisse der Menschen anpassen. Das kann auch eine Straßengestaltung sein, die gemeinsam mit den UnternehmerInnen und den AnwohnerInnen kreativ, mobil und vorläufig sein kann, das kann ein Pop-up-Radweg in Straßen sein, die über mehr als*

*eine Richtungsfahrbahn verfügen oder Straßenzüge, wo eine Umwidmung vorhandener Kfz-Parkstreifen angebracht scheint.*

*Warum nicht FußgängerInnenzonen oder Begegnungszonen als Provisorium, warum nicht breitere Radrouten unter Teil-Inanspruchnahme von Kfz-Flächen, warum nicht Wanderbäume und mobile Sitzmöglichkeiten statt weiterhin zehn und mehr Jahre für ein wenig Fuzo und etwas Begegnungszone? Warum nicht die schon viele Jahre bei der Stadt und bei den BezirksvorsteherInnen deponierten Wünsche nach zeitgemäßer und urbaner Verkehrsflächengestaltung ermöglichen? Warum nicht gut ausgearbeitete Radroutenvorschläge einer Grazer Universität einfach ausprobieren? Warum nicht einfach machen im Sinne des Probierens?*

*Eine Pop-up-Route von den Inffeldgründen zur Oper sollte wie in Wien, wie in Madrid, wie in Paris, in wenigen Tagen oder Wochen als Test möglich sein. Eine coolere und grünere Zinzendorfgasse sollte schon im Juni starten können. Die Fuzo und die Bezo im Bereich Stockergasse und Mariahilfer Straße warten nur auf eines: auf eine Verordnung, ein wenig Lack für eine andere Parkierungsordnung und auf einige wenige Verkehrsschilder. Warum ist das alles noch immer nicht da und warum zieht man das nicht unbürokratisch Stück für Stück vor? Die urbane Verkehrswende, die Umsetzung der verkehrspolitischen Ziele und der Grundaussagen des Stadtentwicklungskonzepts kann politisch auf 20 und mehr Jahre 'aufgespannt' werden oder sie kann jetzt im Frühling und Sommer 2020 in Angriff genommen werden!*

*In diesem Sinne stelle ich namens der Fraktion der Grünen – ALG daher folgenden*

**dringlichen Antrag:**

- 1. Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, die Einführung von temporären und provisorischen FußgängerInnenzonen und/oder Begegnungszonen noch bis zu Beginn der Sommerferien in möglichst allen Stadtbezirken zu prüfen. Des*

*Weiteren sind insbesondere bei stark frequentierten Gehsteig-Engstellen Lösungen i.S. von Verbesserungen für FußgängerInnen zu suchen und umzusetzen. Die Bezirksräte und die AnwohnerInnen sind in diese Vorhaben auf geeignete Weise einzubinden.*

- 2. Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, die Einführung von provisorische Radrouten als Pop-up-Radwege insbesondere in jenen Bereichen, wo aktuell große Defizite bei der Radverkehrsinfrastruktur festzustellen sind (etwa Unterbrechungen, abrupte Endstellen sowie wenig leistungsfähige Routen), zu prüfen. Insbesondere soll die Anbindung der TU Graz-Inffeldgründe an die Innenstadt und an die anderen TU-Standorte noch vor Beginn des Sommers umgesetzt werden.*
- 3. Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, eine Priorisierung der bereits beschlossene FußgängerInnenzone und Begegnungszone in der Stockergasse und in der Mariahilfer Straße im Sinne einer provisorischen Umsetzung noch im Mai vorzunehmen. Des Weiteren wird die Verkehrsstadträtin ersucht, die derzeit autofreie Schlögelgasse dauerhaft einer Verkehrsberuhigung zuzuführen.*
- 4. Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualitäten in der Zinzendorfgasse sowie die Reduktion des Verkehrsdurchflusses durch eine geeignete Verordnung (Fahrradstraße, Begegnungszone, Wohnstraße, o.ä.) i.S. der AnrainerInnen und der lokalen Wirtschaft zu prüfen.*
- 5. Die zu befassenden Abteilungen und die dafür zuständigen politischen Ressorts werden ersucht, bis September den Grazer Straßenraum – entlang o.a. Prioritäten für Straßenzüge, die einer Verkehrsreduktion und einer Bevorrangung für den Fuß- und Radverkehr zugeführt werden sollen, dahingehend zu überprüfen, wo dauerhaft verkehrsfreie Bereiche, wo begrünte Aufenthaltsbereiche und wo neue*

*Baumstandorte umsetzbar sind. Dieser Bericht soll samt Empfehlungen für die Umsetzung und Umgestaltung dem Gemeinderat in seiner September-Sitzung vorgelegt werden.*

GR. Mag. **Sippel**:

Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren vor den Bildschirmen. Die Grünen haben uns ja in letzter Zeit mit vielen Utopien für eine radikale Verkehrswende beglückt. Grundsätzlich muss man sagen, ist es ja legitim, auch eine Umverteilung des Verkehrs, der Verkehrsflächen zu wollen. Das ist in einer Demokratie selbstverständlich gut und wichtig, dass man vor allem auf kommunaler Ebene sich um den Verkehr annimmt, das ist ja auch eine unserer Kernaufgaben. Aber eines sollten wir in dieser ganzen Debatte, die momentan auch wieder aufgepoppt ist, nicht unerwähnt lassen: das Fundament des Argumentariums der Grünen, und ich bringe einmal so ein paar Floskeln. Dass die Zeit reif ist, die Chancen groß sind, die Menschen bereit sind, die Straßen frei sind, fußt auf nichts anderem als dem zwangsverordneten Shut-down unserer Gesellschaft. Ein wenig überspitzt formuliert, wenn man es so will, ist es eigentlich die Ausnutzung einer Zwangslage. Man hat fast ein wenig das Gefühl, euch gefällt das, dass es hier jetzt so Zwangsverordnungen geben hat und die Leute eingesperrt waren, weil die Straßen wieder frei waren. Den Eindruck bekommt man ein wenig in der Debatte, die da jetzt auch zum Teil künstlich hochgezogen worden ist. Die Beispiele, die ihr hier bringt und die du, lieber Karl Dreisiebner in deinem dringlichen Antrag bringst, sind von anderen Städten, wohlgemerkt, sind auch dort lediglich Provisorien, die ihren Ursprung ebenfalls im Niederfahren der Wirtschaft und im Einsperren der Menschen haben. Selbstverständlich soll man über Verkehrskonzepte diskutieren und an Lösungen denken. Das entwickelt sich natürlich stetig weiter. Für uns als FPÖ ist aber eines wesentlich, um nicht zu sagen Prämisse und wir haben vorher schon darüber gesprochen, was zusammengehört und was nicht. Jedes neue Verkehrskonzept muss im Einklang mit unserer Wirtschaft stehen. Ich sage das auch hier ganz offen. Ich

möchte in keiner Stadt leben, in der zwar die Radler genug Platz haben, sich fortzubewegen, die Wirtschaft aber stillsteht. Das ist nicht die Vorstellung, wie eine Stadt der Zukunft auszusehen hat. Das heißt, hören wir endlich damit auf, die einzelnen Verkehrsteilnehmer gegeneinander auszuspielen. Das Auto gehört und wird auch noch in Zukunft genauso wie die Fußgänger, wie der öffentliche Verkehr, wie die Radfahrer zu dieser Stadt dazugehören, sind wir doch auch einmal stolz, wir sind eine Automobilstadt. Graz hat einen Automobilcluster, wo viele Menschen Arbeit finden, wo man einen Weltruf auch generiert. Tun wir nicht die ganze Zeit Bashing gegen das Auto betreiben. Ich möchte jetzt die Gelegenheit auch einmal nutzen, mich hier zu outen und zwar als echter Autofan. Ja, seit meinem 18. Geburtstag bin ich begeisterter Autofahrer, wie viele andere auch und ja, ich habe ein Auto, das hat ein paar PS unter der Haube. Ich fahre sehr, sehr gerne damit. Für mich ist ein Auto, wie für viele andere auch, nicht nur ein Nutzgegenstand, um von A nach B zu kommen, nein, es ist Leidenschaft, es ist Hobby und ich habe es satt, dass man die ganze Zeit hier auch verteufelt wird, in ein Eck gestellt wird und bestraft wird für etwas. Dass man, wie auch in allen Bereichen, einen Nutzen hinterfragen muss und dass es nicht Sinn macht, kurze Wegstrecken mit dem Auto zurückzulegen, dass man das Verhalten auch in vielen anderen Bereichen immer reflektieren soll, das ist ja ganz klar, aber hören wir doch bitte auf, die Autofahrer, das Automobil in dieser Art und Weise, wie es auch wieder in diesem Antrag passiert, auf diese Art und Weise zu verteufeln. Da machen wir mit Sicherheit nicht mit (*Appl. FPÖ*).

Es ist auch interessant, das möchte ich an dieser Stelle auch noch sagen zum Schluss, die Grünen, da ist immer von friedlicher Koexistenz die Rede, das ist euch ja so wichtig. Im Verkehr hört man davon nichts. Da ist dann die Bevorzugung einer Gruppe auf einmal opportun. Friedliche Co-Existenz in diesem Bereich zählt für euch nicht. Überlassen wir den Verkehr den Profis, das wäre auch noch einmal in Richtung Grüne argumentiert, ich glaube, da sind wirkliche Profis in Graz auch am Werk. Wenn die Grünen die Zuständigkeit für den Verkehr gehabt haben, da hat man eh gesehen, was herausgekommen ist. Das Erbe der Frau Rücker ist ja eh noch zu sehen. Die Schikanen in der Augasse, also Verbote, Schikanen, das ist sozusagen grüne Verkehrspolitik. Der

Gemeinderat hat Ihnen, Frau Stadträtin Schwentner, der Grünen Fraktion, die Zuständigkeit im Umweltbereich gegeben, für Verkehr ist jemand anderes zuständig. Lassen wir es auch dabei, Schuster bleib bei deinem Leisten.

Als letzter Satz, diese Reißbrettgestaltung des Verkehrs, die wird auch nicht funktionieren in dieser Stadt. Graz ist eine gewachsene Stadt, das gilt auch für den Verkehr. Sozusagen etwas aufzustülpen, das wird hier nicht funktionieren. Es sind hier gute Experten, hervorragende Köpfe am Werk, da wird gearbeitet. Ich erwähne nur das 100-Mio.-Radoffensivenpaket gemeinsam von Stadt und Land in 10 Jahren; da ist einiges im Werden, daher ist dieser dringliche Antrag überflüssig und wird von uns auch abgelehnt (*Appl. FPÖ*).

**Nagl:** Ich darf alle auch ersuchen, ein wenig auf die Redezeit zu achten.

**GR. Dr. Piffl-Percevic:**

Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Armin Sippel, den Exkurs, meine Einleitung mit dem Auto hast du mir jetzt einfach weggenommen, aber ich bin auch mit Puch gekommen, aber mit dem Puch-Fahrrad. Das parkt da unten und ich hoffe, dass ich auch ohne Regen nach Hause komme (*Appl.*). Ja, es geht um einen elementaren Bereich der Lebensqualität in unserer Stadt. Es geht um den Grünraum, es geht um den öffentlichen Verkehr, um die Stadtplanung überhaupt. Mein Einwand, Karl, ist vor allem, diese Bereiche vertragen keinerlei Schnellschüsse. Ja, es gibt Planungsvorläufe, die auch Zeit in Anspruch nehmen und in einem Punkt widersprichst du dir sogar. Du forderst die Einbindung auch z. B. der Bezirksvorsteher. Im Planungsausschuss legen wir äußerst großen Wert, dass sie auch kommen und dass wir auch mit ihnen die Dinge besprechen. Du weißt selber, dass alle diese Bereiche einen Vorlauf brauchen, eine intensive Befassung vieler zahlreicher Abteilungen in der Stadt und auch der politischen Gremien. Gerade gestern im virtuellen Planungsausschuss hatten wir wieder ein Stück, das wir sozusagen

eingefordert haben im Ausschuss. Es geht um den Bebauungsplan bei Asset One. Natürlich wollen wir jetzt, die Radinitiative ist vom Armin Sippel genannt worden, aufgrund der finanziellen Möglichkeiten die Umsetzung in Größenordnungen, die wir bisher noch nicht uns getraut haben anzudenken. Radautobahnen vom Knoten Puntigam zur Mur, zum Murkraftwerk, ich weiß, das hörst du nicht sehr gern, aber da bietet sich eine Radtransversale an. Das steht bei uns im Vordergrund, du hast selber mitgestimmt. Ein zweites Stück, wir haben einen Bebauungsplan vor ein paar Wochen, Monaten zurückgestellt in der Hohenstaufengasse, weil wir dort den nächsten Knoten Don Bosco ebenfalls mit dem Stadtzentrum Gries und Mur zusammenschließen wollen. Auch mit einem hochwertigen Radweg. Zinzendorfsgasse hast du genannt, hier sind Gespräche mit den UnternehmerInnen, mit der Universität im Gange. Das ist planmäßig im Werden, aber es verträgt dieser Bereich, es geht um Parkplätze, um die Geschäfte, auch keinerlei Hauruck-Aktion. Grundsätzlich kämpfen wir alle, jeder in seinem Frontabschnitt, auch für den individuellen, gerade Radverkehr, für den Fußgängerverkehr, auch für den erforderlichen Autoverkehr. Wir wollen uns die Zeit nehmen, du bist seit Jahren im Planungsausschuss, du warst auch Vorsitzender, du weißt, dass die Dinge anders verlaufen. Stell unser Licht auch nicht unter den Schäffel. Wir bemühen uns sozusagen, jetzt übertreibe ich ein bisschen, aber tatsächlich tagaus, tagein, alle diese Anliegen einzubauen und eine lebenswerte Stadt zu bauen. Wir brauchen Zeit und auch Geduld und Fleiß. Danke (*Appl.*).

**GR. Muhr:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, lieber Antragsteller, lieber Karl. Nun die Corona-Epidemie und die damit verbundenen weltweiten oder fast weltweiten Lockdowns haben ja eines gezeigt, dass sich die Natur und vor allem die Tierwelt die Lebensräume zurückgeholt hat. Man denke da an die Delphine in Venedig oder die Wale vor Kroatien. Auch die Menschen in den Städten sollten jetzt auf jeden Fall die Chance nutzen und öffentliche Flächen, dort wo es sinnvoll ist und wo es

möglich ist, zurückzuholen. Es kann ja nicht sein, dass die Entwicklung einer verkehrsgerechten Stadt im Mittelpunkt steht hinsichtlich des mobilen Individualverkehrs. Unsere Vorväter hatten ja bei der Stadtgründung ja auch nicht die Schaffung von Verkehrsräumen im Blickpunkt gehabt. Sie wollten ja einen Ort schaffen, wo Menschen arbeiten können, wohnen, ihre Freizeit verbringen können und leben können und das in einer lebenswerten Art und Weise. Graz muss als das auch wahrgenommen werden. Eine Stadt für die Menschen, und um das zu ermöglichen, ist eine Bevorzugung der sanften Mobilität natürlich zu forcieren. Das heißt, Fußgängerverkehr, Radverkehr und die Öffis. Das ist ein wichtiger Beitrag. Daher werden wir von der SPÖ natürlich diesem Antrag hinsichtlich der Dringlichkeit und des Inhalts zustimmen. Wobei die Termine sehr ambitioniert sind, die der Karl hier gesetzt hat. Abschließend möchte ich noch einmal ganz kurz auf die Wortmeldung vom Armin eingehen. Nachdem du dich ja als Autofetischist geoutet hast, nach dem Lebenstraum Hubraum statt Lebensraum, interessante Ansichtsweise. Ich finde, dass eine Co-Existenz zwischen Autos und Radfahrern, oder bzw. sanfte Mobilität auf jeden Fall möglich ist. Wir von der SPÖ sind auch gegen Verbote. Wir streben an, dass wir Möglichkeiten schaffen, umzusteigen auf sanfte Mobilität. Das ist unser vorrangiges Ziel und ich, wir finden, dass der Antrag vom Karl da doch einiges beinhaltet, was wir sehr gerne unterstützen. Auch die Wirtschaft kann natürlich von solchen Projekten profitieren. Man denke an die Schanigärten. In solchen Bewegungszonen, oder an kleine Geschäfte, wo man flanieren kann und einkaufen kann. Das hat natürlich schon einen Sinn. Wenn du sprichst, die Grünen nutzen eine Zwangslage aus, da muss ich ganz ehrlich sagen, wenn daraus etwas Besseres entstehen kann, etwas Sinnvolleres für die Stadt, was gesünder ist und wo die Menschen etwas davon haben, dann bin ich dabei. Danke (*Appl.*).

StR<sup>in</sup> **Kahr**:

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Karl Dreiseibner. Eine Flächenumverteilung zugunsten der Zufußgehenden und der Radfahrer kann ich nicht nur vollinhaltlich unterstützen und das ist auch mein erklärtes Ziel, das ist auch das Ziel der Abteilungen und aller letztendlich hier im Gemeinderat vertretenen Parteien, denn wir haben einstimmig das Mobilitätsziel und die Mobilitätsstrategie der Stadt Graz, die eben zum Ziel hat, diesen Anteil zu erhöhen, einstimmig beschlossen. Insofern sehe ich da auch keinen Widerspruch in dem, was wir gemeinsam als Ziel haben und vor allem, das möchte ich auch hier betonen, weil die Wirtschaft angesprochen ist, die Wirtschaft wird, auch wenn es hier zu einer Flächenumverteilung selbstverständlich kommen muss, auch keine Nachteile erfahren. Davon bin ich zutiefst überzeugt. Nicht davon überzeugt bin ich, wenn man ständig auch mit Vergleichen mit anderen Städten kommt, mit Millionenstädten wie New York, Brüssel oder Paris, da brauch ich nicht einmal nachzusehen, wir in Graz jeder Zeit standhalten können, nicht nur mit den Grünflächenanteilen, sondern auch mit dem Anteil der Geh- und Radwege, die wir für unsere Grazer Bevölkerung zur Verfügung stellen. Aber es geht nicht darum, um diese Vergleiche, es geht darum, dass wir in Graz weiterkommen selbstverständlich und insofern kann ich natürlich auch den Wunsch vom Karl verstehen, temporäre Begegnungs- und Fußgängerzonen oder Pop-up-Radwege, wie wir das heute schon einmal diskutiert haben. Aber was ich nicht verstehe und dafür bin ich auch nicht zu haben, dass wir eine Verkehrspolitik auf Zuruf machen. Dafür bin ich nicht zu haben. Wir setzen gemeinsam mit unseren Fachleuten und mit unseren Ämtern auf eine solide Planung und zwar für dauerhafte und nachhaltige und haltbare Lösungen für Radwege und Zufußgehende. Im Übrigen, und das ist eigentlich der springende Punkt, weil die fünf Punkte, die du in deinem Antrag nennst, ist ein Großteil von diesen angesprochenen Punkten, bereits in Vorbereitung bzw. schon in Umsetzung. Es ist eben einfach nicht damit getan, wenn du sagst, das könnte man jetzt schon im Mai umsetzen, irgendwie einen Radweg sozusagen auf der Straße einfach aufzupinseln. Ich bin überzeugt, dass abgesehen von sicherheitstechnischen Gründen und rechtlichen Fragen die Auswirkungen natürlich auch immer auf das gesamte Verkehrssystem in

unserer Stadt gesehen werden müssen und man sich auch immer anschauen muss. Immer auch gemeinsam mit den Bezirksräten und auch den Anwohnern. Das ist auch immer der erklärte Wunsch von Ihnen hier. Selbstverständlich auch von mir. Vieles ist von uns in dem Antrag, den du hier einbringst, in den Punkten ja schon auf Schiene und wird auch größtenteils vieles auch umgesetzt. Ich möchte nur erwähnen, Fußgängerzone Lendplatz und Begegnungszone in der Mariahilfer Straße im September. Es wird nächste Woche, nur zum Beispiel, eine Wohnstraße wieder neu eröffnet, wir werden die erste Fahrradstraße in unserer Stadt Graz in ein paar Wochen haben, wir werden vor allem Begegnungszonen, neue Vorschläge dem Verkehrsausschuss unterbreiten, das habe ich in der letzten Gemeinderatssitzung schon gesagt. Derzeit gerade aktuell prüfen unsere Kolleginnen und Kollegen in den Abteilungen mögliche Straßenzüge, wo das möglich ist und ich freue mich schon, wenn wir dann mit den Bezirksräten und dann dem Verkehrsausschuss darüber diskutieren können, wo wir das machen und wo wir es mittelfristig noch hinausschieben. Wir setzen gemeinsam natürlich auch mit den zuständigen Abteilungen der Stadtplanung und auch der Abteilung Grünraum auf mehr Grün und hier ganz besonders, das kann ich nur für meine Abteilung gemeinsam mit der Holding sagen, dass wir viel mehr Grün an Haltestellen machen werden, das ist auch ein Beschluss im Kontrollgremium. Es wird erstmals jetzt in wenigen Wochen werden in der C.v.H.-Straße die Gleise ausgetauscht, da wird es das erste Mal auch ein Rasengleis geben und weil der Radverkehr angesprochen wurde, wir arbeiten gerade, das habe ich auch bei der Anfragebeantwortung der Kollegin Ussner gesagt, an einer Lösung, an einer Alternative, um den Augarten zu entlasten vom Radverkehr. Eben diesen Lückenschluss am Grieskai zu schließen. Da sind wir mit der Planung fertig und werden, wie gesagt, mit den Bezirksräten und den Gemeinderäten im Verkehrsausschuss das präsentieren und darüber befinden - setzen wir es um oder nicht. So finde ich, gehört sich auch eine solide Verkehrsplanung, dass man das auch gemeinsam bespricht. Nicht vergessen, und das muss ich auch sagen, die Schlögelgasse, weil sie angesprochen wurde, das wissen viele vielleicht noch nicht, wird bis Ende Juni verlängert, der Marktbereich, und ich ersuche auch gerade das Amt,

auch natürlich mit Bezirksrat und Anrainern zu prüfen, ob wir das nicht in eine dauerhafte Lösung überführen können. Aber nicht vergessen dürfen wir den öffentlichen Verkehr. Auch wenn da die Zahlen jetzt nicht berauschend sind, aber er ist das Rückgrat in unserer Stadt Graz und ohne den werden wir nicht weiterkommen. Darauf müssen sich die Menschen auch verlassen können und da muss ich sagen, da bin ich recht stolz, dass gemeinsam in der Stadt in dieser Periode auch wirklich viel gelungen ist mit den Straßenbahnprojekten und vor allem auch mit der Anschaffung neuer Trams. Da bin ich auch dem Herrn Bürgermeister und dem Herrn Stadtrat Riegler durchaus dankbar und auch froh, dass wir hier nicht Abstand nehmen, sondern das zügig vorantreiben und auch sicherstellen werden. In diesem Sinne kann ich den Wunsch verstehen, aber ich kann es abschließend nur noch einmal sagen, ja, mehr Platz für aktive Mobilität, aber ein klares Nein zu einer Verkehrspolitik, die auf Zuruf basiert (*Appl.*).

**Bgm. Nagl:**

Danke vielmals, Frau Stadträtin. Nachdem ich jetzt schon die fünfte Periode in der Stadtregierung mitarbeiten darf, möchte ich noch anmerken, dass in all diesen Perioden, seitdem ich mit dabei bin, auch alle Fraktionen, die jetzt Klubstärke haben, die Chance gehabt haben, jetzt und sofort die Verkehrswende herbeizuführen. Das hat begonnen mit der ÖVP mit Gerhard Rüscher, mit Walter Ferik von der Sozialdemokratie, mit Lisa Rücker von den Grünen, mit dem Herrn Vizebürgermeister als Stadtrat für das Verkehrswesen und jetzt Elke Kahr. Das heißt, alle Fraktionen sind eingebunden und das wünsche ich mir auch und wir leben es, so glaube ich, jetzt auch in der Stadtregierung ganz gut vor. Ich darf nur von Seiten der Stadtentwicklung noch anmerken, es gibt keine einzige Straße, die wir im Moment umbauen, wo wir nicht prüfen und auch versuchen, Grünraum zu schaffen und Bäume zu pflanzen. Wenn ich nur die Schmiedgasse hernehmen darf als wahrscheinlich jetzt sehr prominentes Beispiel, das gleich fertig sei wird, Bäume bis zum Hauptplatz, Fußgängerzone errichtet, wir sollten, wenn ich so sagen darf, auch nicht weiß Gott wie eifersüchtig

sein und dort und da versuchen, Trittbrett zu fahren. Ich glaube, wichtig ist, dass wir diesen Weg gemeinsam gehen. Da liegen Riesen-Chancen drinnen (*Appl.*).

Antragsteller zum Schlusswort bitte.

**Dreisiebner:**

Zum gewissen Teil, nein, zum größeren Teil habe ich das Gefühl, der Antrag wurde doch nicht gelesen. Hier wurde von Auto-Bashing geredet, hier wurde von Bevorzugung geredet der sanften Mobilien. Das findet sich so im Antrag nicht. Eine erotische Beziehung ist natürlich jetzt nicht unbedingt, zu was auch immer, oder fetischistisch, wie der Kollege Muhr, bei dem ich mich bedanke, formuliert hat, die beste Voraussetzung, um vernunftorientiert und sachlich an einen Text und an ein Anliegen heranzugehen, da sind natürlich viele Emotionen drinnen. Ich will auch niemandem Autoerotik, Entschuldigung, das ist etwas anderes (*lacht*), ich will niemandem die Erotik des Autos nehmen, darum geht es nicht. Armin Sippel hat auch einen richtigen Satz gesagt in seiner langen Ausführung, wo sonst nicht so viel so Besonderes war, dass es natürlich Ziel ist, kürzere Wege nicht immer mit dem Auto zu machen. Ja, darum geht es. Wir reden wirklich nicht davon, dass auf einmal das Auto keinen Platz mehr hat. Wir reden davon, dass die Radfahrer und die Radfahrerinnen einen Platz bekommen, so wie ihn auch der ÖV braucht, danke, Elke Kahr. So wie ihn auch die Fußgänger brauchen. Es geht um ein paar Prozent von der Fläche. Wenn ich eine durchschnittliche Straßenbreite im verbauten Gebiet von 11 Meter habe, Verkehrsfläche oder Fahrbahn, wie man so sagt, dann heißt es, zwei Fahrspuren manchmal in eine Richtung, manchmal in zwei Richtungen, zwei Parkspuren und der Rest ist praktisch das, was noch zur Mauer, zur Hausmauer übrigbleibt. Da kommt oft kein Baum hinein, um das Thema auch noch kurz zu streifen und das ist kein Abdrehen von allen, wenn man darüber redet, ob man vielleicht eine Fahrspur wegnimmt in einer zweispurigen Einbahn, wenn man vielleicht irgendwo auch auf Parkplätze einmal überlegt, ob man darauf verzichten kann an der einen oder anderen Stelle. Das ist nicht das, als das es hier dargestellt wird. Das Zweite, wir reden, und ich bin, danke,

Peter Piffel-Percevic, auch du darfst deinen Fetischismus zum Motor behalten, ich bin seit 2011 im Gemeinderat, ich bin auch immer schon im Stadtplanungs- bzw. auch Verkehrsausschuss, weil ja teilweise zusammen. Ich weiß, wie alt diese Konzepte und diese Modelle und diese Ideen sind. Mobilitätsziele sind erwähnt worden von der Frau Stadträtin. Nur wieso sind diese Konzepte, auch das Stadtentwicklungskonzept, Herr Bürgermeister, wieso sind diese Konzepte zwar alle gültig, aber in der Umsetzung funktioniert der Planablauf noch immer so, wenn, dann nämlich: Zuerst planen wir das und jenes, das ist das Auto, fahrendes Auto, parken, dann brauchen wir natürlich einen Gehsteig und wenn wir noch einen Platz haben, setzen wir einen Baum bzw. haben wir eine Fahrradfahrmöglichkeit welcher Art auch immer. Was auch nicht gelesen worden ist und es wäre noch vieles zu sagen, was auch nicht gelesen worden ist, es wird da auch das Gegeneinander, das eine ist das Umdenken im Planen, das Zweite ist das Gegeneinander, das ist überhaupt nicht Teil dieses Antrages, sondern das Miteinander. Die Begegnungszone und, wo es notwendig ist, auch die Abtrennung im Sinne des Nebeneinanders, Pop-up-Radweg oder richtiger Radweg. Nur, Peter Piffel-Percevic, es wird nicht ausreichen, von Puntigam durch das Grünland oder noch nicht bebaute Stadtgebiet bis zum, ich spreche es aus, zur Murstaustufe, einen Radweg zu bauen und dann wissen wir nicht, wie wir weiterkommen. Irgendwann werden wir in diesen Raumkonflikt gehen müssen. Der Murradweg ist nicht ausreichend, wie wir wissen. Wir werden in den Raumkonflikt gehen müssen ...

*Zwischenruf Bgm. Nagl: Auf die Zeit achten!*

**Dreisiebner:** Ja, die Zeit, ich weiß. Entweder tun wir es heute nicht, so schaut's aus, oder wir tun es nicht bald, das befürchte ich. Es ist auf jeden Fall enttäuschend, dass man sonntags gerne über solche Dinge redet, dass es Gelder zum Abholen gibt, aber am Ende wird der Konflikt, wenn man dann die Räume neu verteilt, den werdet ihr entscheiden müssen, den werdet ihr ausdiskutieren müssen mit den Bürgerinnen und

Bürgern. Das könnt ihr heute machen oder das könnt ihr in ein paar Jahren machen und so lange sitze ich hier, dass ich weiß, es wird schon seit Jahren geschoben, danke (Appl.).

***Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.***

***Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (18.00 Uhr).***

**8.7 Umdenken – neu verteilen – nachhaltig investieren! Planungen für den Corona-Pandemie bedingten Nachtragsvoranschlag 2020  
(GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Pavlovec-Meixner, Grüne)**

**Pavlovec-Meixner:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Live-Stream. Mit meinem dringlichen Antrag kommen wir wieder zum Thema Wirtschaft und Nachtragsvoranschlag zurück. Unter dem Thema umdenken, neu verteilen, nachhaltig investieren. Die Corona-Krise hat uns alle tief getroffen, sie hat viel Leid verursacht, sie hat uns aber auch aufgezeigt, welche Lücken es in unserem System gibt. Nämlich in der regionalen Wirtschaft, in der Bildung und in der Verteilung des öffentlichen Raumes. Wir haben uns deshalb auch in Anlehnung und unter Einbeziehung der Expertise von verschiedenen Wirtschaftsforscherinnen und -forschern im Klub zusammengesetzt und uns überlegt, wie man den Nachtragsvoranschlag zukunftsfähig gestalten könnte, nämlich unter Einbeziehung einer anderen Krise, die uns, ich muss es leider sagen, wie es ist, bevorsteht, nämlich der Klimakrise. Graz hat vor einiger Zeit verkündet, Klimainnovationsstadt werden zu wollen und wir meinen jetzt, Graz als Klimainnovationsstadt sollte die Veränderungen als Chance begreifen und mit

Infrastrukturentscheidungen Impulse setzen. Dabei in hohem Ausmaß die langfristigen Auswirkungen auf den Klimawandel mitdenken, Stichwort Klimacheck. Das wurde ja auf Bundes- und auf Landesebene beschlossen. Was meine ich damit? Investitionen in öffentlichen Verkehr mit dem Tram-Ausbaupaket II, mit einer Sanierungsoffensive und ökologischem Bauen, mit Straßenumbauten wie den Grünen Meilen, Begegnungszonen, Baumpflanzungen und einem Investitionspaket für kommunale Bildung. Der besondere Fokus muss dabei auf regionaler Wertschöpfung liegen. Wir haben heute schon über die Probleme des Innenstadthandels gesprochen, über die Probleme der regionalen NahversorgerInnen. Ein zweites Kriterium nach dem Klimacheck, aber mindestens genauso wichtig, sind die Auswirkungen auf regionale Betriebe und die Personalintensität von Maßnahmen. Ich nenne da z.B. thermische Sanierung ist sehr personalintensiv und daher eine Maßnahme, die beiden zugutekommt. Ein drittes Kriterium sollte sein, dass wir regionale Betriebe unterstützen und fördern schon bei unseren Ausschreibungen. Im Jahr 2014 hat die Wirtschaftskammer Steiermark einen Vergabeleitfaden veröffentlicht und ich bin mehr als erstaunt, weil ich habe in der letzten Zeit mit einigen Geschäftsführern der Betriebe der Stadt Graz gesprochen und sie haben alle noch nie von dem Vergabeleitfaden der Wirtschaftskammer Steiermark, den es seit dem Jahr 2014 gibt, gehört. Da ist sehr schön dargestellt, wie man Vergaben auch so machen kann, wie man Ausschreibungen so machen kann, dass eben Grazer und steirische Betriebe eine besonders gute Chance haben, einen Auftrag zu bekommen. Noch ist nicht ganz klar, wie hoch der Einbruch an Ertragsanteilen, wie hoch der Rückgang an Kommunalsteuern ausfallen wird, aber wir brauchen jetzt jedenfalls ein mutiges Konjunkturpaket, wir brauchen mutige Investitionsentscheidungen nach den Kriterien des Klimachecks, Investitionen in den regionalen Arbeitsmarkt und in die regionale Wertschöpfung. Ich lese jetzt meinen dringlichen Antrag in seinen vier Punkten nicht noch einmal vor. Er liegt euch ohnehin vor, es geht um die Themen Klimacheck, regionale Wertschöpfung, es geht darum, Kooperationen und Co-Finanzierungen auf Bundes- und Landesebene zu screenen und entsprechende Verhandlungen zu starten und es geht, und das ist uns ein besonders wichtiger Punkt, um die Einrichtung eines Boards an externen ExpertInnen, die die

Erstellung des Nachtragsvoranschlages begleiten, bei den genannten Kriterien beratend zur Seite stehen. Da wäre unser Vorschlag auch, dass jede Fraktion gemäß den Sitzen im Finanzausschuss eine Anzahl an Expertinnen und Experten benennt. Die Stadt Graz möge darüber hinaus bei Ausschreibungen in Zukunft den Vergabeleitfaden der WK Steiermark verwenden und regionale Betriebe bestmöglich fördern. Ich bitte um Annahme (Appl.).

**Originaltext des dringlichen Antrages:**

*Die Corona-Krise hat jede und jeden Einzelnen von uns aus unserem Alltag, dem Wohlstand und dem sozialen Leben gerissen und viel Leid verursacht. Sie hat uns aber auch mit der Verletzlichkeit der Stadt als Kollektiv konfrontiert und die Lücken unseres Systems - in der regionalen Wirtschaft, bei der Bildung und bei der Verteilung des Öffentlichen Raumes - ganz deutlich aufgezeigt.*

*In der heutigen Gemeinderatssitzung liegt uns ein Informationsbericht zum Fahrplan für den durch die Corona-Pandemie bedingten Nachtragsvoranschlag 2020 vor. Darin werden auch Maßnahmen für die Vorbereitung des Nachtragsvoranschlages präsentiert, die bis zum Budgetbeschluss spätestens im Oktober 2020 durchgeführt werden und im Nachtragsvoranschlag ihren Niederschlag finden sollen.*

*Die Folgen der Krise in Form von Arbeitslosigkeit, dem Kampf der regionalen Wirtschaft ums Überleben und einem zu erwartenden Bildungsrückstand fordern die öffentliche Hand und so auch die Stadt Graz nun tief in die Taschen zu greifen und große Konjunkturpakete zu schnüren.*

*Die Klimainnovationsstadt Graz sollte die durch die Corona-Pandemie ausgelösten Veränderungen als Chance begreifen, mit ihren Infrastrukturentscheidungen Wirtschaftsimpulse setzen und dabei auch in hohem Ausmaß die langfristigen Auswirkungen auf den Klimawandel mitdenken. Der auf Bundes- und Landesebene beschlossene Klimacheck böte sich an, um geplante Investitionen dahingehend zu überprüfen. Geeignete Maßnahmen wären Investitionen in den öffentlichen Verkehr mit dem Tram-Paket II, eine Sanierungsoffensive und ökologisches Bauen,*

*Straßenumbauten für Grüne Meilen, Begegnungszonen, Baumpflanzungen und ein Investitionspaket im Bereich kommunale Bildung. Ein besonderer Fokus sollte dabei auf der regionalen Wertschöpfung liegen – so leidet z.B. der Grazer Innenstadthandel durch die Corona-Krise unter massiven Umsatzeinbrüchen und auch nach der Wiedereröffnung vieler Geschäfte läuft der Handel nur sehr schleppend an. Gleichzeitig hat sich während der Krise gezeigt, wie wichtig die regionalen NahversorgerInnen für die Grazerinnen und Grazer sind. Um die Ertragslage von Grazer und steirischen Gewerbebetrieben zu verbessern, wären als ein Kriterium die Auswirkungen auf regionale Betriebe und die Personal-Intensität von Maßnahmen (Stichwort Arbeitsplätze) als Kriterium in die Investitionsentscheidungen einzubeziehen. Städtische Ausschreibungen sollten unter Heranziehung des Vergabeleitfadens der WK Steiermark ([https://www.wko.at/service/stmk/wirtschaftsrecht-gewerberecht/Vergabeleitfaden\\_2014\\_2.pdf](https://www.wko.at/service/stmk/wirtschaftsrecht-gewerberecht/Vergabeleitfaden_2014_2.pdf)) so erfolgen, dass regionale Betriebe bestmöglich gefördert werden.*

*Noch ist nicht klar, wie hoch der Ausfall durch den Einbruch an Ertragsanteilen, Kommunalsteuerrückgänge, diverse andere Einnahmerückgänge und Mehrausgaben sein werden. Klar ist aber: Die Stadt braucht ein mutiges Konjunkturpaket, das alle geplanten Investitionen auf Herz und Nieren prüft und gezielt nach den folgenden Kriterien entscheidet:*

- Besteht die Investition die Kriterien eines Klimachecks äquivalent zu den Bundes- und Landeskriterien?*
- Bedient die Investition den regionalen Arbeitsmarkt bzw. ist sie geeignet, die Arbeitslosigkeit in Graz und der Steiermark zu senken?*
- Ist durch die Investition eine regionale Wertschöpfung gewährleistet?*

*Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden*

**dringlichen Antrag:**

*In Ergänzung der in Vorbereitung des Nachtragsvoranschlages zu veranlassenden Maßnahmen möge der Gemeinderat der Stadt Graz beschließen:*

- 1. Die bereits von Gemeinderat beschlossenen und im Voranschlag 2020 budgetierten Investitionen mögen einem Klimacheck unterzogen werden sowie auf ihre Auswirkungen in Richtung regionaler Wertschöpfung und Arbeitsplatz-Intensität überprüft werden.*
- 2. Mögliche Kooperationen mit und Kofinanzierungen durch Bund und Land Steiermark mögen einem Screening unterzogen und zur Realisierung nachhaltiger Investitionsprojekte am Verhandlungswege vorangetrieben werden.*
- 3. Die Finanzabteilung wird mit der Einrichtung eines Boards an externen ExpertInnen beauftragt, die die Erstellung des Nachtragsvoranschlages entlang der im Motiventext genannten Kriterien beratend begleiten sollen. Jede Fraktion ist eingeladen, ExpertInnen für dieses Board – beispielsweise gemäß ihrer Sitze im Finanzausschuss - zu benennen.*
- 4. Die Stadt Graz möge hinkünftig bei Ausschreibungen durch Anwendung des Vergabeleitfadens der WK Steiermark regionale Betriebe bestmöglich fördern.*

**Ehmann:**

Vizebürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, KollegInnen im Gemeinderat, meine Zuhörerinnen und Zuhörer, Zuseher und Zuseherinnen im Live Stream bzw. liebe Antragstellerin. Ja, richtig ist, dass die Corona-bedingte Krise schwere budgetäre Einbrüche hinterlassen werden und auch schon tun mittlerweile. Wir denken, dass es hier darum auch geht, so wie wir es heute schon einmal kurz angesprochen haben, in vielen Wortmeldungen ist es ja und in einigen Punkten der Tagesordnung ja heute schon angesprochen worden, dass es genau in diese Richtung gehen muss, zusätzlich hier alle Tabus zu brechen und zu hinterfragen, zu sagen, welche Projekte sind sinnvoll, in welcher Reihenfolge muss es stattfinden, welche Expertinnen und Experten müssen zu den im Haus oder im Haus Graz zur Verfügung stehenden brauchen wir noch dazu? Welche Interessensvertretungen etc.,

du hast es eh schon kurz skizziert. Wir haben ja letztes Mal schon mit unserem Zusatzantrag hier die Intention gehabt in diese Richtung zu gehen, weil wir schon gesehen haben, was sich hier abzeichnet und ich habe beim letzten Mal, wenn ihr euch erinnern könnt, schon angesprochen in der Sitzung, in der laufenden, dass hier das Land ja eine strenge Vorgabe in diese Richtung der Budgetdisziplin gegeben hat. Insofern glaube ich, dass das jetzt spätestens jetzt wirklich eine entscheidende und essentielle Frage ist, denn ich bin auch dagegen, dass wir gar keine Neuprojekte mehr angehen. Ich glaube, dass wir hier wirklich nachdenken müssen, in welchen Bereichen macht es Sinn bzw. wo ist es nachhaltig, wo ist es zukunftsorientiert, wo ist es Beschäftigungsimpuls, wo ist es Wirtschaftsimpuls etc., das eine bedingt das andere und schließt sich natürlich gegenseitig nicht aus. Auch Bereiche Bildung, Soziales, Klimaschutz etc. und Verkehr, was heute auch schon vielfach diskutiert wurde. Deshalb sehen wir dieser Antrag auch positiv entgegen. Wir werden dem Antrag in der Dringlichkeit als auch im Inhalt zustimmen und möchten noch zusätzlich eben diesen Punkt einbringen, der uns da ein wenig zu kurz gekommen ist und haben es als

### **Zusatzantrag**

formuliert, den ich hier nun namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion einbringen darf.

Punkt 5:

Gemäß dem Motto „Umdenken – neu verteilen – nachhaltig investieren“ gilt es insgesamt, in Hinblick auf Einsparungsmöglichkeiten bzw. von Investitionsverschiebungen bei der Ausarbeitung von Prioritätenreihungen betreffend die entscheidenden Kriterien wie Nachhaltigkeit, Beschäftigungseffekte, Klimaschutz, Wirtschaftsimpulse und Regionalität VertreterInnen aller Gemeinderatsfraktionen, der SozialpartnerInnen (AK, IV, ÖGB, WK), der Universitäten sowie WirtschaftsforscherInnen einzubinden und diese Vorgehensweise einer breit angelegten, Transparenz garantierenden Vorgehensweise auch für die Vorbereitungen

auf die Budgeterstellung der nachfolgenden Jahre beizubehalten. Nämlich nicht nur jetzt in der Krise oder in Zeiten der Aufarbeitung der Krise, sondern auch danach. Ich ersuche um Annahme. Danke.

**Originaltext des Zusatzantrages:**

*Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich nachfolgenden*

**Zusatzantrag:**

*Punkt 5:*

*Gemäß dem Motto „Umdenken – neu verteilen – nachhaltig investieren“ gilt es insgesamt, in Hinblick auf Einsparungsmöglichkeiten bzw. von Investitionsverschiebungen bei der Ausarbeitung von Prioritätenreihungen betreffend die entscheidenden Kriterien wie Nachhaltigkeit, Beschäftigungseffekte, Klimaschutz, Wirtschaftsimpulse und Regionalität VertreterInnen aller Gemeinderatsfraktionen, der SozialpartnerInnen (AK, IV, ÖGB, WK), der Universitäten sowie WirtschaftsforscherInnen einzubinden und diese Vorgehensweise einer breit angelegten, Transparenz garantierenden Vorgehensweise auch für die Vorbereitungen auf die Budgeterstellung der nachfolgenden Jahre beizubehalten.*

**StR. Dr. Riegler:**

Es ist ein wenig traurig, dass bei einem so wichtigen Thema dann doch offensichtlich jetzt schon die Ausdauer bei vielen Gemeinderäten und auch bei den Kollegen ein wenig ausgedünnt ist, sage ich einmal, denn natürlich ist es so, dass das Thema Klimaschutz, Umweltschutz und Covid-Vermeidung wichtig ist, Frau Gemeinderätin Pavlovec-Meixner, liebe Andrea. Ich finde das als eine sehr gute Initiative, dass man

einmal darüber diskutiert. Ich muss aber gleich einmal sagen, dass ich von dem zusätzlichen Board gar nichts halte. Ich werde das erklären. Es ist ja nicht so, dass wir das nur behaupten, sondern ich liefere Ihnen eine Begründung.

Erstens, wir reden beim Nachtragsvoranschlag 2020 über einen Nachtragsvoranschlag, das heißt, es gibt schon einen. Das heißt, der Gemeinderat hat bereits im Dezember 2019 bezogen auf dieses Geschäftsjahr 2020, auf dieses Budgetjahr 2020 bereits ein Programm entwickelt. Momentan ist die Herausforderung sogar eher jene, dass wir eigentlich schauen müssen, dass wir vereinzelt Projekte vielleicht ein wenig nach hinten schieben können, um den finanziellen Rahmen zu bekommen. Das heißt, der Inhalt des Nachtragsbudgetvorganges besteht ja gerade darin, jetzt keine neuen Vorhaben sofort zu beschließen, sondern vielleicht erst ein wenig später, wenn wir wissen, ob wir es uns finanziell leisten können.

Zweitens, die meisten Projekte, die wir beschließen, sind entweder klimafreundlich oder sind eben aus anderen Gründen wichtig. Ich sage Ihnen ein Beispiel. Sämtliche Schulbauten, sämtliche Kindergärtenbauten sind, und ich habe mich davon überzeugt, ich bin ja als Finanzreferent immer wieder dabei bei der Besichtigung, sind klimaneutral, sind gut gedämmt, haben möglichst gutes Licht und Abschattungssystem, die gesamte Heizung, Klimalüftung wird mittlerweile umgestellt eher auf eine Gebäudeaktivierung, also es gibt sehr viele Aspekte, die ohnedies bei jedem Bauprojekt berücksichtigt werden. Wenn Sie im Budget nachsehen, was sind die größten Projekte im Jahr 2020? Ausgabenmäßig sind das eben Millionenbeträge für Straßenbahnbauten. Die sind klimafreundlich, aber wir können beim besten Willen jetzt nicht einen Protektionismus einführen und sagen, wir kaufen nur mehr Straßenbahnen, die aus heimischer Produktion sind und würden wir das tun, wären wir vermutlich neben dem Vergaberecht. Ich sehe also eigentlich auch vergaberechtlich kaum Möglichkeiten zu sagen, ok, kaufen wir halt nur bei regionalen Unternehmen. Ein weiterer Punkt ist, und das ist vielleicht auch schon der letzte, ich möchte eine Lanze dafür brechen, dass man bitte auch auf unsere eigene Expertise in unseren Abteilungen hören. Denn wenn Sie sich vorstellen, wie ein Budgetprozess läuft, dann ist es ja nicht so, dass der Finanzreferent mit dem Finanzdirektor und mit dem

Bürgermeister zusammensitzt und sagt, ok, wir machen das und das, sondern selbstverständlich haben alle Magistratsabteilungen, haben alle Stadtratskollegen mit ihren Expertinnen und Experten ja natürlich schon eine lange Liste an Projekten, die sie gut überlegt haben, für die sie vielleicht schon jahrelang kämpfen. Das heißt, ich erwarte mir aus einem zusätzlichen Beirat, der dann auch noch einmal überprüft, ob die Verkehrsplanungsabteilung, ob die Baudirektion, ob die Umweltabteilung, ob die Abteilung für Bildung und Integration, ob die gut gearbeitet und gut nachgedacht haben, ich erwarte mir dann aus einem zusätzlichen Expertengremium eigentlich keine weiteren großartigen Aufschlüsse. Daher es ist sicher gut und wichtig, dass wir vielleicht auch festschreiben bei unseren Budgetprozessen, dass wir auf Klima und auf Regionalität achten, aber ein zusätzliches Gremium zu schaffen, das man bezahlen muss und das eine Zusatzschleife macht, bringt gar nichts meines Erachtens.

**GR. Mogel:**

Hoher Gemeinderat, werter Stadtsenat, sehr geehrter Herr  
Bürgermeisterstellvertreter, liebe Frau Kollegin. Ich bin mir nicht ganz sicher, was du mit deinem Antrag bezwecken willst. Geht es dir darum, in dem, wie hast du es genannt, Board an externen Experten, Expertinnen einfach nur grüne Wirtschaftsexpertise unterzubringen, oder, und das fände ich eigentlich doch dann sehr eigenartig, glaubst du, dass ein Finanzstadtrat, ein Finanzdirektor gemeinsam mit der Finanzdirektion ihre Arbeit nicht machen? Kooperationen und Co-Finanzierungen zu suchen im Bund, Land und EU, die EU hast du in deinem Antrag gar nicht erwähnt, ist eine der Grundaufgaben der Finanzdirektion und des gesamten Stadtrates unabhängig welcher Fraktion. Kommen wir zu den Investitionen. Investitionen umwelttauglich und vor allem für und mit der regionalen Wirtschaft, für und mit unseren Arbeitnehmern umzusetzen, darauf liegt doch das Hauptaugenmerk unserer gesamten Arbeit hier im Gemeinderat, im Stadtsenat und auch in der Verwaltung. An jedem von dir genannten Punkt wird gearbeitet mit Hochdruck und wir werden auch die Gelegenheit haben, hier im Gremium und in den Ausschüssen darüber zu

diskutieren. Ich muss es leider sagen. Ich habe in deinem Antrag keine einzige weitere konkrete neue Idee gefunden, wie wir der drohenden Wirtschaftskrise begegnen können. Daher für uns nicht dringlich (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Pavlovec-Meixner:**

Danke vielmals. Ich kann mich dem Kollegen Riegler nur anschließen, mir tut das auch sehr leid, dass manchmal dringliche Anträge zu einem sehr späten Zeitpunkt kommen und dann einfach fast niemand mehr anwesend ist. Ich würde mir schon wünschen, dass es hier mehr Diskussionen gibt.

*Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Ein paar Stimmen sind schon noch da!*

**Pavlovec-Meixner:**

Ja, super. Vielen Dank an den Michael Ehmann einerseits für das inhaltliche Lob für den Antrag und andererseits auch, dass ihr das unterstützt und wir werden natürlich euren Zusatzantrag auch sehr gerne unterstützen. Danke auch an Herrn Stadtrat Riegler, der in mir schon fast Hoffnungen geweckt hat, indem er von einer sehr guten Initiative gesprochen hat. Es stimmt schon, bei unseren Kindergärten, bei unseren Schulausbauten machen wir immer wieder sehr klimafreundliche und zukunftsweisende Projekte. Wir haben aber auch einen großen Bestand an Gebäuden, wo wir sanieren könnten, wo wir viel Energie einsparen könnten und das könnte man ja z.B. angehen, das habe ich ja auch genannt in meinem dringlichen Antrag als eines der Investitionsprojekte und gerade das ist ein Projekt, wo man sehr viele Arbeitsplätze schaffen würde. Weiters hast du gesagt, dass es eine Herausforderung sein wird, was zu verschieben sein wird und was nicht. Ich hoffe, das werden nicht die Straßenbahnausbauten sein, das wäre dann doch schlimm. Zum Kollegen Mogel

möchte ich nur sagen, wenn da von Projekten mit Nachhaltigkeit, die mit Nachdruck verfolgt werden, die Rede ist, dann frage ich mich, was die Josef-Huber-Gasse ist, da sehe ich keine Nachhaltigkeit, aber sehr wohl ein Verfolgen mit Nachdruck. Ich habe mir heute Früh das Morgenjournal gehört und da ist die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen zitiert worden. Sie hat gestern im Parlament gesagt, gegen Corona wird es bald eine Impfung geben, gegen den Klimawandel gibt es keine Impfung. Ich finde es sehr schade, dass der Herr Bürgermeister heute nicht da ist und hiermit empfehle ich dem Herrn Finanzstadtrat, und vielleicht mögen ja einige Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP mitfahren, eine Reise nach Brüssel, selbstverständlich mit dem Zug und vielleicht begeben Sie sich einmal auf einen Informationsaustausch mit Ihrer Parteikollegin von der Leyen, das täte Graz ziemlich gut, danke.

Bgm.-Stv. Mag. **Eustacchio:**

Dankeschön. Eine Information für die Damen und Herren, die uns heute zusehen. Auch wenn jemand nicht im Raum ist, dann gibt es die Möglichkeit, außerhalb dieser Räumlichkeiten auch mit Video-Übertragung alle Reden und alle Debatten anzuhören. Also es ist nicht so, dass man das nicht auch außerhalb dieses Raumes hört, das nur zur Klarstellung. Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit.

***Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, KPÖ, SPÖ und Neos) abgelehnt.***

**8.8 Auch Kommunen brauchen einen Rettungsschirm des Bundes/Petition an Bundesregierung und Nationalrat (GR. Ehmann, SPÖ)**

**Ehmann:**

Herr Vizebürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Zuhörerinnen und Zuhörer, Zuseherinnen und Zuseher im Live-Stream. Ja, wir haben es schon heute oft strapaziert, aber man kann es nicht oft genug ansprechen. Natürlich haben die Covid-19-Maßnahmen dramatische Auswüchse auch auf die Kommunen und Gemeinden, aber auch natürlich auf die Städte, wie hier bei uns, zweitgrößte Stadt in Österreich, mit Graz und hier gibt es natürlich massive Einbrüche im Bereich der Kommunalsteuer, aber auch bei den Ertragsanteilen aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben. Als Folge ist natürlich eine massive Schwächung der kommunalen Haushalte zu befürchten und nicht nur zu befürchten, sondern geht einher. Eine Problematik, der sich jetzt natürlich viele europäische Länder zu stellen haben, viele Gemeinden, viele Städte, aber auch wir letztendlich. Dass für die österreichische Wirtschaft ein Rettungsschirm gespannt wurde im Größenausmaß von rund 38 Mrd., was natürlich Haftungen und Stundungen etc. beinhaltet, sei es bei Sozialversicherungsträgern, Finanzämtern usw. aber natürlich auch Liquidität bedeutet und dass es eh schwer genug offensichtlich rüber zu bringen ist, bzw. an den Unternehmer, die Unternehmerin zu bringen ist, wie wir in vielen Gesprächen erleben müssen, das ist das eine; das andere ist, dass die Kommunen hier auch Benachteiligungen erfahren. Herr Stadtrat Riegler hat es richtig in der Kleinen Zeitung, im Interview, angesprochen, wo er das zu Recht kritisiert, dass hier die Kommunen benachteiligt sind mit dem Corona-Finanzierungszuschuss. Wenn die Kommune 100 % Eigentum der jeweiligen Beteiligung hat, das ist genau das Gegenteil von dem, was wir wollen. Denn letztendlich geht es um Daseinsvorsorge, die hat uns mehr oder weniger durch die gesundheitliche Krise geführt im Sinne des Gesundheitssystems, aber jetzt wird es erst richtig auf die Probe gestellt werden, nämlich im Sozialsystem und im Wirtschaftsbereich letztendlich. Hier werden die Systeme massiv belastet werden, logischerweise, und um diese Systeme nicht nur

aufrecht zu erhalten, sondern sie zu schützen und zu unterstützen, brauchen wir einfach auch hier einen Zuschuss des Bundes letztendlich und nicht nur der Länder, sondern eben auch des Bundes und hier muss ich darauf verweisen, dass der Städtebund hier unter der Führung von Bürgermeister Ludwig hier darauf drängt, massiv darauf drängt, hier diesen Rettungsschirm aufzuspannen und seitens der Bundesregierung hier einen Rettungsschirm für alle Gemeinden und Städte zu verabschieden, denn letztendlich hat der Bürgermeister heute schon angesprochen, mit einer Verständigung bzw. mit einer Einigung im April, die Verständigung dann im Mai, letztendlich der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Gemeinden bzw. der Städte, wo eben darauf hingewiesen wurde, dass es hier massiv in diese Richtung geht. Viele Entschließungsanträge, die auf Bundesebene dazu eingebracht wurden, auch seitens der Fraktionen, die auch hier sind, die hier vertreten sind, beispielsweise die FPÖ oder auch die SPÖ, sind gescheitert im Parlament, man muss es so sagen, selbst Abgeordnete, die für diesen Wahlkreis hier zuständig sind, haben das vor Ort im Parlament abgelehnt, unverständlicherweise, aber letztendlich wollen wir heute hier noch einmal die Möglichkeit geben, uns allen hier ein klares Zeichen seitens des Gemeinderates oder seitens der Stadt Graz, der offiziellen Stadt Graz nach außen zu senden und an die Bundesregierung auch in Form der Resolution des Städtebundes zu übermitteln. Ich glaube, dass das sehr wichtig ist und ein sehr starkes Signal sein kann, wenn wir uns hier mehrheitlich oder gar einstimmig beteiligen könnten. Daher habe ich oder unsere Fraktion, die SPÖ, uns durchgerungen, diese Resolution des Städtebundes zum Anlass zu nehmen und das in einen dringlichen Antrag zu gießen, wo ich nur die letzten Punkte kurz verlesen darf. Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

**dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge mit nachfolgender Petition an die Österreichische Bundesregierung und an den Nationalrat herantreten:

Der Gemeinderat der Stadt Graz appelliert an die Österreichische Bundesregierung und an den Nationalrat,

- a) in Analogie zum Rettungsschirm für die heimische Wirtschaft auch zur Absicherung der kommunalen Haushalte Hilfsprogramme des Bundes zu schaffen und für Kommunen einen Ausgleichsfonds für den Entfall von Einnahmen (Kommunalsteuer-, Ertragsanteilseinbrüche, Gebühren und sonstige Kosten), die durch die COVID-19-Maßnahmen entstanden sind, einzurichten und
- b) entsprechende Mittel für kommende kommunale Investitionen zur Verfügung zu stellen, um mit innovativen, nachhaltigen Projekten die regionale Wirtschaft zu stärken, Beschäftigungsimpulse zu setzen und die Daseinsvorsorge abzusichern und zu stärken.

**Originaltext des dringlichen Antrages:**

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister!*

*Durch die COVID-19 Maßnahmen der Österreichischen Bundesregierung und des dadurch vollzogenen Shutdown der Wirtschaft und Gesellschaft ergeben sich auch für die österreichischen Kommunen wesentliche Einbrüche im Bereich der Kommunalsteuer und bei den Ertragsanteilen aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben. Als Folge ist eine massive Schwächung der kommunalen Haushalte zu befürchten – eine Problematik, der sich jetzt viele europäische Länder zu stellen haben.*

*Dass die Maßnahmen zur Sicherung der medizinischen Versorgung der österreichischen Bevölkerung und zur Abflachung der Infektionszahlen während der Dauer der Pandemie notwendig waren und sind, steht außer Streit, das wird selbstverständlich auch von der kommunalen Ebene unterstützt und begleitet.*

*Für die österreichische Wirtschaft wurde mittlerweile richtigerweise ein 38 Milliarden Euro umfassender Schutzschirm gespannt, um massive Schäden abzufedern und zu verhindern, um Arbeitsplätze zu sichern. Ebenso selbstverständlich müsste jedoch sein,*

*dass – wie vom Österreichischen Städtebund bereits Anfang Mai eingefordert worden war – seitens des Bundes auch für die Städte und Gemeinden ein vergleichbarer Rettungsschirm gespannt würde, um einerseits über regionale Investitionsprogramme die Wirtschaft ankurbeln zu können, vor allem aber auch so die öffentliche Daseinsvorsorge – die sich gerade angesichts der Corona-Krise als nahezu unverzichtbare Notwendigkeit erwiesen hat – abzusichern und zu stärken.*

*Was in diesem Zusammenhang völlig abzulehnen ist und was den Grazer Finanzstadtrat zu Recht auf das Äußerste empört hat ist, dass offenbar im Moment noch eher eine gegenteilige Strömung festzustellen ist, indem etwa auf der Homepage des Finanzministeriums bei den angekündigten Fixkostenzuschüssen für Unternehmen bei großen Umsatzeinbrüchen solche Unternehmen, die mehrheitlich in der öffentlichen Hand sind, explizit davon ausgenommen sind!*

*Dazu ist – wie vom Städtebund bereits hingewiesen wurde – mit aller Deutlichkeit festzuhalten: Österreichs Kommunen betreiben Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime, wichtige soziale Einrichtungen, Einrichtungen der öffentlichen Sicherheit, Kinderbetreuungseinrichtungen etc. Sie sind durch Ausgliederungen ebenfalls TeilnehmerInnen am wirtschaftlichen Geschehen und betreiben kommunale Unternehmen. In Österreich existieren darüber hinaus noch Eigenbetriebe von Kommunen. Diese - sowie Betriebe mit abgeordneten Bediensteten der Kommunen - sind jedoch vom Kurzarbeitsmodell ausgenommen. Weiters betreiben Gemeinden auch Veranstaltungszentren, Bäder und Versorgungsbetriebe für Strom, Wasser, Gas, Verkehrsbetriebe und vieles mehr. Die mit Versorgungsleistungen beauftragten Unternehmen verzeichnen auch Einbrüche durch die Stundung von Rechnungen. Zudem werden Kapitalgesellschaften, an denen Kommunen mehrheitlich beteiligt sind, zumeist nicht als KMU (Klein- und Mittelbetriebe) beurteilt, wodurch ihnen der Zugang zu einem Großteil der Hilfspakete der Bundesregierung verwehrt ist. Kommunen setzen Mieten aus und verzichten auf die Einhebung von Gebühren für jene Zeiten, in denen die kommunalen Einrichtungen durch den Shutdown nicht in Anspruch genommen werden können. Für Kommunen und kommunale Unternehmen sollten daher unbedingt auch von Bund und Ländern entsprechende Hilfsprogramme geschaffen werden. So gesehen*

*ist auch eine finanzielle Hilfestellung des Bundes für die Städte und Gemeinden ein Gebot der Stunde.*

*Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den*

***dringlichen Antrag:***

*Der Gemeinderat der Stadt Graz möge mit nachfolgender Petition an die Österreichische Bundesregierung und an den Nationalrat herantreten:*

*Der Gemeinderat der Stadt Graz appelliert an die Österreichische Bundesregierung und an den Nationalrat,*

- a) in Analogie zum Rettungsschirm für die heimische Wirtschaft auch zur Absicherung der kommunalen Haushalte Hilfsprogramme des Bundes zu schaffen und für Kommunen einen Ausgleichsfonds für den Entfall von Einnahmen (Kommunalsteuer-, Ertragsanteileinbrüche, Gebühren und sonstige Kosten), die durch die COVID-19-Maßnahmen entstanden sind, einzurichten und*
- b) entsprechende Mittel für kommende kommunale Investitionen zur Verfügung zu stellen, um mit innovativen, nachhaltigen Projekten die regionale Wirtschaft zu stärken, Beschäftigungsimpulse zu setzen und die Daseinsvorsorge abzusichern und zu stärken.*

**GR. Mogel:**

Hoher Gemeinderat, Stadtsenat, sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, lieber Herr Kollege. Ich fürchte, dass es zwischen euch in der Stadtpartei und euren Genossen im Land wenig Kommunikation zu geben scheint. Ihr habt im Landtag einem ähnlich lautenden Antrag von uns eure Zustimmung verweigert. Auch ein Parteikollege von euch hat einen Brief an die Gemeinden ausgeschickt, im Augenblick keine kommunalen Pakete zu fordern und zwar so lange, bis der Städtebund und der

Gemeindebund, auch unter Vorsitz eines Parteikollegen von dir, die Verhandlungen mit dem Bund fertiggeführt hat. Da ihr euch in Graz offensichtlich eines Besseren besonnen habt, werden wir natürlich diesem Ansinnen und diesem Antrag zustimmen, vor allem auch, um den Verhandlungen des Städtebundes mehr Nachdruck zu verleihen (*Appl.*).

**StR. Dr. Riegler:**

Lieber Herr Klubobmann Ehmann, ich wollte mich ursprünglich gar nicht zur Dringlichkeit melden, weil die Dringlichkeit ohnedies offensichtlich gegeben ist. Ich will es kurz machen. Selbst hätte ich es jetzt nicht als dringlichen Antrag eingebracht, weil ich ja ohnedies kraft der Funktion als Finanzreferent und gemeinsam mit Bürgermeister, Vizebürgermeister ohnedies bereits daran arbeite, dass man hier einen Sinneswandel bei der Bundesregierung herbeiführt, aber natürlich ist es absolut empfehlenswert, auch gemeinsam als Gemeinderat ein starkes Signal in Richtung Wien zu schicken, denn ganz offensichtlich scheint es so zu sein, dass man tatsächlich eher noch ein wenig mehr Druck entfalten muss. Bei der Kurzarbeit kam uns ja zugute, dass relativ zu Beginn der Krise gleich einmal die Bundesmuseen Kurzarbeit beantragt hatten und auch da hätte man befürchten können, dass möglicherweise eine Klausel käme, dass das nicht zulässig sein soll für kommunale Einrichtungen, aber am Schluss war es möglich. Das heißt, die Kurzarbeit haben wir beansprucht und ich glaube, dass wir sicherlich mit den Forderungen, die heute der Bürgermeister schon einmal aufgezählt hat, die ich noch einmal kurz wiederhole, nämlich Kompensation hinsichtlich des Kommunalsteuerausfalls, kommunales Investitionspaket im Sinne einer Liquiditätsstärkung und Erleichterung der Möglichkeit, auch tatsächlich außerhalb der Stabilitätskriterien, der Maastricht-Stabilitätskriterien Neuverschuldung aufzunehmen. Dass man hinsichtlich dieser drei Punkte einen gemeinsamen Beschluss fasst, ist sicher sinnvoll.

**Eber:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Zunächst herzlichen Dank, Michael Ehmann, für diesen Antrag, den wir natürlich auch sehr gerne unterstützen. Danke auch an meine beiden Vorredner, die da sehr auch im Sinne dieses Antrages natürlich gesprochen haben. Wir haben heute natürlich schon viel auch über die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Finanzen der Kommunen und der Stadt Graz gesprochen. Von da her ist es auch aus meiner Sicht notwendig, dass ein derartiger Antrag heute auch beschlossen wird. Du hast in deinem Motivenbericht ja drinnen das Problem der sogenannten Fixkostenzuschüsse für Unternehmen und genau darauf zielt auch unser Zusatzantrag ab, dass es hier zu keiner Ungleichbehandlung kommen darf. Ich darf den kurz verlesen und damit einbringen.

Der Zusatzantrag lautet:

- c) Die Stadt Graz wendet sich gegen die Benachteiligung öffentlichen Eigentums bei den vom Bund vorgesehenen Fixkostenzuschüssen für Unternehmen. Hier darf es zu keiner Ungleichbehandlung kommen.

Der Herr Stadtrat hat ja auch schon gesagt, es ist beim eigentlichen Antrag vom Michi Ehmann ja auch notwendig, dass man hier zusammen mit einer gemeinsamen Stimme spricht und ich hoffe, Sie sehen auch unseren Antrag als Unterstützung Ihrer Position in diesem Falle und ersuche um Annahme. Danke.

***Originaltext des Zusatzantrages:***

*Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich folgenden*

***Zusatzantrag:***

*c) Die Stadt Graz wendet sich gegen die Benachteiligung öffentlichen Eigentums bei den vom Bund vorgesehenen Fixkostenzuschüssen für Unternehmen. Hier darf es zu keiner Ungleichbehandlung kommen.*

**Eustacchio:**

Dankeschön. Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Das ist nicht der Fall. Möchtest du, Michi, eine Wortmeldung oder wartest du auf den Inhalt? Ok, du wartest. Dann komme ich zur Abstimmung über die Dringlichkeit.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

**Ehmann:**

Werte Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte mich bei euch allen sehr herzlich bedanken. Ich glaube, es ist tatsächlich notwendig, hier ein starkes Signal, ein starkes Zeichen nach Wien zu übermitteln. Wir werden auch dem Zusatzantrag der KPÖ zustimmen. Wie du richtig angemerkt hast, haben wir es ja im Motiventext enthalten, um was es uns auch im Bereich der Daseinsvorsorge und des Erhalts eines starken Staates, Sozialstaates etc. betrifft, aber so formuliert ist es natürlich noch detaillierter und deswegen werden wir dem natürlich auch zustimmen. Insgesamt, wie gesagt, noch einmal danke und vor allem, dass es in der Diskussion, und ich denke, das ist so wichtig bei so einem heiklen Thema, dass es nicht in Form einer populistischen Abhandlung hier abgefahren wurde, sondern dass man wirklich mit allem Ernst und Nachdruck sich dem Thema widmet und sagt, ja, hier gibt es eine Geschlossenheit, ganz klar, sei es Regierende oder Koalitionäre, als auch Opposition und dafür möchte

ich mich im Namen der gesamten Betroffenen, nämlich der Grazerinnen und Grazer, letztendlich bedanken. Danke.

***Der Inhalt des Antrages wurde einstimmig angenommen.***

***Der Zusatzantrag der KPÖ wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

***Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (18.25 Uhr).***

**Bgm. Nagl:**

Ich übernehme den Vorsitz. Damit haben wir alle dringlichen Anträge abgearbeitet. Ich darf mich nun ganz offiziell bei all jenen Personen, die uns heute auch wieder technisch serviciert haben, bedanken. Auch bei allen Zuseherinnen und Zusehern, die von außen mittels Live-Stream diese Gemeinderatssitzung mitverfolgt haben. Danke vielmals für Ihr Interesse und ich darf die Technik auch ersuchen, den Live-Stream zu beenden, weil wir in den vertraulichen Teil der Gemeinderatssitzung zurückkehren.